



4. Heft | 26. Februar 1914

## PAUL KAMPFFMEYER · MARXISMUS UND ETHIK

**Z**UNÄCHST spricht sich der moderne Sozialismus in der organisierten sozialdemokratischen Massenbewegung aus, die in allen Kulturländern mit einem großzügigen theoretischen und praktischen Programm hervortritt. Das sozialdemokratische marxistische Programm sucht für das ideale Endziel einer sozialistischen, klassenlosen, von jeder Menschausbeutung und Menschenbeherrschung freien Gesellschaft alle ausgebeuteten Volksklassen zu begeistern. In dieser Endzielspropaganda wendet sich die Sozialdemokratie nicht allein an den Verstand der Massen, um ihm die *naturnotwendige* Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf Grund objektiv-wissenschaftlicher ökonomischer Tatsachen zu erklären, sondern sie wirkt vor allem durch leidenschaftliche, die heutige Gesellschaft scharf verurteilende Kritik auf den Willen dieser Massen ein.

Der Sozialismus arbeitet in stets wachsendem Umfang mit ethischen Werturteilen, mit der Kennzeichnung dieser sozialen Erscheinungen als schlecht, verderblich und verdammenswert und mit der Charakteristik jener Vorgänge als gut, kulturförderlich und erstrebenswert. Der Wille des Proletariats soll sich eben zielklar gegen die bestehende Klassenherrschaft wenden und diese durchgreifend umgestalten. Ein aufrüttelndes revolutionäres Moment in der Zeit unserer großen Klassenkämpfe liegt ja allerdings schon in der bloßen sozialen Lage des Proletariats. Aber der Sozialismus begnügt sich eben nicht damit die proletarische Situation in nüchterne statistische Ziffern zu fassen, sondern er läßt diese eine die Massen aufpeitschende Sprache reden, um die Willensenergie des Proletariats bewußt zu steigern. In gewisser Hinsicht *predigt* der Sozialismus heute auf allen Straßen und Gassen, wenn man nämlich unter Predigt die ethische, auf Herz und Willen wirkende Rede versteht. Eine Rede wird dadurch nicht zur Predigt, daß sie von einer Kanzel herunter in biblischer Sprache gehalten wird, sondern daß sie für ein hohes Ideal, sei dieses nun geistlicher oder weltlicher Art, eine Versammlung, eine Gemeinde von Menschen zu wirklichen Taten entflammt. Es ist der ethische, das menschliche Handeln bestimmende Charakter, der eine Rede zur Predigt stempelt und nicht sein besonderer religiöser Inhalt. Thomas Münzer war zum Beispiel ein großer Prediger, aber er predigte, das heißt er verkündigte das Kommen des neuen kommunistischen Reiches. Eine Rede von der Kanzel wiederum kann jedes starken ethischen Erfolgs bar

sein, und dann nennt man sie mit Recht eine Sonntagnachmittagspredigt. Das Wort Predigt ist eben in unserer Zeit stark in Verruf gekommen, weil eine heutige Predigt für gewöhnlich nur ein kraftloser Schall von Worten und kein Wort von tatenweckender Kraft ist. Selbst wenn wir die heutige sozialistische Bewegung nur als politische und ökonomische Klassenbewegung werten, müssen wir ihr einen ausgeprägten ethischen Charakter zuerteilen. Sie fordert vom Proletarier ein großes Opfer an starken egoistischen Wünschen, eine vollständige Einordnung in die Arbeiterklassenbewegung, ein hohes Maß von Schulung und Disziplinierung seines Willens. Ethische Forderungen begleiten den Arbeiter in die Werkstatt und wandern mit ihm in sein Heim. Das ethische Du sollst steht als Leitstern über allen seinen Lebenswegen. Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, und man erschaut nicht die Ethik in der sozialistischen Bewegung vor lauter sich regenden ethischen Ideen und ethischen Betätigungen.

Der herrschende marxistische Sozialismus ist nun nicht nur eine praktische sozialistische Ethik, sondern er ist auch ein wissenschaftliches System: eine theoretische Erklärung der historischen Wandlungen des Kapitalismus. Freilich muß zugestanden werden, daß sich beide Seiten des Marxismus nicht immer streng von einander trennen, sondern daß sie nicht selten in einander überfließen. Schon in dem Begründer des modernen Sozialismus, in Karl Marx, wird mitunter der objektiv erklärende Historiker der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrem heftigen, von ganz bestimmten ethischen Grundsätzen ausgehenden Ankläger. Marx ist eben nicht allein Denker, er ist auch stets Kämpfer. Leidenschaftliche, von Empörung gegen die Bourgeoisie herrschende erfüllte Flugschriften schrieb er, aber er verfaßte zugleich auch das große, die kausale Entwicklung des Kapitalismus kennzeichnende Werk, das Kapital. In seiner genialen Jugendarbeit, im Kommunistischen Manifest, lagern wissenschaftlich tiefgründige Ausführungen dicht neben flammend polemischen, zu revolutionären Taten begeisternden Wendungen.

Marx beginnt seine große Lebensarbeit als Kämpfer für die Verwirklichung des großen Ziels: des vergesellschafteten Menschen, der in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen »Gattungswesen« geworden ist, und »seine eigenen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkant und organisiert« hat. Der Sozialismus ist nach Marx eine Erkenntnis dieser Kräfte und deren Organisation. Der Marxismus hat eine theoretische und eine praktische Seite. Die sozialistische Theorie schöpft aus der Wirklichkeit, aus der Lebensbetätigung, aus der Praxis, und die sozialistische Praxis orientiert sich wieder an der Theorie, aus der allgemeinen theoretischen Darstellung dessen, was ist und wird.

In der »Wirklichkeit« erkennt Marx die umwälzende Kraft bestimmter Klassenwillen, Klasseninteressen, Klassenwünsche. Die Ethik tritt nach Marx nicht gleichsam von außen durch den Mund ethischer Prediger an die Gesellschaft heran, nein, sie lebt mitten in der Gesellschaft. Sie liegt im Wesen der Weltentwicklung eingeschlossen. Da gibt es in der Organisation der Wirtschaft und der Menschen ganz bestimmte ökonomische und ethische Interessen, die zum »vergesellschafteten« Menschen drängen. Die Welt ringt nach »Vernunft«, nach »wahrer Wirklichkeit«. In diesem Sinn schreibt Marx im September 1843 an Arnold Ruge: »Die Vernunft hat immer

existiert, nur nicht immer in der vernünftigen Form. Der Kritiker kann also an jede Form des theoretischen und praktischen Bewußtseins anknüpfen und aus den eigenen Formen der existierenden Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit als ihr Sollen und ihren Endzweck entwickeln.« Marx betrachtet in seinem Kapital das Werden des Sozialismus als einen großen Prozeß der Vergesellschaftung; die kollektivistische Produktion löst die individualistische ab, der Kollektivarbeiter den Einzelarbeiter. Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird nach Marx »mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlich gehässigsten Leidenschaften vollbracht. Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht.« In dem Prozeß der Verwandlung der Arbeitsmittel in gemeinsam verwendbare, gesellschaftliche Arbeitsmittel entfalten sich nach Marx ganz bestimmte geistige und ethische Kräfte der Arbeiter. Diese dringen geistig in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein, erfassen die Gemeinsamkeit ihrer Interessen, organisieren zuerst lokale Kämpferbataillone und dann eine geschlossene nationale und internationale Armee. Ein zielklarer proletarischer Wille, durch Klassenkämpfe bewußt geschult und diszipliniert, wirft sich dem Kapitalismus entgegen. Dieser Wille, der sich in der wachsenden »Empörung« der organisierten Arbeiterklasse machtvoll kundtut, sprengt die Kapitalform der bestehenden Wirtschaftsweise. Keinen Augenblick verlor Karl Marx also die in der ökonomischen und sozialen Geschichte wirksamen ethischen und intellektuellen Kräfte aus dem Auge. Dem Kampf der arbeitenden Klasse Englands um die Verkürzung der Arbeitszeit widmete er in seinem Kapital einen ganzen Abschnitt. Die Bestimmungen über den Arbeitstag, die Grenzen und Pausen dieses Tages, sind nach ihm Ergebnisse langwieriger Klassenkämpfe. Und fast an den Schluß seines dramatischen Kapitels über den Kampf um den Normalarbeitstag und über die Rückwirkung der englischen Fabrikgesetzgebung auf andere Länder setzt er die Bemerkung: »Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der *unveräußerlichen Menschenrechte* tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags.« Aber in dem großen Krieg der arbeitenden Klasse gegen das Kapital kennzeichnet Marx nicht allein die in der menschlichen Entwicklung tätigen ethischen und intellektuellen Mächte, sondern er berichtet die Kampfgeschichte der englischen Arbeiterklasse, die Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung zugleich zu einem höhern ethischen Zweck: zur Abkürzung und Milderung der Geburtswunden der mit einer neuen Gesellschaft schwanger gehenden alten Gesellschaft. Auf dem Kontinent wird sich nämlich nach seiner Ansicht der soziale Umwälzungsprozeß in »brutaleren oder humaneren Formen bewegen, je nach dem Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse selbst«. Und Marx, indem er den objektiven Historiker mit dem ethischen, sozialen Pädagogen vertauscht, setzt hinzu: »Von höheren Motiven abgesehen, gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenstes

Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen. Ich habe deswegen unter anderm der Geschichte, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Band eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der andern lernen.« Selbst in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft kann nach Marx der bewußte, durch geschichtliche Erfahrungen bereicherte und erweiterte soziale Wille eine bestimmende Macht im gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß werden. Menschen machen ja nach Marx und Engels ihre Geschichte bewußt oder unbewußt. Menschenwille und Menschenintelligenz verkörpern sich eben in allen ökonomischen und politischen Institutionen. Und wenn Marx und Engels nur von diesen Institutionen reden, so erkennen sie doch hinter diesen scharf die Menschen, die im Kampf mit der Natur und mit sich selbst diese Einrichtungen schufen. Die Kapitalisten und Grundeigentümer führt Marx sehr lebendig in sein Kapital ein, sie sind bei ihm stets Träger bestimmter ökonomisch-ethischer Interessen, Akkumulatoren von Grundrente und Kapitalgewinn, Repräsentanten bestimmter Klassenwünsche, die sie in der Gestaltung ökonomischer und politischer Institutionen durchzusetzen suchen. Und an ethischen Urteilen über diese Klassen ist sein Werk überreich.

Also die Ethik, das Wollen, das Interesse, die Ideale der Klassen wirken sich in dem Marx'schen Kapital vollkräftig aus. Das Werden des vergesellschafteten Menschen ist ja der Gegenstand dieses Werkes; die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit, der gesellschaftlichen Produktionsmittel und der gesellschaftliche Zusammenschluß der kämpfenden Arbeiter, ihr gesellschaftliches historisches Wirken, ihr neues gesellschaftliches Programm der Negation des Kapitals, ihre soziale Forderung der »Emanzipation des Menschen«. Der junge Marx, der seine an programmatischen Ideen so reichen Briefe an Arnold Ruge schrieb, ist eben der selbe Marx, der im reifen Mannesalter das Kapital, die Kritik der politischen Ökonomie verfaßte. Theoretische Erkenntnis der gesellschaftlichen Kräfte des Menschen und ihre praktische Organisation. Max Adler faßt einmal das Ziel und den Inhalt des großen Kämpfer- und Denkerlebens Karl Marx' in dem tiefen Satz zusammen: »Die ökonomische Kritik ist daher in Wahrheit das, was Marx in seinen Jugendjahren vorgeschwebt hatte, dessen Inhalt aber nicht anders zu realisieren war als auf dem so mühsamen und entsagungsvollen Weg, den er gegangen: die Emanzipation des Menschen.«

Der Marxismus ist theoretisch ein wissenschaftliches System, das die geschichtliche Eigenart und den Entwicklungsgang der kapitalistischen Ökonomie zu erfassen sucht. Diese Definition begrenzt den Marxismus im wesentlichen auf das ökonomische Gebiet und charakterisiert ihn als den Versuch einer historisch-kausalen Erklärung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Marxismus umspannt historisch die Vorgeschichte des Kapitalismus, dessen eigentliche Lebensperiode und die Geschichte der kapitalistischen Umwälzung in den Sozialismus. In unserer Definition gelangt die eine wesentliche Seite der großen Lebensarbeit Karl Marx' zum Ausdruck, die in seiner schöpferischen, das Werden einer neuen Wirtschaftsordnung aufschließenden Kritik des Kapitals enthalten ist. Ge-

wiß hat der Marxismus nach dem Tod der Marx und Engels gewaltige Gebiete der historischen wirtschaftlichen und sozialen Forschung neu bearbeitet, aber auch dieser Marxismus hat die Bahn einer historisch-kausalen Erklärung der ökonomisch-sozialen Erscheinungen nie verlassen. Der Zusammenbruch der Gentilverfassung, der römischen Sklavenhalterherrschaft, des Feudalismus ist immer als ein geschichtlich streng notwendiger Prozeß nachgewiesen worden. Dieser Prozeß ist *naturwissenschaftlich* *treu* zu konstatieren. Der wirtschaftliche Zustand von heute erklärt sich aus dem Zustand von gestern. Nur mit dem Kausalitätsbegriff arbeitet der Marxismus, und nie nimmt er, um die Notwendigkeit einer ökonomisch-sozialen Erscheinung zu begründen, seine Zuflucht zur Ethik. Fast schroff weist er jeden Versuch einer ethischen Rechtfertigung des Sozialismus zurück. Nicht weil der Sozialismus die *richtige* Gesellschaftsordnung ist, gewinnt sie Leben, sondern weil sie wirtschaftlich notwendig geworden ist, und zwar: durch die Selbstersetzung des Kapitalismus, durch die kollektivistische Entwicklung der Produktion, durch die Zuspitzung der Klassegegensätze. Ja, die Abweisung jeder Ethik zur Begründung des Sozialismus nimmt sogar bei Engels eine so eigenartige Form an, daß sie leicht zu einer mißverständlichen Auslegung des Marxismus selbst führen kann. So stellt Engels einmal den Sozialismus als den Gedankenreflex eines Konflikts zwischen den sich mächtig entfaltenden Produktivkräften und der kapitalistischen Produktionsweise dar, eines Konflikts, der objektiv, außer uns, »unabhängig vom Willen und Laufen selbst der Menschen vorhanden ist, die ihn herbeigeführt haben«. Hier scheint das Wollen und Handeln der Menschen und damit deren Ethik überhaupt aus dem Weltprozeß ausgeschaltet zu sein. Und doch ist in letzter Linie jener Konflikt aus dem »Wollen und Laufen« der Menschen selbst entstanden. Die kapitalistischen Bereicherungsinteressen bestimmter Gesellschaftsgruppen steigerten die Produktivkräfte durch Anwendung der Maschinen ins Riesenhafte, führten zu einer brutalen Ausbeutung der schaffenden menschlichen Arbeitskräfte und organisierten zugleich den Widerstand dieser Kräfte gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst. Der Konflikt zwischen den Produktivkräften und der kapitalistischen Produktionsweise ist eben ein Konflikt »laufender«, handelnder, wenn auch nicht immer bewußt wollender Menschen. Und Engels hat wohl nur den Gedanken zum Ausdruck bringen wollen: In der Geschichte spielen unbewußte Prozesse noch eine überragende Rolle. Das bewußte Wollen und Laufen der Menschen ist im Hinblick auf ein sich in der Geschichte durchsetzendes soziales Entwicklungsstadium häufig noch richtungslos.

Der Marxismus als theoretisches System will nichts als eine kausale Darstellung der historisch-ökonomischen, den Sozialismus bedingenden Tatsachen sein. Die historisch-wirtschaftlichen und historisch-ethischen Tatsachen reiht er nur in ihrer kausalen Folge aneinander. Und als wissenschaftlicher kausaler Erklärungsversuch des Sozialismus unterscheidet er sich wesentlich von dem frühern *utopistischen* Sozialismus. In diesem Sinn führt Engels zutreffend in seinem Antidühring aus: »Der bisherige Sozialismus kritisierte zwar die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; er konnte sie nur einfach als schlecht verwerfen. Es handelte sich



## MAX SCHIPPEL · DAS BUDGET IN WIRKLICHKEIT UND IN DER RADIKALEN EINBILDUNG



IELEN politischen Idealen der alten bürgerlichen Demokratie merkt man es auf den ersten Blick an, daß sie nicht aus einer generationenlangen Mitbetätigung im öffentlichen Leben hervorgewachsen sind sondern aus einer oft zunächst rein geistigen Auflehnung von Kreisen, die vom realpolitischen Tagestreiben vorläufig so gut wie ganz ausgeschlossen blieben. Moralphilosophen, Naturrechtslehrer waren die geborenen Wortführer einer solchen Bewegung, die viel mehr ihre Ideale dem tatsächlichen Gang der Geschehnisse künstlich aufzuzwingen als aus der innerlich miterlebten, tatsächlichen Entwicklung ihre Strebeziele zu schöpfen suchte. Vor allem in deutschen Ländern und Ländchen, wo seit jeher eine alles überspannende und umgarnende Bürokratie die politische Heranziehung und Selbstregierung breiterer Volksmassen und damit die ganze politische Schulung und Erziehung der Interessengruppen und Parteien ungewöhnlich verzögerte, nahmen die oppositionellen Forderungen, noch leichter und noch länger als sonst, einen Stich nicht nur in das Utopische sondern mitunter geradezu in das Verschrobene an, und das spätere allmähliche Hineinwachsen in eine vielseitige politische Praxis vollzog hinterher umso grausamere Korrekturen an allen diesen Naivetäten der unerfahrenen Jugendzeit.

Ein Vorwurf kann daraus den älteren Generationen nicht gemacht werden. Jede Gedankenwelt ist in letzter Linie aus ihren historischen Voraussetzungen heraus zu beurteilen, und es ist deshalb nur mit Freuden zu begrüßen, wenn neuerdings wieder der älteste bürgerliche Radikalismus zahlreiche anerkennende und sogar bewundernde Geschichtschreiber findet. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn man heute, unter vollständig veränderten und in ihren grundlegenden Änderungen sonnenklar vor Augen liegenden Verhältnissen, überwundene bürgerlich-demokratische Illusionen von neuem zum Leben erwecken und womöglich zur fortbestehenden Richtschnur für ganze große Parteiverbände erheben möchte.

Den besten Schulfall hierfür bietet wohl die Budgetfrage, und da sie sich zugleich für unsere eigenen Parteitage und unsere parlamentarischen Parteivertretungen (die Gemeindeparlamente eingeschlossen) zu einem schweren Kreuz ausgewachsen hat, so sei an der Hand des soeben vorliegenden neuen Reichsetatsentwurfs die moderne wirkliche Budgetpraxis wieder einmal jener alten bürgerlich-demokratischen Budgettheorie gegenübergestellt, wie sie noch immer in den Stillstandsköpfen einiger unserer hervorragendsten Parteiresolutionäre herumspukt.



URCH einige der bekanntesten Erfahrungen der ständischen und auch schon der modernern parlamentarischen Verfassungsgeschichte auf die mitunter durchschlagenden Beziehungen zwischen Geldbewilligung und Erweiterung der Volksrechte hingewiesen, hatte sich die bürgerliche Demokratie etwa folgendes theoretische System der Budgetpolitik ausgebaut: Ausnahmslos jede Staats-einnahme wird jährlich durch den Etat, also wiederum auf 1 Jahr und nicht auf 1 Tag mehr, *bewilligt*. Bewilligt im vollen Sinn des Worts; das heißt, ohne

die erneut ausgesprochene parlamentarische Zustimmung fällt, für die Staatskassen aller Art, mit dem Ablauf des alten Etatsjahrs jeder Pfennig von Geldeinlauf, seien es Steuern, Zölle, Gebühren, Anleihen oder was sonst, glatt hinweg. Sollen also vom ersten neuen Etatsjahrestag ab nicht alle, selbst die letzten und kleinsten Räder des ganzen Staatsapparats vollständig stillstehen, so muß sich eben die Regierung (vorausgesetzt natürlich, daß sie auf dem Rechtsboden bleibt und nicht zum Staatsstreich und zur Revolution von oben greift) den Bedingungen der Parlamentsmehrheit, die man ohne weiteres der Volksmehrheit gleichsetzen kann, notgedrungen unterwerfen. Und diese Mehrheitsbedingungen verkörpern sich alsdann im wesentlichen nochmals auf der *Ausgaben*seite, durch Streichung gemäßbilligter, durch Neueinsetzung gewünschter Staatsaufgaben, ausgedrückt im hierfür nötigen Geldaufwand. Ausnahmslos jede Ausgabe wird, in genauester Zweckumschreibung und Geldbedarfsbezeichnung, auf den Etat gebracht und jährlich *bewilligt*. Bewilligt abermals im vollen Sinn des Worts; das heißt, es gibt nach dem letzten Tag des ablaufenden alten Etatsjahrs überhaupt keine Staatsaufgabe und rechtlich zulässige Staatsausgabe mehr, die nicht in dem gutgeheißenen neuen Etat ihre ausdrückliche bestätigende Zustimmung vorher erhalten hätte.

Das Nein gegen die Einnahmeseite bedeutet demnach nicht etwa nur Steuerverweigerung seitens des Parlaments, zwischen Regierung und Parlament. Weit darüber hinaus bedeutet es eine wirkliche allgemeine *Steuererhebung draußen im Land*. Kein Staatsbürger oder sonst zum Steuerzahlen Herangezogener hat irgendwie noch die geringste Pflicht Steuern weiter zu entrichten; jedes Steuersoll läuft ohne Budgetvereinbarung nur bis zum Ende des alten Jahres und erlischt verfassungsautomatisch mit diesem Endtermin. Kein Exekutor hat noch eine rechtsgültige Vollmacht Steuern einzutreiben, eben weil die staatliche Steuerforderung selber rechtlich erloschen ist. Jedes unparteiische Gericht müßte sich auf die Seite des privaten Steuerverweigerers schlagen, müßte dem Steuerbeamten bei etwaiger Einziehung von Steuern mindestens die sofortige Rückerstattung auferlegen. Ebenso wäre jeder Groschen Staatsausgabe unrechtmäßig ausgegeben, wäre vor Gerichten oder sonstigen Instanzen jederzeit rückforderbar, gleichviel wer der staatliche Zahler oder der private Empfänger. Denn nach den vorausgehenden öffentlichen und parlamentarischen Kämpfen würde es hinunter bis zum letzten Bureauschreiber und Federhalterlieferanten, niemanden geben, der über die wahre Rechtslage, über die lückenlos vollendete Staatsgeldsperre in Einnahme wie Ausgabe, im unklaren sein könnte. Bis in das letzte Geäder des Staatslebens hinein hätte unter solchen Voraussetzungen jeder Blutumlauf aufgehört. Jede widerstrebende Staatsleitung müßte angesichts solcher Gefahren und Kräfte kapitulieren; »wie im Eisen der Fuchs, zagt der alte Höllenluchs« bei dieser faustischen Anwendung von Salomonis Schlüssel:

»Du siehst, daß ich nicht vergebens drohe.  
 Erwarte nicht  
 Das dreimal glühende Licht!  
 Erwarte nicht  
 Die stärkste von meinen Künsten!«

Auch der Wortlaut mancher Verfassungen, besonders gleich nach der Juli- und Februarrevolution, spiegelt den skizzierten Gedankengang klipp und



klar wider. Am meisten wohl die belgische Verfassung von 1831, nach deren Artikel 111 jedes Einnahmegesetz jährlich befristet ist: »Die Auflagen [impôts] zu Nutzen des Staates werden alljährlich bewilligt; die Gesetze, auf denen sie beruhen, haben nur für 1 Jahr Geltung, falls sie nicht erneuert werden«; folgerichtig ordnete der weitere Artikel 115 an, daß jedes Jahr über den Etat parlamentarisch zu beschließen, und daß jede staatliche Einnahme und Ausgabe dem Etat einzuverleiben ist.<sup>1)</sup> Und mancher unserer parteigenössischen Budgettheoretiker glaubt eine ähnliche Rechtsgrundlage wohl vorhanden, wenn es in Artikel 99 der preußischen Verfassung heißt: »Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgesetzt.«

Oder wenn Artikel 69 der Reichsverfassung fast gleichlautend bestimmt: »Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahrs . . . durch ein Gesetz festgestellt.«



IE erscheint nun, von diesem prinzipiellen Standpunkt der alten bürgerlich-demokratischen Ideologie aus gesehen, der neue Entwurf des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1914 (1. April 1914 bis 31. März 1915)? Wenigstens an den größten und wichtigsten Posten, der Einnahme- wie der Ausgabeseite, sei hier die gegen früher vollständig veränderte Sachlage, der budgetpolitische Umschwung, oder richtiger: die, aus guten Gründen erfolgende Nierfüllung der jungen bürgerlichen Illusionen von anno dazumal, erläutert. Und zur Ergänzung sei gleich vorausgeschickt, daß auch Staaten wie England mit unbestrittenster demokratischer und parlamentarischer Vorwärtentwicklung zu einer ganz ähnlichen Gestaltung der Finanz- und Budgetpraxis gelangt sind, so daß von besonderen deutschen Verfassungsmißständen und konstitutionellen Rückständigigkeiten gar nicht gesprochen werden kann.

Im ordentlichen Etat finden wir bei den Einnahmen: neben der Post- und Telegraphenverwaltung mit 881,29 Millionen Mark und den Reichseisenbahnen mit 162,25 Millionen (beidemal aber nur Bruttoeinnahmen) in erster Linie die Zölle mit 712,93, die Branntweinsteuer mit 193,99, den Zucker mit 163,25, die Brausteuer (von den Ausgleichsbeiträgen hier abgesehen) mit 128,95, den Wehrbeitrag mit 393,82 Millionen Mark. Werden alle diese, zum Teil riesigen Summen durch die Etatserledigung irgendwie im Sinn der alten demokratischen Doktrin bewilligt? Mit anderen Worten, verdanken diese Summen die Form ihrer Erhebung (anlässlich der Postbenutzung, der Wareneinfuhr, der Zuckerproduktion usw.) oder die angegebene schließliche Höhe ihres Ertrags irgendwie den Vorgängen bei der Etatsberatung? Oder negativ ausgedrückt: Sinken alle diese üppigen Millionen wie die Klingsormädchen als verwelkte Blumen lautlos zu Boden, wenn nur eine oppositionelle Reichstagsmehrheit endlich einmal den heiligen Speer der Etatsverweigerung richtig schwingen wollte? Leider ganz und gar nicht.

Betrachten wir die Zölle: nicht weniger als 712,93 Millionen Mark Ertrag; weit mehr als das ganze Reich in seinem Anfang jährlich laufend brauchte (fortdauernde Ausgaben 1872 444, 1873 450,4 Millionen Mark).

<sup>1)</sup> Artikel 111: »Les impôts au profit de l'Etat sont votés annuellement. Les lois qui les établissent n'ont de force que pour un an, si elles ne sont renouvelées.« Artikel 115: »Chaque année les Chambres arrêtent la loi des comptes et votent le budget. Toutes les recettes et dépenses de l'Etat doivent être portées au budget et dans les comptes.«

Fallen diese Zölle, wenn der Etat fällt? Fällt alsdann auch nur eine einzige der Hunderte von Millionen? Wie kann man sich auch nur einen Augenblick einer solchen kindlichen Einbildung hingeben? Mit oder ohne Etatsvereinbarung, für die Zollentrichtung bleibt maßgebend das Gesetz vom 25. Dezember 1902, nach dem für alle, in nicht weniger als 946 Nummern aufgezählten Waren bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet pro Doppelzentner oder pro Stück ganz bestimmte Zollbeträge zu erheben sind: in Verbindung mit den Handelsverträgen für Roggen (immer für 1 Doppelzentner) am Anfang 5 Mark, für Weizen 5,50 Mark, und schließlich am Ende für Ziehharmonikas 20 und für Kinderspielzeug und Christbaumschmuck 10 Mark. Hierdurch fließen (mit oder ohne Etatsberatung, falls nur die Vorschätzung den Nagel auf den Kopf traf) die genannten ungefähr 713 Millionen Mark zusammen. War die Schätzung zu vorsichtig, so bringt das unter Umständen eine ganz erkleckliche Anzahl von Millionen mehr, je nach der Einfuhrbewegung, aber wiederum ganz unabhängig von der Erledigung oder Nichterledigung des Etats. Es gibt auch keine private Zollverweigerung, etwa gar unter Zuhilfenahme der Gerichte, wie oben geschildert. Im Gegenteil, selbst der oppositionellste Jurist müßte die Pflicht zur Zahlung rechtlich anerkennen. Keine amtliche Hebestelle hätte eine Rückzahlung zu fürchten; umgekehrt, jeder Zollbeamte, der wegen der Budgetverweigerung sich nicht mehr in der gesetzlich festgelegten und vorgeschriebenen Weise um die Einfuhren kümmern wollte, würde, auch vor dem politisch oppositionellsten Tribunal, der größtlichen Verletzung seiner wichtigsten, sonnenklarsten Amtspflichten schuldig gesprochen werden. Kurzum, die **Z u s t i m m u n g** zu den 713 Millionen im **E t a t b e w i l l i g t g a r n i c h t s**, was nicht ohnehin schon da ist; sie erkennt lediglich an, daß nach dem geltenden, beim Etat gar nicht in Frage stehenden Zolltarif und bei den vorherrschenden Einfuhrverhältnissen die Ertragsschätzung der Regierung eine umsichtige und vernünftige ist, und daß man eine solche Summe mit gutem Gewissen in einen Finanzüberschlag einstellen kann, dessen keine geordnete moderne Staatswirtschaft zu entbehren vermag. Die von einigen scheinradikalen Wirrköpfen so furchtbar aufgebauchte **B u d g e t f r a g e** schrumpft also insoweit zu einem **g a n z n e b e n s ä c h l i c h e n** reinen Kalkulationsproblem zusammen, während die entscheidenden Kämpfe ganz wo anders, nämlich beim Zolltarifgesetz, schon vorher ausgefochten wurden und auch in Zukunft weiter auszufechten sind.

Nächster großer Einnahmeposten: **B r a n n t w e i n s t e u e r** 193,99 Millionen Mark. Wir nehmen an, unseren Partioresolutionären gelänge es mit dem Gesamtetat diesen Posten umzuwerfen. Zahlt deshalb der Spiritusbrenner und schließlich der Branntweintrinker einen Pfennig weniger Auflage? Strömen deshalb aus allen Fuselquellen weniger als 194 Millionen Mark zusammen? Würden erst mit der Zustimmung zu diesem Etatseinnahmeposten die 194 Millionen bewilligt: bewilligt im oben gekennzeichneten uneingeschränkten, altdemokratischen Sinn des Worts? O bewahre; mit oder ohne Annahme des Etatspostens bliebe für alle diese Beziehungen das **B r a n n t w e i n s t e u e r g e s e t z** maßgebend:

»§ 1. Gegenstand. Der im Inland hergestellte Branntwein unterliegt einer in die Reichskasse fließenden Verbrauchsabgabe.

§ 2. Höhe. Die Verbrauchsabgabe beträgt . . . .

§ 5. Fälligkeit. Die Verbrauchsabgabe ist zu entrichten, sobald der Branntwein aus der amtlichen Überwachung in den freien Verkehr tritt.

§ 6. Person des Zahlungspflichtigen. Zur Entrichtung der Abgabe ist verpflichtet, wer den Branntwein zur freien Verfügung erhält.

§ 111. Hinterziehung. Wer es unternimmt dem Reich die Branntweinverbrauchsabgabe vorzuenthalten, macht sich der Hinterziehung schuldig.

§ 115. Strafmaß. Wer eine Hinterziehung begeht, wird mit einer Geldstrafe in Höhe des 4fachen Betrags der Abgabe . . . bestraft. Außerdem ist die Abgabe nachzuzahlen.«

An dieser Rechtslage verschiebt die Genehmigung oder Ablehnung des Etats nicht das geringste. Die eingesetzte Ziffer ist eben gar keine *Bewilligung* von 194 Millionen im Sinn unserer Resolutionäre. Diese wirkliche entscheidende Bewilligung vollzog sich seinerzeit beim Branntweinsteuergesetz und wird sich weiter da vollziehen. Die Zustimmung zu den 194 Millionen erkennt also abermals lediglich an, daß die Ertragsschätzung der Regierung eine umsichtige und vernünftige ist und mit gutem Gewissen in den unentbehrlichen Finanzüberschlag miteingestellt werden kann. Man kann das selbstverständlich, wie so vieles andere, und aus guten Gründen ablehnen; aber eine welterschütternde Tat wird dies meist viel weniger sein als der Durchschnitt der sonstigen parlamentarischen Oppositionsbetätigung.

Doch fahren wir in den hervorstechendsten Einnahmeziffern fort: Zuckersteuer 163,25 Millionen Mark. Darf ein zielbewußter Genosse 163¼ Millionen Zuckersteuer bewilligen? Das vielleicht nicht. Aber darum dreht es sich eben bei einem solchen Etatsposten niemals. Die Zuckersteuer ist realiter längst vor dem Etat bewilligt, nämlich durch das Zuckersteuergesetz vom Jahr 1903. Sie ist nach wie vor auch ohne den Etat fällig: pro 100 Kilogramm Reingewicht 14 Mark, zahlbar, wenn der Zucker in den freien Verkehr tritt. Will man also gegen den Kern dieses Steuerübeln kämpfen, wie dies ja neben uns vor allem die Agrarier wegen der Interessen des größten agrarischen Nebengewerbes tun, so ist das Zuckersteuergesetz, nicht der Etat, der gegebene Kampfplatz. Aber schließlich soll doch auch der Steuereingang, unter dem Regime der bestehenden Steuern, einmal genau beziffert werden, nicht bloß in den Übersichten hinterher sondern auch in einer Vorschätzung, um auf das kommende Finanzjahr nicht ohne jeden leitenden Plan daraufloszuwirtschaften; und der Parlamentarismus und die Demokratie haben in allererster Linie ein Interesse daran, daß diese, an sich rein kalkulatorische Vorschätzung, von vorher bereits festgelegter gesetzlicher Grundlage aus, so zutreffend wie möglich erfolgt. Die Etatsberatung dient diesem Zweck, und dies soll dann mit einemmal die große, nie wiederkehrende Gelegenheit sein die abgrundtiefe Scheidung der Geister, wo ein Hüben, ein Drüben nur gilt, auf das demonstrativste zu bekunden?

Genau so bei den Etatsposten Brausteuern und Übergangsabgabe von Bier 128,95 Millionen Mark.

Doch verweilen wir zum Schluß nur noch einen Augenblick beim Wehrbeitrag, weil wir diesem respektive dem Gesetz vom 3. Juli 1913 selber mit zum Sieg verholfen haben; manche priesen dieses Gesetz sogar als einen ausschließlichen Triumph der sozialdemokratischen Taktik. Wir stimmten also folgenden, für die Zahlungspflicht des Bürgers wie für den Steuerempfang des Reichs grundlegenden Bestimmungen, den durchschlagenden realen Einnahmesicherungen, zu:

»§ 1. Zur Deckung der Kosten der Wehrvorlage wird nach den Vorschriften dieses Gesetzes ein einmaliger außerordentlicher Beitrag vom Vermögen und bei den in § 10 genannten Personen auch vom Einkommen erhoben.

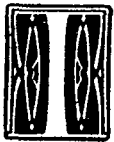
§ 32. 1. Die Abgabe vom Vermögen beträgt. . . . 2. Die Abgabe vom Einkommen beträgt. . . .

§ 56. Wer als Beitragspflichtiger . . . . unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die geeignet sind eine Verkürzung des Wehrbeitrags herbeizuführen, wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen . . . . bestraft.

§ 57. . . . Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis bis zu 6 Monaten erkannt werden.

§ 61. Die Einziehung des Wehrbeitrags erfolgt neben und unabhängig von der Bestrafung.«

Dem haben wir, wie gesagt, zugestimmt. In dieser Weise wurden die realen Goldquellen von uns, für den Racker Klassenstaat, mit erschlossen, und so fließen sie tatsächlich weiter bis zum 15. Februar 1916 (§ 51). Nun aber kommt die Regierung mit ihrem Etatsentwurf und teilt uns mit, für das Etatsjahr 1914 würden die so erschlossenen Quellen wahrscheinlich 393,82 Millionen Mark liefern, vielleicht etwas mehr, vielleicht etwas weniger, darüber zu reden sei eben die Etatsberatung da. Sollte im Ernst just dieser Moment der geeignete sein plötzlich auf den Standpunkt »Keinen Groschen!« zurückzufallen? Ohne jeden triftigen Anlaß, nur aus vererbter Ehrerbietung gegen ein altes bürgerlich-demokratisches Ideal, von dem im Wandel der Zeiten und in der tatsächlichen politischen Entwicklung wenig übrig geblieben ist? Und mit den verweigerten Groschen stimmt es nicht einmal. Die Groschen (wenn die Vorschätzung stimmt: die 3940 Millionen Groschen) werden dennoch erhoben, auf Grund jenes Gesetzes erhoben, dessen Schaffung soeben noch unsern Stolz bildete. So ist in Wirklichkeit das Verhältnis von Budgetverweigerung und Steuergesetz Zustimmung, nicht umgekehrt.



ICH fürchte die Geduld der Leser heute schon zu sehr in Anspruch genommen zu haben. Ich unterlasse deshalb diesmal die eingehendere Zergliederung der Ausgaben Seite des Etats. Aber zusammenfassend sei auch darüber wenigstens gesagt: Auf der Ausgabenseite des Reichsetats handelt es sich, wie bei fast allen modernen Etats des In- und Auslands, gleichfalls bei den meisten Summen nicht um wirkliche Neuschaffung und Neubewilligung sondern um geordnete Begrenzung und Spezifizierung des Geldbedarfs zur Erfüllung der längst vorher vereinbarten und festgelegten staatlichen Aufgaben. Um gleich die maßgebendste Abteilung herauszugreifen: Die Militärausgaben werden nicht etwa erst durch den Etat im Sinn der alten bürgerlich-demokratischen Doktrin wirklich in das politische Leben gerufen, sondern in allen ihren wesentlichen Grundzügen waren sie schon früher vorgezeichnet und dem Wesen nach vereinbart, früher in Deutschland durch die 7- und 5jährigen Friedenspräsenzgesetze (Mannschaftsbestand 1872 359 000 Mann, 1875 401 659 Mann usw., dazu die gesetzlich festgelegte Zahl der Bataillone, Eskadrons, Battereien) und heute durch das vorjährige Militärgesetz, in Verbindung mit seinen Vorgängern.

»§ 1. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres als Jahresdurchschnittsstärke wird allmählich derart erhöht, daß sie im Lauf des Rechnungsjahrs 1915 die Zahl von 661 478 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht, und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibt. . . .

§ 2. In Verbindung mit der durch § 1 bezeichneten Erhöhung der Friedenspräsenzstärke ist die Zahl der Formationen so zu erhöhen, daß am Schluß des Rechnungsjahrs 1915 bestehen: bei der Infanterie 669 Bataillone, bei der Kavallerie 550 Eskadrons, bei der Fußartillerie 55 Bataillone, bei den Pionieren 44 Bataillone, bei den Verkehrstruppen 31 Bataillone, bei dem Train 26 Bataillone.«

Hier, nicht beim Etat, sind die großen politischen Entscheidungen gefallen, und der Etat bemüht sich insoweit nur den in seinen großen Umrissen festgegebenen Rahmen mit den notwendigen Details auszufüllen (Bedarf für die, dem gesetzlichen Rahmen entsprechenden Kasernenbauten, Löhnungen, Futterrationen, Waffen usw.). Diese Details stellen zwar für die Regierung zugleich die letzte Vollmacht zur Gelderverwendung dar, aber sie geben nicht minder die Einzelheiten an, denen sich bei der, noch immer viele Willkürlichkeiten gestattenden Ausfüllung des grundlegenden Rahmens die Regierung anzupassen hat. Parlamentarismus und Demokratie selber müssen an der positiven Mitarbeit bei dieser, die Regierungswillkür einschränkenden Detaillierung das denkbar größte Interesse haben. Aber auch hier ist, wie man sieht, der Etat ganz etwas anderes als was unsere Parteiresolutionäre (es würde gar nicht schwer sein dies im einzelnen nachzuweisen) sich gewöhnlich darunter vorstellen.

Der Etat ist, im Gegensatz zu den Erwartungen der alten bürgerlichen Demokratie, im hochentwickelten modernen Staatsleben mehr und mehr eine Folge Wirkung, eine Begleiterscheinung vorher festgelegter und vereinbarter Gesetze und Einrichtungen geworden: insofern mehr und mehr Kalkulatorenarbeit, wie man, allerdings stark übertreibend, den Ausdruck auch bei uns mitunter gehört hat. Während manche *Radikale* noch immer im Etat das Gesetz aller Gesetze sehen, sind ihm andere Zweige der Gesetzgebung längst an innerer Bedeutung hoch über den Kopf gewachsen, und es ist deshalb kein Zufall, wenn sich in allen modernen Staaten die großen politischen Kämpfe immer mehr nach diesen, wahrhaft grundlegenden Gesetzgebungsgebieten (für Steuern, Heereswesen, Flottenausbau) hinübergezogen haben, während die Bedeutung der Etatskämpfe, wenigstens der Etatskämpfe im altdemokratischen Wortsinn, mehr in den Hintergrund rücken mußte. Auf jeden Fall liegt heute nicht der geringste Anlaß mehr vor gerade dem Etat die unversöhnlichste Todfeindschaft anzusagen, während man bei den Gesetzen, die ihm oft erst den unliebsamsten Stempel aufdrücken, sich die Entscheidung nach politischer Zweckmäßigkeit und mindestens nach dem heute so beliebten Jammerprinzip des kleinern Übels vorbehält. Der moderne Etat ist tatsächlich bei näherem Zusehen viel besser als sein Ruf.

XXX  
**EDMUND FISCHER · ARBEITSLOSIGKEIT UND  
 ARBEITSSCHAU**



URZ vor den letzten Weihnachtsferien hat sich der Reichstag auch mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigt; allerdings nur sehr oberflächlich. Von der Regierung ist in der Reichstagssitzung vom 5. Dezember 1913 die Arbeitslosenversicherung nicht grundsätzlich abgelehnt worden sondern nur deshalb, weil nach ihrer Auffassung die Frage noch nicht geklärt sei. Der Redner des Zentrums trat unumwunden für eine Arbeitslosenversicherung ein, er erklärte sogar, wir würden nicht darum herum kommen »von Staats wegen, wenn auch nicht direkt einzugreifen, aber doch durch Beratung und Fühlungnahme eine gewisse Regelung unserer Produktionsverhältnisse anzustreben«, womit die Arbeitslosigkeit verhindert werden soll. Die Redner der Nationalliberalen

und der fortschrittlichen Volkspartei glaubten zwar vor einem unüberwindlichen Berg von Schwierigkeiten zu stehen, eine Reichsarbeitslosenversicherung lehnten sie zurzeit auch ab; aber eine Arbeitslosenversicherung in jedweder Form grundsätzlich zu verwerfen wagten auch sie nicht mehr. Das ist immerhin ein Fortschritt, der zu der Erwartung berechtigt, daß die Arbeitslosenversicherung im Werden begriffen ist. Jetzt heißt es die vermeintlichen Schwierigkeiten aus dem Weg räumen.

Die größte Schwierigkeit wird darin erblickt, daß es sich nicht feststellen lasse, »ob jemand ohne sein Verschulden arbeitslos ist oder nicht«, wie der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag sagte. Das soll eine Schwierigkeit sein, »deren man sehr schwer Herr werden wird«. Soll der Arbeiter, der freiwillig seine Arbeitsstelle verlassen hat oder eine angebotene Arbeit ausschlägt, zum Bezug der Unterstützung berechtigt sein? Es muß zugegeben werden, daß diese Frage nicht einfach ist. Aber es steht auch fest, daß sie den Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, niemals die geringste Schwierigkeit verursacht hat. Die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten, die Arbeiter, ist also zweifellos der Weg, auf dem sich jene Hindernisse überwinden lassen. Indessen ist zu beachten, daß sich in den Gewerkschaften diejenigen Elemente, die der Arbeitslosenversicherung ganz zweifellos große Schwierigkeiten bereiten können, nicht befinden. Das sind die sogenannten Arbeitsscheuen. Es ist deshalb, will man zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung kommen, von vornherein eine scharfe Scheidelinie zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitsscheuen zu ziehen.

Zu dieser notwendigen Unterscheidung zwischen den Arbeitslosen und jenen Elementen, die nicht oder nur wenig arbeiten und doch nicht einfach zu den Arbeitslosen gezählt werden können, wird man aber niemals kommen, solange man die Arbeitsscheuen, die Vagabunden, nur als Opfer der Arbeitslosigkeit betrachtet. So sagte Genosse Silberschmidt in der Sitzung des Reichstags vom 5. Dezember 1913, in der Begründung der Interpellation betreffend die Arbeitslosigkeit:

»Das Wort vom Vagabunden wird sehr häufig mißbraucht und allzu leicht ausgesprochen. Diejenigen, die davon sprechen, daß viele Arbeitslose nicht arbeitswillig wären, oder daß viele Vagabunden gar nicht die Absicht hätten ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden, verkennen die Tatsachen. Wenn man in jedem einzelnen Fall nachforschen würde, was ein Vagabund durchlebt hat, ehe er zum Vagabunden wurde, so würde man ein ganz wunderbares Ergebnis erhalten. [»Sehr richtig!« bei den Sozialdemokraten.] Sie können sich kaum vorstellen, was es für einen solchen Menschen bedeutet auf diese Stufe des Vagabunden herabsinken zu müssen, welch leidenschaftlichen Kampf um das tägliche Brot er hat führen müssen, welche Seelenschmerzen er hat erdulden müssen, wenn seine Familie nicht die genügende Nahrung erhalten konnte, wenn der Ernährer ihr nicht geben konnte, was er ihr herzlich gern hätte geben wollen, welche erbitterten Kämpfe er hat bestehen müssen, ehe er sich zu jener Gleichgültigkeit und Wurschtigkeit durchringt, ehe er einsieht, daß er in dieser Gesellschaft seine Hände nicht mehr verkaufen kann, und ehe er die Gleichgültigkeit erlangt und sagt: nun mag werden, was da will.«

Eine jahrhundertelange Erfahrung, vor allem aber die Forschungen der modernen Psychiater haben gelehrt, daß die Vagabondage ihre Ursache nicht in der Arbeitslosigkeit hat, und daß die beste Arbeitsversorgung kein Mittel ist ein Herabsinken von Arbeitern zu Vagabunden zu verhindern. Ebenso-

wenig kann den Vagabunden und Arbeitsscheuen mit einer Arbeitslosenversicherung geholfen, kann mit dieser die Vagabondage überwunden werden. Wie ich wiederholt in den Sozialistischen Monatsheften gezeigt habe <sup>1)</sup>, sind die Vagabondage und die Arbeitsscheu Erscheinungen der Geisteskrankheiten, sind die Vagabunden und Arbeitsscheuen zweifellos geistig nicht normale Menschen: Epileptiker, Neurastheniker, geistig Minderwertige. Und aus den wertvollen Untersuchungen von Bonhoeffer, Wilmanns, Riebeth, Cramer, Rizor und anderen geht auch hervor, daß der geistige Defekt der untersuchten Individuen nicht durch wirtschaftliches Elend erzeugt worden ist sondern in der Regel von Kindheit an bestand und die Ursache, nicht die Folge der Arbeitslosigkeit war. Nur von dieser wissenschaftlichen Erkenntnis aus lassen sich Arbeitsscheu und Vagabondage verstehen, vermag man einzusehen, daß diese scheinbar körperlich kräftigen und gesunden Menschen nicht regelmäßig arbeiten, weil sie es nicht können, und sie *freiwillig* das erbärmlichste Leben von der Welt führen. Nur dadurch läßt sich zwischen ihnen und den Arbeitslosen aber auch eine Grenze ziehen: daß sie als geistig nicht normale Wesen erkannt und als Kranke behandelt werden. Wäre ihr moralischer Tiefstand nur »Gleichgültigkeit und Wurschtigkeit«, dann müßte es möglich sein, sie wieder zu einem sozialen Leben zu führen. Bisher ist es aber nur in seltenen Ausnahmefällen gelungen einen Landstreicher oder Arbeitsscheuen wieder *sozial* zu machen. Und nichts wäre bedenklicher, wollte man diese Elemente als Arbeitslose behandelt wissen: sie würden eine Arbeitslosenversicherung unmöglich machen können.

Diese Gefahr ist freilich deshalb nicht besonders groß, weil die Arbeitsscheuen zu einem großen Teil nicht in den Besitz der Unterstützungsberechtigung gelangen würden, und zwar aus dem gleichen Grund, aus dem sie heute auch die Krankenkassen nicht besonders belasten. Da sie nicht regelmäßig arbeiten, also auch ihrer Beitragspflicht zu den Versicherungseinrichtungen nicht genügen, haben sie zu einem großen Teil niemals Anspruch auf Rente und fallen den Armenverbänden zur Last. Aber es steht auch fest, daß ihre Zahl keineswegs gering ist. Man greift nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß es in Deutschland 50 000 erwachsene Arbeitsscheue und Landstreicher gibt. Ein Teil von ihnen arbeitet zeitweise und würde eine Arbeitslosenversicherung stark in Anspruch nehmen können. Von wesentlich höherer Bedeutung ist jedoch, daß die Gleichstellung dieser Elemente mit den Arbeitslosen diese und die Arbeitslosigkeit in ein falsches Licht stellen und in Mißkredit bringen würde. Die Arbeiter haben also alle Ursache sich auf den Boden der Anschauung zu stellen, zu der die Ergebnisse der psychiatrischen Untersuchungen geführt haben: daß die Arbeitsscheuen von den Arbeitslosen zu trennen und als kranke Wesen zu behandeln sind. Wenn diese Erkenntnis Gemeingut geworden ist, dann ist der schwerstwiegende Einwand gegen eine allgemeine Reichsarbeitslosenversicherung beseitigt. Ein geistig normaler Arbeiter nimmt nicht freiwillig das Elend der Arbeitslosigkeit auf sich. Und ebensowenig wird er die 7 oder 10 Mark Arbeitslosenrente einem Arbeitsverdienst von 25 oder 30 Mark vorziehen, also Arbeitslosigkeit »simulieren«, wie Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag gemeint hat, um in den Besitz der Rente zu gelangen.

<sup>1)</sup> Siehe meine Artikel Das Lumpenproletariat und Das Armenwesen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909, 2. Band, pag. 1133 ff., und 1911, 2. Band, pag. 841 ff.

Es macht auch keine großen Schwierigkeiten mehr den Begriff Arbeitslosigkeit festzustellen, sobald die sogenannten Arbeitsscheuen ausgeschaltet sind. Auch Dr. Delbrück hat bereits anerkannt, daß man von einem Arbeitslosen nicht verlangen kann, daß er jede ihm angebotene Arbeitsgelegenheit annehme. Er hat zwar nur die physischen Hinderungsgründe angeführt. Aber je mehr sich die Sozialpolitiker mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigen, desto mehr werden sie erkennen lernen, daß der Arbeiter auch aus seelischen Gründen nicht jede Arbeit verrichten kann, daß Arbeit und Arbeit zwei verschiedene Dinge sind. Wie es dem existenzlosen Arzt oder Juristen aus seelischen Gründen ganz unmöglich wäre seinen Unterhalt durch Steineklopfen oder Holzzerkleinern zu erwerben, so sind auch der Mechaniker, Uhrmacher, Tischler usw. nicht in der Lage diese Arbeiten zu verrichten, selbst wenn ihre Körperkräfte dazu ausreichen. Arbeitslos sein bedeutet im wesentlichen arbeitslos im Beruf sein. Die Arbeitslosigkeit ist für den Arbeiter deshalb auch erst dann vorüber, wenn er wieder in seinem Beruf Arbeit gefunden hat. Eine vorübergehende andere Beschäftigung kann in vielen Fällen für den Arbeitslosen das größte Hindernis sein, eine Arbeitsstelle in seinem Beruf zu finden, ist deshalb keine Hilfe für den Arbeitslosen. Für den verheirateten Arbeiter bedeutet die Arbeitslosigkeit aber auch in der Regel arbeitslos am Ort sein. Er kann nicht beliebig an einen andern Platz verschickt werden. Ferner kann auch nicht durch jede Arbeitsbeschaffung im Beruf und am Ort die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Wie der Unternehmer ganz selbstverständlich das Recht haben muß einen leistungsunfähigen Arbeiter, der den vakanten Posten nicht ausfüllen kann, zurückzuweisen, so muß auch dem Arbeiter das Recht zustehen eine minderwertig entlohnte Arbeit oder eine sonstwie schlechte Arbeitsstelle abzulehnen. Schließlich sind auch ein Tischler und ein Schlosser, ein Schlosser und ein Tischler nicht das selbe. Die Arbeitsvermittlung kann also keine mechanische sein, sie muß bis zu einem gewissen Grad individualisieren.

Alle diese Fragen lösen sich von selbst bei der Selbstverwaltung der Versicherung durch die Versicherten. Ohne diese Selbstverwaltung ist freilich die Arbeitslosenversicherung nicht möglich. Aber das ist auch die wesentlichste Ursache, weshalb die Arbeitslosenversicherung in Deutschland zurzeit keine Realisierung findet. Träger der Versicherung müßten in erster Linie auch die Gewerkschaften werden. Die politische Rückständigkeit Deutschlands, aus der sich unser ganzes politisches Elend herschreibt, verhindert aber noch die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Regierung. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte ja auch im Reichstag, das Hauptbedenken, das er gegen den Ausbau einer Reichsversicherung im Anschluß an die Gewerkschaften habe, sei das »grundsätzliche Bedenken« Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an Berufsvereine zu geben, die sich selbst als Kampforganisationen bezeichnen, die, wenn nicht dem politischen, so doch dem wirtschaftlichen Kampf dienen. In England, Norwegen, Dänemark, in der Schweiz, also in den demokratischen Ländern, haben die Regierungen solche Bedenken nicht; sie erklären sich lediglich aus der politischen Unreife unserer Verhältnisse. Auch in England sind die Gewerkschaften Kampforganisationen. Dennoch ist es dort weder der Regierung noch den Unternehmern in den Sinn gekommen die Gewerkschaften als Träger der Arbeitslosenversicherung abzulehnen.



Mit der politischen Entwicklung Deutschlands, die nicht stillsteht, auch wenn die Gesetzgebung auf dem alten Fleck bleibt, wird indessen auch diese bürokratische Beschränktheit überwunden werden. Die wachsende Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit das ganze Gemeinwesen wirtschaftlich, sozial, moralisch, kulturell schwer schädigt und daß eine solidarische Versorgung der Arbeitslosen allen Teilen des Volkes zugute kommt, eine Arbeitslosenversicherung also nicht lediglich eine Sache der Arbeiter sondern eine nationale Angelegenheit ist, wird diesen Prozeß beschleunigen.

XX

## RUDOLF WISELL · KRANKENKASSEN UND ÄRZTE

**Z**U einem Streik der Ärzte ist es bei uns also doch nicht gekommen. Und das ist ein Glück. Denn die Kosten hätten auf alle Fälle die Versicherten tragen müssen, gleichviel wie der Konflikt ausgelaufen wäre. Ich habe auch nicht die Absicht noch einen Epilog zu diesem Kampf zu schreiben. Ich möchte indessen einige Bemerkungen an die Artikel knüpfen, die über diesen Gegenstand jetzt in den Sozialistischen Monatsheften erschienen sind,<sup>1)</sup> und die mir doch der Ergänzung bedürftig erscheinen. Von den drei Genossen, die sich hier geäußert haben: Heine, Kampffmeyer und Zadek, gibt mir Kampffmeyer am wenigsten Veranlassung zu besonderen Bemerkungen, und zwar deshalb, weil seine Auffassung sich mit der meinigen vollständig deckt; dagegen ist zu den Auslassungen der beiden anderen doch gar manches zu bemerken, was sie meines Erachtens nicht berücksichtigt haben.

Zwar der ganzen Tendenz des Heineschen Artikels kann ich auch nur zustimmen. Heine sagt da manches schöne, recht beherzigenswerte Wort. Im einzelnen jedoch zeigt er, daß er den Streitfragen selbst nicht nahe genug steht. Umgekehrt steht Dr. Zadek ihnen vielleicht zu nahe, er ist daher geneigt die Sachlage zu sehr als Arzt zu betrachten, wengleich er stets bestrebt ist ein objektives Urteil zu gewinnen. Was mich betrifft, so glaube ich nun den Fragen, auf die es hier ankommt, nahe genug zu sein, um sie beurteilen zu können, und doch nicht so nahe wie eine der beiden Parteien. Ich darf also vielleicht annehmen, daß mein Urteil nicht durch subjektive Empfindungen getrübt ist.

»Einem Sozialdemokraten muß es zweifellos sein, daß die freie Arztwahl die einzig würdige Form ärztlicher Versorgung bildet, daß sie auch der wissenschaftlichen Stellung der Ärzte am meisten entspricht, und daß die großen Vorteile, die sie bringt, weit ihre Gefahren und Nachteile überwiegen, von denen sie, wie jede andere freie Einrichtung, allerdings nicht völlig verschont bleiben kann.«<sup>2)</sup>

Hinter diese Behauptung Heines möchte ich denn doch ein Fragezeichen setzen. Wo wir heute die freie Arztwahl haben, waren es meist Sozialdemokraten, die sie bei den Kassen einführten. Die gleichen Erwägungen, die den Genossen Heine leiten diese Form der ärztlichen Versorgung für die einzig würdige anzusehen, waren auch wohl jenen Genossen für die Ein-

<sup>1)</sup> Siehe Heine Zum Streik der Ärzte, Kampffmeyer Die Arztfrage und die Bewertung der geistigen Arbeit in der Sozialdemokratie und Zadek Ein sozialdemokratischer Ärzteverein, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 1685 ff., und in diesem Band, pag. 27 ff. und 158 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Heine, loc. cit., pag. 1687.

führung der freien Arztwahl maßgebend. Aber unverkennbar ist in Kassenkreisen nun doch ein Meinungsumschwung eingetreten. Man steht nicht etwa jetzt der freien Arztwahl strikt ablehnend gegenüber, man betrachtet sie nur mit skeptischeren Blicken und übersieht ihre Nachteile nicht mehr.

Ganz gewiß entspricht es dem Wunsch jedes Menschen in Krankheitsfällen den Arzt zu Rat zu ziehen, zu dem er persönlich Vertrauen hat. Auch für die Heilerfolge ist das sicher wichtig, denn die psychische Einwirkung des Arztes ist ein Heilfaktor ganz wesentlicher Art; auch werden in diesem Fall die ärztlichen Vorschriften weit bereitwilliger befolgt werden als wenn sich der Kranke nur widerstrebend der Behandlung fügt. Aber für die Wahl eines Arztes ist es doch wohl auch nötig, daß man ihn, seine Persönlichkeit und seine Leistungen, zu beurteilen vermag. Das ist heute nur in kleinen Verhältnissen möglich. In der Großstadt ist für diese Wahl vielfach der Zufall entscheidend. Man nimmt den Arzt, der am nächsten wohnt oder der von Bekannten empfohlen worden ist. Sagt sein Wesen und seine Behandlungsweise dem Kranken zu, so wird er bei späteren Erkrankungen wieder zu Rat gezogen.

Ich sehe ganz davon ab, daß für die vielen Hunderttausende, die in Militärdiensten stehen, jede freie Arztwahl ausgeschlossen ist. Das gleiche gilt mit geringen Ausnahmen für alle in Krankenhäusern verpflegten Kranken. Umgekehrt ist es auch für die Kassenmitglieder heute möglich den Arzt zu wählen, zu dem sie Vertrauen haben. Nach der Reichsversicherungsordnung haben die Kassen, wo ihnen dies nicht unerschwingliche Kosten verursacht, dem Kranken die Auswahl unter mindestens 2 Ärzten freizustellen. Wo diese Vorschrift nicht befolgt wird, da liegt es an den besonderen örtlichen Verhältnissen, die auch die freie Arztwahl nicht ändern kann. So, wenn an dem Ort nur ein Arzt zur Verfügung steht oder bei den Entfernungs- und Verkehrsverhältnissen nur einer zu erreichen ist. Inwiefern es aber die wissenschaftliche Stellung des Arztes erfordern soll dem Großstadtpatienten die Auswahl unter all den vielen Großstadtärzten zu lassen, vermag ich doch nicht einzusehen. Auch im Interesse des Kranken ist das gar nicht nötig. Der Patient in der kleinern Stadt findet unter den 5 oder 6 Ärzten seines Wohnorts immer den Arzt seines Vertrauens; da kann ihn auch der Großstadtpatient finden, wenn ihm die Wahl unter 40 oder 50 Ärzten freisteht.

Wo die örtlichen Verhältnisse die freie Arztwahl möglich und geboten erscheinen lassen, mag sie eingeführt werden. Dazu aber bedarf es nicht einer generellen Vorschrift und des gesetzlichen Ausschlusses jedes andern Kassenarztsystems, wie dies die Ärzte bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung durchsetzen wollten. Die Ärzte forderten auch die Zulassung aller ihrer Kollegen zur Kassenpraxis, weil, wie sie behaupteten, die Privatpraxis durch die Versicherungsgesetzgebung stark eingeengt worden sei. Auf der andern Seite sollte nach den Forderungen, die die Ärzte in den Verhandlungen mit den Kassen aufstellten, die freie Arztwahl nicht uneingeschränkt sein. Der Arzt sollte nicht verpflichtet sein die häusliche Behandlung eines Kranken zu übernehmen, dessen Wohnung mehr als 2 Kilometer von seiner eigenen entfernt liegt, falls mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Übernahm er trotzdem die Behandlung, so sollte er

berechtigt sein mit dem Kassenmitglied die Zahlung von Zusatzbeträgen, eventuell von Fahrkosten und Kilometergeldern zu vereinbaren, die der Kranke selbst zu leisten hätte. Das war eine Beschränkung der freien Arztwahl für den Kranken, nicht für den Arzt. Es ist ja den Ärzten nicht zu verdenken, wenn sie durch ihre Organisation die wirtschaftlichen Interessen ihres Berufs wahrnehmen. Aber auf Kosten der Kassen und damit im Endergebnis auf Kosten der Versicherten eine Existenzversicherung der Ärzte zu schaffen: das geht denn doch nicht an. Das aber ist es, was nach der Überzeugung der Kassenleitungen die Ärzte erstreben. Sollte diese Annahme irrig sein (sie ist es vielleicht), so wird das Zusammenarbeiten in den nächsten Jahren dies ergeben. Eine spätere weitere Verständigung wird dann um so leichter sein. Hier können also die Ärzte vieles bessern. Und sollte der sozialdemokratische Ärzteverein dazu beitragen, so würde ich das mit Freuden begrüßen.

Die Kassen wenden sich nicht gegen die freie Arztwahl an sich sondern gegen deren ausschließliche Geltung. Und zwar wenden sie sich dagegen wegen der erheblichen Mehrbelastung der Kassen unter diesem Arztmodus. einer Mehrbelastung, die noch steigen würde, wenn es nicht mehr wie heute möglich wäre die Lage der Kassen unter den verschiedenen Arztsystemen mit einander zu vergleichen. Durchweg sind die Ausgaben der Kassen mit freier Arztwahl höher als die der anderen Kassen. Auch die Ärzte sind Menschen mit allen menschlichen Schwächen. Gerade in der Kassenpraxis können die eigenen wirtschaftlichen Interessen des Arztes ihn in Konflikt mit seinen Pflichten gegenüber der Kasse bringen. Darum kann ich auch nicht zugeben, daß die freie Arztwahl die einzig würdige Form ärztlicher Versorgung bildet. Kommt der Arzt den Patienten zu sehr entgegen, so schafft er sich leicht unter seinen Berufsgenossen Gegner; denn wer sich den Wünschen der Mitglieder am meisten fügt, wird natürlich auch am meisten in Anspruch genommen. Die Kasse hat keinerlei Einfluß auf die Maßnahmen des Arztes, er verfügt über ihre Mittel völlig unbeschränkt. In der Privatpraxis hemmt das materielle Interesse des Patienten eine übermäßige Inanspruchnahme des Arztes und das Verschreiben zu vieler Medikamente. Das fällt bei dem Kassenpatienten fort.

Daß in der Tat die Lage der Kassen mit freier Arztwahl ungünstiger ist als die anderer Kassen, zeigt ein Blick auf die folgenden Zahlen. In Württemberg besteht durchweg die freie Arztwahl. Vergleichen wir nun Württemberg mit dem übrigen Reich.

Jahr	Auf je 100 Mitglieder betrug die Zahl			der Krankheitsfälle			der Krankheitstage		
	im Reich	in Preußen	in Württemberg	im Reich	in Preußen	in Württemberg	im Reich	in Preußen	in Württemberg
1907	40,8	41,5	50,7	800	818	1003			
1908	42,2	43,1	51,2	843	864	1054			
1909	40,3	41,3	51,2	825	838	1048			
1910	39,8	40,8	47,5	801	818	957			
1911	42,4	43,6	51,5	845	865	1024			

Dabei ist die verteuernde Wirkung der freien Arztwahl noch durch die immer wiederkehrenden Hinweise auf die günstigere Lage der Kassen ohne freie Arztwahl gehemmt worden. Fehlt eine solche Vergleichsmöglichkeit,

so wird sich die freie Arztwahl noch wesentlich teurer stellen. Das sind die Befürchtungen der Kassenleitungen.

Zwar mag Heine recht haben, wenn er sagt, daß das Honorar, das den Ärzten von den Kassenverwaltungen geboten wurde, vielfach unwürdig niedrig war. Indes, im Lauf der Jahre ist es mit der Honorierung ganz wesentlich besser geworden. Dr. Zadek hat aus meiner Artikelserie in der Chemnitzer Volksstimme die absoluten Zahlen schon wiedergegeben.<sup>3)</sup> Vielleicht ist es aber angebracht auch die Steigerung des Arzthonorars für das einzelne Kassenmitglied zu betrachten. Nach der amtlichen Statistik betrug das Arzthonorar pro Kassenmitglied im Jahr 1885 2,15 Mark, 1890 2,55, 1895 3,08, 1900 3,60, 1905 4,74, 1910 5,85, 1911 6,15, 1912 6,48 Mark. Die Steigerung des ärztlichen Honorars hat also fortschreitend in immer schnellerem Maß zugenommen. Und im allgemeinen wird man heute die Bezahlung der Ärzte kaum mehr als unwürdig bezeichnen können. Dazu muß man bei Beurteilung dieser Zahlen noch berücksichtigen, daß auch ein wesentlicher Teil der Kassenausgaben, die unter Anstaltsverpflegung und Ersatzleistungen gebucht werden, den Ärzten zufließt. Verteilt man die von den Kassen gezahlten Arzthonorare auf sämtliche Ärzte in Deutschland, einschließlich der Ärzte ohne Kassenpraxis, so entfielen auf den einzelnen Arzt im Jahr 1906 1827 Mark, 1912 2554 Mark. Das heißt, wie ich nochmals betone, das Honorar auf sämtliche Ärzte, auch auf die ohne Kassenpraxis berechnet. In 6 Jahren hat also jeder Arzt in Deutschland aus der Krankenversicherung eine Erhöhung seines Honorars um 727 Mark erlangt.

Glaukt jemand im Ernst, daß diese Summen den Ärzten aus den entsprechenden Kreisen zugeflossen wären, wenn die Versicherung nicht bestanden hätte? Damit ist aber auch die Klage der Ärzte über die Einengung der Privatpraxis auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Die Ärzte haben durch die Versicherung nur Vorteil gehabt. An Stelle der einzelnen, vielfach schwachen Zahler ist die leistungsfähige Kasse getreten, bei der keine Verluste entstehen. Gewiß gibt es auch unter den Ärzten manche tüchtigen Kräfte, die auf keinen grünen Zweig kommen. Daran ist aber nicht die Versicherung schuld, sondern die Zunahme der Ärzte, die die Bevölkerungsvermehrung weit übersteigt. Die Krankenkassen können nicht das Mittel werden den Ärzten die Existenz zu sichern. Das könnten sie nur auf Kosten der Versicherten. Wo eine Erhöhung der Arzthonorare notwendig ist, werden sich ihr die Kassen nicht entgegenstellen. Sie fordern nur, daß die Ansprüche der Ärzte sie nicht in der Erfüllung ihrer sonstigen Verpflichtungen hemmen. Die Rücksichtnahme auf diese Verpflichtungen haben aber die Ärzte in dem letzten Streit oft vermissen lassen. Sie waren es, die drohten ihre Forderungen auf Kosten der Kranken durchsetzen zu wollen. Schrieben im vorigen Jahr doch die Ärztlichen Mitteilungen, das Organ des Leipziger Verbands:

»Wollen die Krankenkassen den Sturm, gut. Er wird dann mit verheerender Gewalt in ihre Bäume fahren und viel radikaler dafür sorgen, daß sie nicht in den Himmel wachsen. . . Und mag für die Ärzte dieses Unwetter, wie es immer wolle, ausgehen: die Kronen der deutschen Arbeiterversicherung werden dann entlaubt stehen, und es wird einer langen Winterreife bedürfen, ehe neue Säfte neue Triebe sprießen lassen.«

Wir wollen uns freuen, daß es zum Frieden gekommen ist. Daß es den

<sup>3)</sup> Siehe Zadek, loc. cit., pag. 161 f.

Kassen an gutem Willen dazu nicht gefehlt hat, zeigt der schnelle Abschluß. Doch auch den Ärzten ist es hoch anzurechnen, daß sie, die bisher alle Verhandlungen scheitern ließen, nun doch noch durch die Professoren Orth, Kraus und Passow die Hand zum Frieden boten.

Möge es ein dauernder Frieden werden! Dazu sind freilich wohl noch manche Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Auch Zadeks Artikel läßt das erkennen. Es ist eine recht dankenswerte Aufgabe, speziell auch für den neu gegründeten Ärzteverein, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die namentlich noch in dem mangelnden Sichverstehen beider Teile zu suchen sind. Freilich müssen die Ärzte doch auch noch umlernen. Meint Dr. Zadek doch, daß auch die Krankenkassen es nur zu gut von der Bourgeoisie gelernt hätten und auf dem besten Weg seien ein ärztliches Proletariat und Lumpenproletariat zu schaffen. Ich sehe nichts, was diese Auffassung begründet erscheinen lassen könnte. Das Zusammengehen des Ortskrankenkassenverbands mit den anderen Kassenverbänden kann doch wohl nicht als Symptom für das Bestreben ein Lumpenproletariat zu schaffen angesehen werden. Gewiß hat das Zusammengehen Aufsehen erregt. Daraus aber den Ortskrankenkassen einen Vorwurf zu machen scheint mir nicht billig. Wenn sich in diesem Streit die verschiedensten Gruppen der Kassen zusammengefunden haben, so scheint mir dies weit eher ein Beweis dafür zu sein, daß die Ärzte den Bogen überspannt haben als dafür, daß die Arbeiter in den Kassenverwaltungen den Ärzten an sich nicht wohlgesinnt sind; um so mehr als ja auch die Regierungen, die in den bisherigen Kämpfen der Ärzte mit den Krankenkassen ausnahmslos auf der Seite der Ärzte standen, hier doch eine ganz neutrale Haltung gezeigt haben.

Ich glaube auch nicht, daß Zadeks Meinung zutrifft: dies Zusammengehen habe sich schon an den Kassen bitter gerächt und werde sich in Zukunft noch bitterer rächen, denn jetzt habe ja schon der Oberregierungsrat Dr. Hoffmann die Entfernung der Sozialdemokraten aus den Kassenverwaltungen und ihren Ersatz durch Beamte, Offiziere a. D. und Militärärzte gefordert. Das hätten nämlich die Regierungen auch ohnedies getan; ihre Stellung zu dieser Frage ist ja bekannt. Dazu kann es aber ohne Zustimmung des Reichstags nicht kommen, der ja nicht zum wenigsten infolge der Angriffe der Ärzte die Beschränkung der Selbstverwaltung der Kassen durch die Reichsversicherungsordnung vorgenommen hat. Einen nicht kleinen Teil der Schuld tragen demnach die Ärzte selber. Ob sie ihn noch größer werden lassen wollen, indem sie die von der Regierung zweifellos gewünschte Bürokratisierung der Kassen fördern helfen, erscheint mir jedoch nicht wahrscheinlich. Sie würden darunter selber erheblich mitzuleiden haben. Zadek hat recht, wenn er meint, die Bürokratie denke von den Ärzten und der ärztlichen Wissenschaft gering. Allerdings erbringt das angeführte Beispiel, die Ausführungsbestimmungen zu § 370 der Reichsversicherungsordnung, keinen Beweis dafür. Es mag zwar einen Arzt hart ankommen, daß Eintritt und Dauer der Erwerbsunfähigkeit von Kassenkontrolleuren, von Gemeinde- und Gutsvorstehern, von Arbeitgebern, Hebammen und Schwwestern oder anderen Personen mit hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde, eventuell unter Zuhilfenahme des Augenscheins des Kassenvorstands, bescheinigt werden sollen. Aber, nachdem nun einmal der § 370 Gesetz geworden ist, nachdem dem Bundesrat der Erlaß der dazu notwendigen

Ausführungsbestimmungen oblag, blieben wohl kaum andere Anweisungen übrig als die, die nun wirklich ergangen sind. Man müßte sonst schon darlegen, auf welchem andern Weg denn der für die Zahlung des Krankengelds erforderliche Nachweis der Erwerbsunfähigkeit hätte erbracht werden können. Zadek spricht doch auch selbst von dem feststehenden Begriff der Erwerbsunfähigkeit. Ich selber habe zwar in meiner langjährigen Praxis als Arbeitersekretär erfahren, daß dieser Begriff recht wenig feststehend ist. Man braucht nur einmal das 211 Seiten starke Buch Siefert's zu lesen, um die Schwierigkeit dieser Begriffsbestimmung zu erkennen.<sup>4)</sup> Trotzdem ist es in der Tat in einer ganzen Reihe von Fällen auch dem Laien möglich Erwerbsunfähigkeit festzustellen. Ich denke hier an die vielen Fälle von offenen Wunden und Verletzungen. Dabei sollen natürlich durchaus nicht die Schwierigkeiten bestritten werden, die bei der Feststellung von Erwerbsunfähigkeit namentlich bei inneren Leiden bestehen. Das ist ja gerade der wunde Punkt. Daß daraus bei der Anwendung des § 370 den Kassen erhebliche Opfer erwachsen wären, ist unzweifelhaft, ebenso aber auch, daß die Ärzte schwer davon getroffen worden wären.

Wir wollen uns freuen, daß beiden Teilen diese Opfer erspart geblieben sind, und ich will hoffen, daß der Wunsch Dr. Zadek's erfüllt werde, daß an die Stelle der gegenseitigen Befehdung mehr Verständnis, mehr Achtung vor dem Standpunkt des andern trete, und daß auch die Ärzte stets vor allem dessen eingedenk bleiben, daß der hartnäckige Widerstand gegen die ärztlichen Forderungen doch nur dem guten Glauben der Kassen entspringt damit der ihnen anvertrauten Sache der Versicherten am besten zu dienen.

XX

## KÄTE TISCHENDORF · DIE EINFÜHLUNG BEI DEN ROMANTIKERN

**W**ORTE, die, einen Begriff umschreibend, unveränderter Gestalt durch ein Jahrhundert von Mund zu Mund, von Buch zu Buch getragen werden, täuschen durch dies ihr gleichbleibendes Gewand die sichere Gewährtheit ihres Inhalts vor. Aber dieser Inhalt, der Begriff, der unter dem Wort verstanden wird, läßt sich nicht festhalten, weil die Elemente, die ihn zusammensetzen, mit dem Wechsel des Anschauungskreises der Menschen und der Zeiten immer wieder anders begriffen werden, das Ganze daher ständig neuer Formung unterliegt. Der Vorstellungsgehalt eines jeden Wortes muß immer von neuem erobert werden durch den, der ihn neu durchdenkt; und da dieser Denkende nichts verstehen kann, was nicht irgendwie zum Umkreis seiner eigenen Vorstellungswelt gehört oder doch aus ihr heraus erfaßbar ist, so wird die neue Sinnerfüllung sich leicht nach dieser Vorstellungswelt hin verfärben. Je mehr sich die Weltanschauungen verändern, desto mehr wird sich der Sinn des übernommenen Wortes abwandeln; und schließlich wird er sein Eigentlichstes fast ganz verloren haben, wenn das Denken, das ihn aufgenommen hat, im Gegensatz steht zu der Welt, aus der heraus er geschaffen wurde. Die Geschichte unserer Vorstellungen von der Einfühlung ist charakteristisch für eine solche Umgestaltung. Was wir heute in der wissenschaftlichen

<sup>4)</sup> Siehe Siefert Der Begriff der Erwerbsunfähigkeit auf dem Gebiet des Reichsversicherungsrechts / Berlin 1908 /.

Psychologie unter Einfühlung verstehen, ist ein ganz anderes als die Romantiker darunter meinten. Erst ein Sichhineinversetzen in deren Welt gibt diesem Wort sein ursprüngliches Leben zurück.

Wenn man im unwissenschaftlichen Sprachgebrauch von Einfühlung redet, was meint man damit? Zum Beispiel: Ein Kaufmann hat eine Stellung zum erstenmal im Ausland angetreten, und er erklärt, daß es ihm rasch gelungen sei sich in die neuen Verhältnisse einzufühlen. Er meint, an verwandtes Erleben im andern appellierend, daß außer seinem aufmerksamen Verstand noch ein anderer Faktor den schnellen Erfolg mitbedingt hat: eine unbestimmte Kraft, die, wie das Wort sagt, gefühlsmäßig zu wirken scheint, die jedenfalls von anderer Art ist als die Kraft seines kontrollierenden und kontrollierbaren Verstandes. Daß die Unbestimmtheit und Andersartigkeit dieser Kraft logisch problematisch ist, daß die Bezeichnung der Gefühlsmäßigkeit lediglich ein bildhafter Ausdruck ist, daß die Annahme ihrer Existenz schon eigentlich der Einheitlichkeit der Weltanschauung widerspricht, die ja auch für die Alltäglichkeit Voraussetzung ist, das kommt natürlich in dieser Alltäglichkeit nicht zum Bewußtsein. Dennoch wird es nicht ganz vergessen. Auch im unwissenschaftlichen Sprechen wird das Wortbild der Einfühlung oft mit der Nebenempfindung gebraucht, daß sich da ein irgendwie merkwürdiger, ja in seiner Unüberblickbarkeit geheimnisvoller Vorgang vollziehe. Freilich richtig bemerkt wird das Geheimnisvolle und Ungewöhnliche daran meist nur bei Einfühlung in leblose Gegenstände: das heißt wenn durch innigstes Sichversenken der Gegenstand eine eigentümliche Art von Leben gewinnt. Der Künstler, zu dessen Metier es sozusagen gehört vermöge seiner ästhetischen Anschauungsart ständig Unbeseehtes zu beseelen, wird folgerichtig als Ausnahme empfunden.

An welches verwandte Erlebnis im andern nun wird appelliert? Oder vielmehr, da ein Erlebnis sich nur durch seine Spiegelungen gibt, welches ist der letztfaßliche, dem Erlebnis möglichst nahekommende Kern jener Spiegelung, die durch den populären bildhaften Ausdruck Einfühlung angedeutet wird? Offenbar eben die Annahme eines andern, nicht intellektuellen Weges, auf dem Wissen um Fremdes erlangt wird. Diese Annahme, somit das Erlebnis, scheint in allen bekannten Zeiten und Kulturen vorhanden und natürlich von größter Bedeutung gewesen zu sein. Und so haben die ferneren Deutungen und Betrachtungen hierüber in der Geschichte des menschlichen Denkens die anspruchsvollste Rolle gespielt, wenn auch zeitweise intensiver und alles beherrschend, zeitweise mehr verblaßter und in den Hintergrund gedrängt. Man kann ohne weiteres behaupten, daß alle die großen intuitiv-künstlerischen und religiösen Manifestationen ohne dieses Erlebnis unvorstellbar sind, und daß sie selbst großenteils ausgestaltende Spiegelungen des Erlebnisses sind, denen jene Kernspiegelung (Annahme eines zweiten Weges) gemeinsam bleibt.

Die letzte große Welle, die von diesem Erlebnis voll ist, und von der Wort und Begriff der Einfühlung abgeleitet wird, ist die Romantik. Auch sie ist von jener Annahme einer andern, nicht intellektuellen Wissensquelle beherrscht. Für ihre Interpretation gilt ihr als Haupt- und Ausgangspunkt die Ureinheit alles Seienden, ein fester Glaube, nicht ein Resultat von Methoden sondern fast eher ein Quell für Methoden. Es gibt für sie nichts Heterogenes, weder Ich und Du noch Wir und die Gegenstände. Alles, was ist, alles

Lebendige und das (nur scheinbar) Leblose, alle sind wir Kinder der selben göttlichen Natur oder natürlichen Gottheit. Folgerichtig gilt ihnen alles, was dieser Einheit widerspricht, als Trug oder Fehler; der Einheitsforderung gegenüber wird die gesamte vielspältige Wirklichkeit als Alltäglichkeit entwertet, somit vor allem der sie aufbauende logische Verstand. Folgerichtig gelangt Novalis zu der Unerbittlichkeit jenes Theorems, das er den höchsten Satz aller Wissenschaft und Kunst nennt: »Ich = Nicht-Ich«, für ihn das gelöste Geheimnis der Welt.

Ist die Ureinheit gegeben, so muß aller Entfremdung zum Trotz eine Urverbundenheit geblieben sein. Ist alle Gegensätzlichkeit nur Schein, so gilt es tiefer hinabzutauchen in die Mystik des Gefühls, wo die Einheit noch wohnt. Im unbewußten Wissen der erfüllten Wiederverbundenheit liegt mehr Weisheit als im klarsten Gedanken des getrennten Geistes. Alles Finden des Geistes ein Wiederfinden, alles Erkennen ein Sicherinnern. Der stumme Riesengeist, das ist der Gedankengang eines Schellingschen Gedichtes, ist der selbe kleine Menscheng Geist, in dem er Sprache gewinnt. Somit zuletzt (in gleicher Folgerichtigkeit, die bei den Romantikern natürlich nicht eine Logik des Gedankenbaus ist, sondern der Einheitlichkeit ihres Gefühls entstammt) vermag der Riesengeist, dessen höchste Manifestationsstufe der Mensch ist, soweit er, in Natur und Geist gespalten, sich gleichsam selbst gegenüber empfindet, nur immer seinen eigenen Zustand zu erleben. Die ganze Natur drückt den Zustand eines jeden der höheren wunderbaren Wesen aus, die wir Menschen nennen (Novalis). Die Natur ist jedem ein anderes, dem Kind kindlich, dem Gott göttlich (Novalis). Die Dinge, von unserm eigenen Wesen beschienen, tragen uns so entgegen, was ursprünglich aus uns selbst kommt; sie sind unser Widerschein, und wir selbst sind ein Widerschein für die Allseele, der wir entkommen. Aber wiederum ist der Romantikerglaube an Allbeseeltheit kein Anthropomorphismus; die Natur wird nicht beseelt gedacht von eigenen beseelten Wesen aus. Alle vom Menschlichen hergenommenen Bilder und Vergleiche sind nur hinweisend gemeint auf ein Drittes, das ihnen zugrunde liegt: das ebenso Verborgene wie eigentlich Wahre.

Für diese Weltanschauung oder vielmehr: dies Weltgefühl kann eben keine Einheitlichkeit und Widerspruchslosigkeit entstehen. Trotzdem ist das ganze theoretische System nicht dichterisch gemeint: keine Bilder, während in anderer Sphäre identische wissenschaftliche Wahrheiten liegen; das Theorem beansprucht die Wahrheit zu sein. Läßt aber der Romantiker diesen Anspruch fallen, gibt er zu, daß diese ganze Fülle von Ideen nur Bilder und Gleichnisse sind, so wird er es nur unter der Voraussetzung tun, daß alle s Bilder sind, daß es überhaupt nur Gleichnis gibt.

So war der ganze Reichtum an Interpretationen bei den Romantikern, aus denen sich als Kern die Annahme eines zweiten Zugangs zu Fremdem erkennen läßt, der also auch bei ihnen besteht. Dadurch ist man berechtigt bei der Romantik das gleiche Erlebnis vorauszusetzen, auf das auch der populäre Ausdruck Einfühlung hinweist, wenn im alltäglichen Leben ein anderer Weg als der des Intellekts zu existieren scheint. Dem Charakter der nun folgenden Zeit, in der ja die eigentliche Hinarbeit auf Wissenschaftlichkeit angestrebt und durchgeführt wurde, war es gemäß zunächst den kontrollierbaren Weg, den der Verstand geht, um Fremdes kennen zu lernen, aufs



schärfste zu trennen von dem unkontrollierbaren jener unbestimmten Kraft; und ferner entsprach es dieser Zeit sehr bald an dem Vorhandensein des zweiten Weges überhaupt zu zweifeln. Desgleichen kam man zu jener Trennung in beseelte Körper und unbeseelte Objekte. Und glaubte man einerseits, wie gesagt, nicht mehr an jene unbestimmte Kraft, so hatte es andererseits erst recht keinen Sinn mehr von Einfühlung in tote Objekte zu reden. So mußte der Ausdruck Einfühlung zu einem vortäuschenden Bild für ein Nichts werden. Die Konsequenz war: Man hatte es mit einer Illusion zu tun; und da diese Illusion immer wieder auftrat, wurde ihr ein Gebiet zugesprochen, eine Art Wissenschaft solcher Illusionen: Ästhetik = Wissenschaft vom mehr oder minder schönen (aber trügenden) Schein. Es bedarf keiner Frage, daß die Philosophie der Romantik als Metaphysik gekennzeichnet und als solche bekämpft wurde; mit ihr war auch die Einfühlung als Metaphysik abgetan. Freilich finden sich neben Untersuchungen von wissenschaftlichem Charakter Rückfälle in metaphysische Spekulationen. So spricht Robert Vischer von dem pantheistischen Drang zur Vereinigung mit der Welt. Soweit doch Einfühlungsakte anerkannt wurden, betrachtete man sie als ein vorübergehendes ästhetisches Phänomen, von der Beschaffenheit, daß ein Objekt für eine Zeitlang quasi die Seele des einfühlenden Subjekts erhält. Einmalige Einfühlungsakte scheinen diesen Forschern Einfühlungserlebnisse zu schaffen, die als solche erst durch den Akt bekannt werden, an sich neu sind.

Ist hiermit der höchste Antagonismus zur romantischen Einfühlung erreicht, so führt ein weiterer Schritt in der antimetaphysischen Strömung, in der wachsenden Skepsis gegen Gegebenheiten beinahe wieder zu einer Approximation an die Romantik. Denn nachdem der Intellekt als einziger Weg festgestellt, und die Einfühlung ganz oder fast ganz abgelehnt war, wird jetzt innerhalb der Zone, die nur den Intellekt als Medium kennt, nur noch das eigene Ich, der eigene beseelte Körper als Gegebenes anerkannt; und somit die Annahme eines fremden beseelten Körpers in jene unwissenschaftliche Zone verwiesen, in die man auch die Einfühlung gesetzt hatte. Andererseits aber entsteht der Versuch das Einfühlen als eine mir gegebene selbstverständliche psychologische Funktion darzustellen, die zu den normalen Fähigkeiten des einzigen Weges, des Intellekts, gehört.

XX  
**OTTO EGGERSTEDT · FUSION DER ORGANISATIONEN ODER GEMEINSCHAFTLICHER KAMPFFONDS?**



Wohl vorauszusehen war, lautet der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1913 durchaus nicht befriedigend.<sup>1)</sup> Nicht nur die Mitgliederbewegung an sich bietet ein wenig erfreuliches Bild sondern vor allem auch der Verlauf der größeren Lohnbewegungen. Die Hauptursache dieser Erscheinung liegt natürlich in der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur mit ihrer Arbeitslosigkeit. Indes gewinnt auch der Gedanke, daß es nicht allein die wirtschaftliche Krise mit ihrem wachsenden Elend

<sup>1)</sup> Siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 190

ist, die die anscheinende Lähmung der Kampfesfreudigkeit unter den Arbeitern bewirkt, in unserer Bewegung hier und da an Boden. Es hat auf alle Fälle sein Gutes, daß man über diese Dinge nachdenkt; denn nur mit der Erkenntnis der Ursachen dieser relativen Stagnation ist zugleich auch die Möglichkeit gegeben die Gleichgültigkeit, die einen Teil der Arbeiterschaft im Bann hält, wirksam zu bekämpfen.

Die größere Ausdehnung der wirtschaftlichen Kämpfe, die zunehmende Stärke der beiderseitigen Organisationen hat zur Zentralisation hingedrängt. Diese hat naturgemäß, zumal während eines Kampfes, eine Einschränkung des jeweiligen Mitbestimmungsrechts des einzelnen im Gefolge, der auf der andern Seite zugleich durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit ein geschärfteres Selbstbewußtsein erlangt hat und ein immer stärkeres Verlangen nach Erkenntnis und Selbstentscheidung in sich trägt. Es liegt nun stets die Gefahr nahe, daß die einzelnen Mitglieder die Gesamtlage zu sehr von örtlichen Gesichtspunkten aus betrachten. Diese verstärkt sich noch in Kampfeszeiten, wenn sie persönlich beteiligt sind. Müssen nun aus taktischen Erwägungen die Gründe für eine eventuell nötig werdende Änderung der Kampfesrichtung geheim gehalten werden, so entsteht leicht in der Masse der Mitglieder Unklarheit und Unsicherheit: die Vorläufer des Mißtrauens gegen die Organisationsleitungen.

Wie kann dieser Gefahr von vornherein begegnet werden? Man hat, um den Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht im vollsten Umfang zu gewähren, ohne daß die Beratungen vor die breite Öffentlichkeit gebracht würden, und um die Leitung stets mit dem Gros der Mitglieder in Fühlung zu erhalten, wiederholt das Repräsentativsystem empfohlen. Aber auch eine solche gewiß mehr demokratische Vertretung würde nur die Gründe bewerten können, die für die Kampfleitungen maßgebend sind. Auch sie würde auf die Stimmung der Masse wenig Einfluß haben, da diese Gründe eben geheim gehalten werden sollen. Wäre zudem diese Vertretung mit den Rechten der Generalversammlung ausgestattet, hätte sie also die Anstellung und die Kündigung der Beamten zu vollziehen, so könnte die Taktik der Gewerkschaftsvorstände, wenn auch unbewußt, vielleicht gegen bessere Überzeugung durch die Haltung der Majorität dieser Vertretung beeinflußt werden. Oder es könnte auch jede Lohnbewegung, deren Ergebnis nicht zufriedenstellend ausgefallen ist, eine Kündigung der Angestellten im Gefolge haben. Im besten Fall würde diese Vertretung den Gewerkschaftsvorständen als Ableitung und Träger der Verantwortung gegenüber den Mitgliedern dienen. Aber die Ursachen der Differenzen zwischen Masse und Führer würden auch dadurch nicht beseitigt werden. Denn selbst die demokratischste Organisation wird die Ausfechtung größerer Kämpfe scheuen müssen, wo größere, finanziell kräftigere Organisationen gegenüberstehen; auch sie wird also der Kampfeslust der Mitglieder nicht nachgeben dürfen.

Bei Lohnbewegungen tritt dieses unharmonische Verhältnis, das in einzelnen Organisationen besteht, zuweilen klar zutage, so daß die Unternehmer leichtes Spiel haben, und oft noch so begeistert einsetzende Lohnkämpfe in Hader und Zwietracht auslaufen. Kommt es durch die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Lohnbewegung, und ist eine kampfesfreudige Stimmung vorhanden, so ist es natürlich Aufgabe der Organisationsvertreter diese zu erhalten, um Zögernde und Unorganisierte mitzureißen.

Es werden zu dem Zweck besonders gute Redner zu einer beginnenden Lohnbewegung entsandt, und die Massenversammlungen, die erregten Ausbrüche sonst ruhiger Arbeiter, das Verlangen an dem Gewinn der Unternehmer teilzuhaben steigern die Kampfeslust noch mehr. Durch das bewußte Hinausschieben der Entscheidung seitens der Unternehmer, durch ihren hartnäckigen, oft provozierenden Widerstand gegenüber den gerechtesten Forderungen wächst der Unwille aufs höchste: alles drängt zum Losschlagen. Da macht plötzlich die Unternehmerorganisation eine Schwenkung und droht mit Generalaussperrung, und der Gewerkschaftsvorstand, der die Undurchführbarkeit eines derartigen Kampfes einsehen muß und sich der ganzen Schwere der Verantwortung bewußt ist, tritt den Rückzug an. Wie ein kalter Wasserstrahl wirkt dies auf die Arbeiter, deren Ungeduld an sich schon durch die langwierigen Verhandlungen aufs höchste gestiegen war, und denen alle Vorbedingungen für einen glücklichen Ausgang des Kampfes gegeben schienen. Verbieten nun taktische Rücksichten auch noch die Bekanntgabe der Gründe, dann setzt das zerstörende Mißtrauen ein; es folgen Unstimmigkeiten innerhalb der Organisation, Verbitterung, Mißmut greifen Platz, und es bedarf oft jahrelanger aufbauender Kleinarbeit, um die Arbeiter wieder zu freudiger Mitarbeit zu gewinnen. Die Werbekraft der Organisation ist auf lange Zeit hinaus geschwächt. Hier ist der Punkt, an dem der Hebel angesetzt werden muß. Stimmt die Organisationsleitung einer Lohnbewegung zu (und sie darf das nur, wenn diese wirklich gerechtfertigt und aussichtsreich ist), dann müssen alle eventuellen Konsequenzen, die daraus entspringen könnten, v o r h e r genau geprüft werden, damit bei Gegenmaßregeln von seiten der Unternehmer die gesteigerte Kampfesfreudigkeit der Arbeiter nicht wirkungslos verpufft, der Unmut sich nicht in inneren Streitigkeiten Luft machen kann. Sind die Organisationen nicht stark genug derartig erweiterte Kämpfe zu führen, so muß die Klassensolidarität zu Hilfe kommen.

Es sind nun verschiedene Vorschläge zur Beseitigung dieser Mißstände gemacht worden. So utopisch auch manche erscheinen mögen, so verdienen sie doch wegen der großen Bedeutung der Sache in Erwägung gezogen zu werden. Genosse Jakob Heinen propagiert in der Neuen Zeit die Verschmelzung sämtlicher Organisationen einer Nation und glaubt, daß sich eine solche Fusion vollziehen ließe, ohne daß die beruflichen Sonderinteressen als besonderes Hemmnis auftreten würden.<sup>2)</sup> Aber die Schwierigkeiten, die sich schon zuweilen bei den Zusammenschlüssen verwandter Berufsorganisationen, zum Beispiel in der Nahrungsmittelindustrie, emportürmen (oft liegen sie auch in den Personen der jeweiligen Führer), beweisen das Gegenteil. Gewiß sind auch derartige Schwierigkeiten zu überwinden. Die Verschmelzung der einzelnen Verbände wird ja aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus sicherlich vor sich gehen, aber wir würden in absehbarer Zeit zu keinem positiven Ergebnis kommen, denn solche Probleme lassen sich nicht übers Knie brechen.

Ich bin jedoch der Meinung, daß eine solche Zentralisation erzielt werden könnte, o h n e die Selbständigkeit der einzelnen Organisationen zu zerstören, ohne die beruflichen Sonderinteressen zu verletzen. Bekanntlich wird sich der Gewerkschaftskongreß in diesem Jahr mit der Errichtung einer allgemeinen Gewerkschaftskasse zu befassen haben. Neu ist dieser Gedanke

<sup>2)</sup> Siehe Heinen Die Organisationsform der Gewerkschaften, in der Neuen Zeit, 1913-1914, 1. Band, pag. 546 ff.

durchaus nicht. Schon im Jahr 1892 machte Genosse Legien den Vorschlag eine allgemeine Arbeitslosenunterstützungskasse zu begründen. Solch eine Kasse wäre nach meinem Dafürhalten zurzeit auch die wichtigste Grundlage zur Stärkung unserer Organisationen. Es handelt sich also um die Gründung eines gemeinschaftlichen Kampffonds, in den die Gewerkschaften, in verschiedene Gefahrenklassen eingeteilt, je nach der Mitgliederzahl bestimmte Einlagen und Beiträge zu leisten hätten. Aus dieser Kasse würden dann die Ausgaben für Streiks, Aussperrungen, Lohnbewegungen gedeckt werden, während die übrigen Geschäfte von den einzelnen Gewerkschaften weitergeführt werden könnten. Eventuell ließen sich auch die Unterstützungseinrichtungen dieser Kasse angliedern. Mit einem derartigen Kampffonds könnten selbst die größten Kämpfe durchgeführt werden, die Selbständigkeit der einzelnen Organisationen bliebe dabei bis zu einem gewissen Grad gewahrt, das größte Hemmnis eines engeren Zusammenschlusses wäre somit umgangen. Noch einen weiteren Vorteil würde eine derartige Verbindung haben: Die üblen Grenzstreitigkeiten, die jetzt zuweilen einen erschreckenden Umfang annehmen und oft sogar mit mehr Ausdauer und Eifer ausgefochten werden als der Kampf gegen die Arbeitgeber, würden dadurch eine starke Verminderung erfahren. Die ausländischen Organisationen könnten in der selben Weise ihren Zusammenschluß vollziehen und sich einer internationalen Generalkommission angliedern, zum Nutzen einer gesunden Klassensolidarität.

Zur Ausführung eines solchen Planes wären freilich enorme Schwierigkeiten zu überwinden. Aber wenn man zu der Einsicht kommt, daß eine solche Verschmelzung der Kassen möglich und notwendig ist, dann wird vielleicht auch ein Weg zur Verwirklichung dieses Planes gefunden werden, der der erneuten Stärkung der wirtschaftlichen Bewegung der gesamten Arbeiterklasse dienen soll.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Ludwig Quesel

**Zabernaffäre** Überblickt man den Verlauf der Zabernaffäre, die am 26. Februar mit der Fortsetzung der Beratung der Zabernkommission in ihre letzte Phase tritt, so muß man feststellen: Was wir vom Dezember 1913 bis zum Februar 1914 erlebt haben, war weniger ein Konflikt zwischen Volksvertretung und Regierung als vielmehr ein Konflikt zwischen Armee und Bevölkerung, wobei man nicht übersehen darf, daß der Geist der Armee nicht von der fortwährend wechselnden Mannschaft bestimmt wird sondern, wie Professor Delbrück sich in seinem letzten Buch ausdrückt, von dem »Offizierkorps, das die Mannschaft in seinem Geist erzieht und vermöge des Disziplinalgesetzes in seinem Geist regiert«.

Der Ausgang der Zabernaffäre zeigt uns, daß bei einem Konflikt des Offizierkorps mit der Zivilgewalt das Militär der stärkere Teil ist, selbst wenn der Reichstag hinter den Zivilbehörden steht. Das läßt sich an den Vorgängen leicht nachweisen. Infolge des Auftretens des Leutnants von Forstner, das die elsässische Bevölkerung mit Recht als Beleidigung und Bedrohung empfand, wurden einige Offiziere von zumeist jugendlichen Personen belästigt und beschimpft. Die Provokationen des Leutnants, die das hervorgerufen hatten, fanden zwar eine disziplinäre Sühne, aber so, daß die Bevölkerung davon absolut nichts erfuhr; selbst dem Reichstag verweigerte der Kriegsminister die Auskunft über die Höhe der verhängten Strafe. Da der junge Offizier, durch den sich die Elsässer beschimpft fühlten, den Schauplatz seiner Taten nicht verließ, erfolg-

ten weitere Belästigungen, die dann den Obersten von Reuter veranlaßten eigenmächtig die Polizeigewalt in Zabern in seine Hände zu nehmen und auszuüben. Der Reichskanzler erklärte das Vorgehen des Obersten von Reuter für ungesetzlich. Das Straßburger Kriegsgericht erhob aber in seinem Urteil die Emanzipation des Offizierkorps von der Zivilgewalt zum Prinzip. Die Folge der Straßburger Kriegsgerichtsurteile war, daß die Chefs der elsässischen Regierung, die sich diese Auffassung nicht zu eigen machen konnten, ihren Abschied nahmen, und der Kreisdirektor von Zabern versetzt wurde. Oberst von Reuter erhielt dagegen ein neues Regiment, und Leutnant von Forstner wird an anderer Stelle seine Karriere weiter fortsetzen. Die Stellung des Reichskanzlers gilt als erschüttert, nicht wegen des Mißtrauensvotums des Reichstags vom 4. Dezember sondern umgekehrt deshalb, weil seine Erklärungen nicht zu der Auffassung der Rechten paßten, die einfach die souveräne Polizeigewalt des Militärs proklamiert wissen wollte. Den Abschluß dieser ganzen Entwicklung bildet vorläufig die Erklärung des Regierungsvertreters in der Sitzung der Zabernkommission vom 18. Februar, daß Preußen im Bundesrat sein Veto gegen jede Einschränkung der militärischen Polizeigewalt einlegen werde.

Die Aussichten, die der Verlauf der Zabernaffäre für die Gestaltung unserer politischen Zustände eröffnet, sind in jedem Betracht unerfreulich. Man erinnere sich daran, daß zum Beispiel Professor Rehm am 3. Januar im Tag schrieb, »ein parlamentarischer deutscher Kaiser hätte nicht die Macht besessen den Fall Zabern so zu entscheiden wie es unser konstitutioneller Kaiser von Donaueschingen aus getan hat«. Wir wissen freilich auch heute noch nicht, wie eigentlich in Donaueschingen entschieden worden ist; wenn aber dort, wie Professor Rehm am 3. Januar annahm, die Entscheidung wirklich gegen die Offiziere, die sich über die Zivilgewalt stellen wollen, gefallen sein sollte, so hätte die ganze weitere Entwicklung dargetan, daß der Wille des Monarchen gegenüber dem Offizierkorps nicht durchdringen kann. Professor Rehm ist also jetzt durch die Tatsachen belehrt worden, wie wenig gerade in unserm konstitutionell regierten Staat die Bevölkerung darauf rechnen kann, daß das Staatsoberhaupt stets in der Lage ist die bestehende Rechtsordnung vor unberech-

tigten Eingriffen zu schützen. Dieser Zustand ist gerade für die weltpolitische Stellung Deutschlands sehr bedenklich. Er bringt die Gefahr einer Politisierung des Offizierkorps nahe. Eine solche bedeutet aber stets eine Schwächung der Nation und der auswärtigen Politik ihrer Regierung. Wer die Zabernaffäre mit allen ihren Konsequenzen für die Auslandspolitik durchdenkt, wird zu der Auffassung kommen müssen, daß gerade das parlamentarische Regime dagegen die besseren Garantien bietet, mithin im politischen Interesse der Nation zuverlässiger wirkt. Es würde den wirklichen Ausweg aus den unleidlichen Zuständen bedeuten, die diese Angelegenheit der Öffentlichkeit gezeigt hat.

× England und Deutschland ×  
 Von einem erheblichen Teil der deutschen Presse ist das

Neujahrsinterview des englischen Finanzministers Lloyd George mit dem Redakteur des Daily Chronicle als ein großes Ereignis auf dem Gebiet der Auslandspolitik angesehen worden. Lloyd George brachte bekanntlich in diesem Interview zum Ausdruck, daß er den Zeitpunkt für gekommen halte in eine genaue Prüfung der Rüstungsausgaben einzutreten, weil die Beziehungen zu Deutschland »unendlich viel freundschaftlicher seien als seit Jahren«. Bei der Beratung des Marineetats in der Budgetkommission des Reichstags hat der Staatssekretär von Tirpitz dann Erklärungen über unsere Beziehungen zu England abgegeben, die ungefähr auf den selben Ton gestimmt waren, jedoch mit dem Unterschied, daß in den Tirpitzschen Ausführungen jede Bezugnahme auf eine Einschränkung der Rüstungsausgaben fehlt. Nach alledem scheint wohl so viel festzustehen, daß die von uns vor Jahresfrist angekündigte Verständigung zwischen Deutschland und England auf imperialistischer Grundlage Fortschritte gemacht hat. Offenbar hat sich die Idee eine politische Annäherung auf imperialistischer Basis zustande zu bringen als fruchtbar erwiesen. Freilich fehlt es nicht an Stimmen im imperialistischen Lager, die die ganze Aktion als verfehlt ansehen, weil das, was Deutschland im besten Fall von England auf dem Weg der imperialistischen Verständigung erhalten könne, »Schlafkrankheitsherde in Mittelfrika« seien, von denen wir in Neukamerun und Ostafrika doch gerade genug hätten. Der Imperialist Dr. von Winterstetten vertritt in seiner Broschüre Berlin-Bagdad:

Neue Ziele mitteleuropäischer Politik /München, J. F. Lehmann/ sogar die Auffassung, daß man in London »mit dem Deutschen Reich einen großen Ulk treibt«. Soll das deutsche Zukunftsland, so fragt entrüstet von Winterstetten, aus Gebieten bestehen, über die der Schlafkrankheitstod seine Würgefingern streckt? Aber es sei noch sehr die Frage, fügt er hinzu, ob wir von England selbst derartige Gebiete erhalten würden, da die portugiesische Regierung bereits erklärt habe, es würde ihr nie einfallen ihre Kolonien abzutreten.

Solange das eigentliche Ergebnis der deutsch-englischen Verhandlungen über die Neuaufteilung Mittelfrikas nicht bekannt ist, wird man sich eines Urteils darüber enthalten müssen, ob man in London mit dem Deutschen Reich wirklich nur »einen großen Ulk« getrieben hat. Wie mir scheint, kommt doch bei den pazifistisch gesinnten Imperialisten Englands allmählich die Überzeugung zum Durchbruch, daß unser Erdball wirklich groß genug für mehrere Weltreiche ist, und daß man deshalb in dem Aufstieg Deutschlands zu einer Weltmacht durch Erwerb neuer Kolonien, Protektorate und Einflußsphären keine Gefahr für das englische Weltreich zu sehen braucht. Freilich stößt bei den rüstungspolitischen Imperialisten Englands, als deren Wortführer Winston Churchill und im gewissen Sinn auch Edward Grey anzusehen sind, diese Auffassung noch auf lebhaften Widerstand. Es ist immerhin charakteristisch, daß Winston Churchill das pazifistisch gestimmte Neujahrsinterview Lloyd Georges mit einem wesentlich erhöhten Flottenetat beantwortete. Die Kreise, die Lloyd George nahe stehen, haben allerdings das Anschwellen der Flottenrüstungen nicht ohne Widerspruch hingenommen. Ob Churchill bei diesem Widerstreit siegen wird, oder ob erhebliche Abstriche an seinem Etat erfolgen werden, läßt sich zurzeit noch nicht erkennen.

× **Kurze Chronik** Am 3. Januar ist in der Türkei durch einen Erlass des Sultans an Stelle Isset Paschas Oberst Enver Bey unter gleichzeitiger Beförderung zum Brigadegeneral zum Kriegsminister ernannt worden. Daß Enver Beys Ernennung zum Kriegsminister den Sieg der Verjüngungspartei bedeutet, ergibt sich nicht nur daraus, daß der neue Kriegsminister selbst erst 31 Jahre alt ist, sondern auch aus dem weit wichtigern Umstand, daß

laut Meldung des Tanin vom 7. Januar 280 Generale, Obersten und Oberstleutnants durch Enver Bey verabschiedet worden sind. × In der ägäischen Inselfrage haben die Mächte am 14. Februar an die Türkei eine Note gerichtet, wonach Griechenland die Inseln Imbros und Tenedos der Türkei zurückgeben und endgültig im Besitz der anderen von ihm besetzten Inseln bleiben soll. Man nimmt an, daß die leitenden Kreise in Konstantinopel sich ins Unvermeidliche fügen werden. × Am 21. Februar hat Prinz Wilhelm zu Wied die ihm angetragene albanische Krone angenommen. In Durazzo wird emsig gearbeitet, um das kleine Städtchen einigermassen zu einer Residenz herzurichten. Über Walona wurde am 7. Januar von der provisorischen Regierung Albaniens der Belagerungszustand verhängt. Diese Maßnahme soll deshalb ergriffen worden sein, weil Walona das Zentrum einer muselmännischen Bewegung ist, die eine Persönlichkeit albanischer Herkunft auf den Thron Albaniens bringen wollte. Prinz zu Wied weilte im Februar in London, wo ihm nach einer Reutermeldung die »vollständige Unterstützung« der englischen Regierung zugesichert worden sein soll. Der Londoner Unterredung sind Besprechungen in Rom und in Wien vorausgegangen. × In Schweden hat das liberale Ministerium Staaff am 10. Februar seine Demission gegeben, weil es das Auftreten des Königs in der Landesverteidigungsfrage als unvereinbar mit den Grundsätzen einer parlamentarischen Regierung ansah. An die Stelle des liberalen Ministeriums Staaff ist das gemäßigt liberale Ministerium von Hammerskjöld getreten, das vorläufig in der Luft schwebt, weil es über keine Mehrheit im Reichstag verfügt. Das neue Ministerium gab am 18. Februar die Erklärung ab, die Wehrvorlage werde erst nach Auflösung der Zweiten Kammer eingebracht werden.

× **Literatur** Zur Lösung der Ostmarkenfrage hat der Obergerichtsrat Dr. von Horn einen Beitrag geliefert, der eine seltsame Mischung fortschrittlicher und reaktionärer Anschauungen darstellt. In seiner Schrift Die Ostmarkenfrage und ihre Lösung /Berlin, Springer/ stellt er der innern Politik der Ostmarken die Aufgabe dahin zu streben, »daß die Polen sich, wie es die Litauer und Masuren getan haben, mit

den bestehenden politischen Verhältnissen aussöhnen und sich nicht mehr gegen das Deutschtum abschließen. Dann werden sie bewußt oder unbewußt deutsches Wesen annehmen und allmählich in der deutschen Bevölkerung aufgehen.« Dies Ziel ist nach der Ansicht des Verfassers aber nur zu erreichen, wenn der deutschen Sprache zum Sieg über die polnische verholfen wird. Die Ostmarkenfrage ist ihm in erster Linie eine Sprachenfrage. Der Rassenunterschied zwischen den Polen und den Deutschen scheint ihm unwesentlich, da »in ganz Ostelbien, das das sichere Fundament Preußens und des Deutschen Reiches bildet, slawisches Blut zweifellos stärker vertreten ist als germanisches«. Um der deutschen Sprache in den Ostmarken zum Sieg zu verhelfen, will von Horn die polnische Bevölkerung, wenn man so sagen darf, zweisprachig machen, jedoch keineswegs etwa im Sinn der Parität. Während die polnische Sprache das Idiom der Ostmärker polnischer Herkunft werden soll, soll gleichzeitig die deutsche Sprache für die Polen den Rang einer Kultursprache erhalten. Zu diesem Zweck soll der preußische Pole nur in deutscher Sprache lesen und schreiben lernen. Von der Schule will von Horn daher die polnische Sprache ganz fernhalten. Auch der Religionsunterricht soll in deutscher Sprache erteilt werden. Die eigentümliche Mischung fortschrittlicher und reaktionärer Ideen zeigt sich bei dem Verfasser nun darin, daß er das Volksschulwesen in den Ostmarken durch Übernahme des Hauptteils der gesamten Lasten auf den Staat auf eine möglichst hohe Stufe bringen will, damit die polnische Jugend die deutsche Sprache auch wirklich vollkommen mündlich und schriftlich beherrschen lernt. »Bleibt aber die polnische Sprache auf den privaten Verkehr und die Kirche beschränkt, so muß sie schon wegen ihres geringern geistigen Gehalts und der geringen Bedeutung der polnischen Literatur im Wettbewerb mit der deutschen unterliegen.« Nun glaubt der Verfasser allerdings selbst nicht daran, daß die Polen mit ihrem wachen Nationalitätsbewußtsein die Gefahr, die ihrer Nation aus dieser Sprachenpolitik erwachsen müßte, nicht erkennen würden. Für ihn gelten aber alle Polen, die sich der Herabsetzung ihrer Muttersprache zu einem kultur- und schriftlosen Idiom widersetzen, als Hetzer und Aufwiegler, die durch polizeiliche Gewalt zur Raison gebracht werden müssen. Deshalb plä-

diert er für eine drakonische Verschärfung des Strafgesetzbuchs, um der Anwendung polizeilicher Gewalt im Sprachenkampf eine rechtliche Grundlage zu schaffen. Von einer Auffassung, wie sie in der Schweiz vorherrschend ist, wo man gleichfalls die Zweisprachigkeit erstrebt, ohne aber deshalb eine der drei Landessprachen in ihrem Kulturwert irgendwie herabdrücken zu wollen, ist von Horn weit entfernt. Wer die Anwendung von Gewalt bei der Lösung der Ostmarkenfrage verwirft, wird deshalb die Hornschen Vorschläge, obwohl in vielen von ihnen ein vernünftiger Kern zu finden ist, verwerfen müssen.

### Wirtschaft / Max Schippel

**Geldmarkt** Mit einer überraschenden Wucht vollzieht sich der Umschwung aus der alten Geldmarktslähmung zu einer Beweglichkeit, die alle so lange zurückgehaltenen Anleihe- und sonstigen Kapitalsbedarfe mit einemmal wieder an das Tageslicht hervorlockt. Die deutsche Reichsbank verzeichnete seit reichlich einem Vierteljahr bereits die 4. Diskontermäßigung: am 27. Oktober von 6 auf 5¼ %, am 11. Dezember auf 5, am 22. Januar auf 4½, und zuletzt am 5. Februar auf 4 %. Der Konjunkturrückgang setzt, wie immer, größere Kapitalmassen, die sonst im wirtschaftlichen Hochbetrieb gebunden waren, frei; aber auch die künstliche Zurückhaltung, die der Angst vor großen internationalen politischen Konflikten entsprang, und deren Stärke sich erst nachträglich richtig abschätzen läßt, ist hinweggefallen, und beide Strömungen schaffen vereint die plötzliche Wendung, die nicht nur in Deutschland sondern ebenso gut in Frankreich und England hervortritt, wo selbst den gegenwärtig geltenden Bankzinssätzen von 3½ und 3 % weitere Herabsetzungen bevorstehen dürften.

× **Preußische Anleihe** × Unter diesen Umständen hatte die jüngste Preußenanleihe, bei der die Regierung freilich, noch unter dem Eindruck der Mißerfolge vom Sommer 1912, mit Zugeständnissen nicht gekargt hatte, ein außerordentliches Glück. Von den, am 29. Januar zur Zeichnung (unter ganz neuartigen Bedingungen, siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 124) aufgelegten 400 Millionen Mark waren schon vor der Subskription 50 Millionen an die beteiligten Banken fest vergeben,

und auf die weiteren 350 Millionen auslosbarer Schatzanweisungen wurden nicht weniger als 25 Milliarden gezeichnet, hiervon 19 Milliarden mit Sperrverpflichtungen. Die Regierung nahm deshalb die günstige Gelegenheit beim Schopf und stellte den unbefriedigt gebliebenen Zeichnern, also ohne jede neue Ausschreibung, noch 200 Millionen zur Verfügung; oder richtiger 150 Millionen, da abermals 50 Millionen der Seehandlung (Preussischen Staatsbank) zum Zweck der Kursregulierung vorbehalten sind. Der gewaltige Kapitalsbetrag von 600 Millionen Mark soll vorwiegend dem Ausbau des Betriebsapparats und der Betriebsmittelvermehrung der Staatsbahnen dienen, bei denen noch lange nicht von allen, im Landtag bewilligten Krediten Gebrauch gemacht ist.

× **Zolltarif** ×  
 Die Reichstagserkklärung des Staatssekretärs Delbrück vom 20. Januar: man werde in den nächsten Jahren ohne wesentliche Änderungen der gegebenen Zolltarifgrundlage handelspolitisch auszukommen suchen (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 123, und meinen Artikel Der handelspolitische Aufmarsch der Interessenten, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 131 ff.), findet die denkbar ruhigste Beurteilung im Deutschen Außenhandel, der Zeitschrift des Handelsvertragsvereins. Dieses Urteil verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als der Handelsvertragsverein für Deutschland die noch am meisten freihändlerisch gerichtete bürgerliche Organisation darstellt, und weil der Redaktion, ganz im Gegensatz zu den meisten unserer parteigenössischen Nichtsalsfreihändler, eine in jahrelanger Beobachtung und Praxis erworbene handelspolitische Sachkenntnis und Erfahrung zur Seite steht. Als wichtigste Stellen in dem redaktionellen Leitartikel, den die genannte Zeitschrift am 5. Februar brachte, seien wiedergegeben: »Dieses Programm ist nicht ganz so überraschend wie man vielleicht in fernerstehenden Kreisen anzunehmen geneigt ist. . . Schon rein technisch erscheint die Form, in welcher sich bisher die Erneuerung der Handelsverträge vollzog, als ein merkwürdiger und umständlicher Umweg: Zwei Nachbarn . . . bauen (jeder auf seiner Seite, unabhängig von einander) die [Zoll-]Mauern bis zu einer sinnlosen Höhe und verhandeln dann nachträglich darüber, wie weit sie nun-

mehr die Steine wieder fortnehmen wollen, um zum Schluß wieder auf den ungefähren ersten Stand zurückzukommen! Aber nicht nur ein äußerlicher Umweg zum Ziel war diese Form der Vertragsvorbereitung sondern auch unter dem Gesichtspunkt der innern Politik verwerflich. Die Erregung und Störung des gesamten Wirtschaftslebens, welche die Aufstellung eines neuen Zolltarifs jedesmal mit sich brachte . . . die Lahmlegung der ganzen parlamentarischen Arbeit durch den lange Monate sich hinziehenden, kräfteaufreibenden Kampf um den Zolltarif; alles dieses läßt es begreiflich erscheinen, daß sich die Regierung fragt: Lohnt die (vorausichtlich doch nur geringe) Verschiebung unseres Zollniveaus einen derartigen Aufwand von Zeit und Kraft, eine derartige allgemeine Verärgerung? . . . Selbst der Versuch eine rein technische Verbesserung des Zolltarifs vorzunehmen, [würde] wiederum die Gefahr eines wirtschaftlichen Kampfes aller gegen alle heraufbeschwören. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag eine etwaige Regierungsvorlage bis zur Unkenntlichkeit umgestalten und weit über deren Absichten hinausgehen würde. Außerdem könnte selbst eine bloße Beseitigung gewisser tarifarischer Unebenheiten für die Regierungen verschiedener Vertragsstaaten, insbesondere Österreich-Ungarns und Italiens, gar zu leicht das Signal sein ihrerseits Tarifvorlagen einzubringen, die voraussichtlich von vornherein auf eine allgemeine Erhöhung des Zollniveaus hinauslaufen würden. Wenn aber diesmal Deutschland nicht wieder wie 1902 mit schlechtem Beispiel vorangeht, so ist zu hoffen, daß die genannten Regierungen, ebenso diejenigen der Schweiz und Belgiens, vielleicht sogar Rußlands, es sich doch überlegen, ob sie ein erneutes Zollwetttrüsten hervorgerufen sollen, an dem sich Deutschland schließlich auch beteiligen würde, mit dem Endergebnis, daß sich die gegenseitigen Absatzbedingungen trotz neuer Handelsverträge verschlechtern . . . Es steht also grundsätzlich nichts im Weg, daß . . . auf der Grundlage der bereits geltenden vertragsmäßigen Einfuhrtarife neue Zugeständnisse vereinbart oder bisherige Zugeständnisse abgeändert werden, so daß dann der Reichstag statt einer Novelle zum Zolltarif Novellen zu den betreffenden Handelsverträgen vorgelegt bekommt. Das Programm der Reichsregie-



rung wäre daher auch dann durchführbar, wenn zum Beispiel Österreich-Ungarn und Rußland eine Revision der geltenden Handelsverträge wünschen sollten. . . Es lassen sich zweifellos gewisse Abänderungen, soweit sie sich in maßvollen Grenzen halten und nicht auf eine Erhöhung des Zollniveaus hinauslaufen, auch ohne Kündigung der Verträge und ohne neue Verhandlungstarife in technisch viel einfacherer Weise als bisher im Weg von Zusatzverträgen bewerkstelligen. Freilich setzt das voraus, daß man auf beiden Seiten manche Wünsche zurückstellt. Das gilt besonders für Rußland. . . Es bedeutet eine merkwürdige Verkennung der Sachlage, wenn russische Exportkreise glauben durch eine weitgehende Zollrüftung günstigere Absatzbedingungen als bisher erzielen zu können. . . Gerade darum kam die Erklärung der Reichsregierung zur richtigen Zeit, war es zweckmäßig die Karten aufzudecken und das Ausland von unseren zollpolitischen Absichten zu verständigen.«

So weit das Organ des Handelsvertragsvereins. Wenn ein solches Programm und Verfahren bereits seitens der bürgerlichen äußersten handelspolitischen Linken unterstützt und empfohlen wird, seitens der offiziellen Organisation der vermeintlich so schwer geschädigten, am meisten betroffenen Industrieexportinteressenten, dann sollten die streitfertigen Parteigenossen, die diesmal genau wieder wie vor 1902 zu welterschütternden großen handelspolitischen Kraftmeiereien aufrufen, endlich doch einmal bestimmt sagen, wo denn die parlamentarische Mehrheit herkommen soll, die sie im Handumdrehen gewinnen oder andernfalls durch große *Massenaktionen* erzwingen wollen. Ein Feldzug, der gleich mit den seltsamsten Illusionen über die Stärke der durch die heutige Wirtschaftspolitik verletzten und darum bündnisfähigen bürgerlichen Interessen beginnt, muß nicht nur scheitern, sondern er muß uns, wenn von neuem mit doppelt gefährlichen Kraftproben verbunden, genau so verhängnisvolle politisch-parlamentarische Rückschläge bringen wie die an ihrem Ende allgemein beklagte Obstruktionskampagne 1902.

× **Kurze Chronik** Der internationale Schifffahrtskrieg der an dem nordatlantischen Passagiertransport beteiligten Großreedereien hat

den Bremer Lloyd und die Hapag zu dem Entschluß gebracht eine engere Interessengemeinschaft einzugehen. Auch für das Schicksal der aufgelösten internationalen Verbände erwartet man von der demnächst in London stattfindenden Konferenz eine friedensgünstige Wendung. × Eine uralte Handelsstraße ist zu neuem, modernem Leben erwacht, durch die Erstreckung der deutschostafrikanischen Schienenstränge bis Kigoma am östlichen Ufer des Tanganjikasees. Noch über das Seegebiet hinaus erwartet man aus Zentralafrika einen reichen Warenzufluß zum Indischen Ozean und von da aus zum Weltmarkt. × Für die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten brachte das Jahr 1913 wieder einmal einen Rekord. Es landeten 1 387 318 fremde Immigranten in der Union, das sind 35 % mehr als 1912, 64 % mehr als 1911 und nahezu 30 % mehr als 1910. Den bekanntlich fast stetig wachsenden Rückfluß von Amerika nach Europa und anderen Ländern mit in Rechnung gestellt, erfuhr die Union in dieser Weise 1913 einen Bevölkerungszuwachs von 1 017 957 Personen.

× **Literatur** Über die Spielwarenproduktionsstätten der Erde hat Professor Dr. Anschütz im Auftrag der Sonneberger Handelskammer eine sehr dankenswerte Übersicht zusammengestellt /Sonneberg, Gräbe & Hetzer/; eine ausführliche Darstellung finden im Schlußteil auch die Zollverhältnisse in allen wichtigeren Absatzgebieten. × In den Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen, die Georg von Schanz und Julius Wolf herausgeben /Stuttgart, Enke/, behandeln in den neuesten Heften Alfred Lansburgh die Maßnahmen der Reichsbank zur Erhöhung der Liquidität der deutschen Kreditwirtschaft; Geheimer Regierungsrat Dr. Julius Lißner die Zukunft der Verbrauchssteuern in Deutschland (mit dem Hinweis für das Reich auf die alkoholischen Getränke, die Zigaretten und die Luxusverbrauchsgüter); ferner Ministerialdirektor Offenberg die Beziehungen zwischen Konjunktur und Eisenbahnen. × Der Verfasser des heute am meisten benutzten finanzwissenschaftlichen Handbuchs, K. Th. von Eheberg, ergänzt die 12. Auflage seines Werkes durch eine kleine Schrift Die Reichsfinanzgesetze vom 3. Juli 1913 /Leipzig, Deichert/, die zugleich eine selbständige geschickte Einführung in die

letzte Steuerperiode bietet. × Dem Charakter des unermüdeten Verlags von Eugen Diederichs in Jena entspricht auch die neue Monatsschrift Wohlfahrt und Wirtschaft, geleitet von Benno Jaroslaw. Hygieniker und Volkswirte, Produzenten, Händler und Konsumenten, »Warenhaus oder Konsumverein, Kommunalbetrieb oder Privatfirma, Handwerk, Landwirtschaft oder Industrie« sollen hier zum Wort kommen, um das Wirtschaftsleben höheren Auffassungen und Organisationen entgegenzuführen; die vielen literarischen Organe, die das reformierende politische Eingreifen vorbereiten und unterstützen, sollen so eine Ergänzung, mehr nach der Seite der freien Reformbewegung, finden. Aus den ersten beiden Heften seien die Artikel hervorgehoben: Professor Grotjahn Soziale Hygiene und Massenartikel; Dr. Lebbin Zur Neuregelung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln; Ferd. Goebel die Umbiegung der Interessen der Alkoholgewerbe; Henriette Fürth Der Film als Erzieher; Dr. Al. Elster Obsteinfuhr und Volksgesundheit. Probenummern versendet der Verlag kostenlos.

### Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Reichskallgesetz** Das Fiasko des Kaligesetzes tritt immer deutlicher in die Erscheinung. Die Zahl der kontingentierten Schächte hat im Lauf des Jahres 1913 wieder eine Erhöhung von 114 auf 160 erfahren, und es sind noch rund 90 Schächte im Bau begriffen, von denen voraussichtlich etwa 45 im Lauf des Jahres 1914 in den Genuß einer vorläufigen Beteiligung treten werden. Hierzu kommt, daß an der Entstehung einer Kaliproduktion im Ausland nicht mehr gezweifelt wird, so daß die Überproduktion immer größer wird, während die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt sich verringern. Die Reichsregierung hat eine Novelle zum Kaligesetz ausgearbeitet, die dem Reichstag noch in dieser Session vorgelegt werden soll. Aber auch das neue Gesetz scheint ein Schmerzenskind zu werden, denn ein volles Jahr lag es dem Bundesrat vor, der erst jetzt zu einer Einigung darüber gelangt ist. In der Budgetkommission des Reichstags erklärte der Staatssekretär Dr. Delbrück noch am 15. Januar, es sei ihm nicht gelungen die Einzelstaaten unter einer Hut zu bringen. Er hoffe jedoch die Vorlage im Februar einbringen zu können. Kurz darauf hat dann der Bundesrat ihr zugestimmt.

Jedenfalls steht es fest, daß auch die Regierung den Zusammenbruch der deutschen Kaliproduktion befürchtet. In der oben erwähnten Sitzung der Budgetkommission des Reichstags führte der Unterstaatssekretär Richter unter anderem aus, die Steigerung des Absatzes führe zwar zur Rentabilitätssteigerung der großen Werke, aber der 4. Teil der Werke würde genügen, um den Absatz zu decken. Durch den Bankrott mancher Werke werde auch die Arbeiterschaft betroffen. Und obwohl zurzeit infolge der Geldknappheit eine Stagnation in der Werkgründung eingetreten sei, so müsse doch damit gerechnet werden, daß sich das wieder ändere, daß also immer wieder neue Werke entstünden. Die Budgetkommission hat nach mehrtägigen Beratungen beschlossen aus dem Kalireservefonds 900 000 Mark mehr als bisher für Zwecke der Auslandspropaganda und 500 000 Mark für Ausstellungszwecke in San Francisco zu bewilligen. Anstatt der 3 241 600 Mark, die im Etat für die Auslandspropaganda vorgesehen waren, sollten also für diese Zwecke insgesamt 4 141 600 Mark verwandt werden. Der Reichstag hat aber in seiner Sitzung vom 10. Februar beschlossen diese Summe nochmals, und zwar um 500 000 Mark, zu erhöhen, so daß sie jetzt 4 641 600 Mark beträgt. Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Budgetkommission des Reichstags der Antrag gestellt den Kalibergbau auf das Reich zu übernehmen. Aber wenn das Reich alle zurzeit bestehenden Werke übernehmen und die Besitzer entschädigen sollte, würde es sehr schlecht fahren. Denn es müßte ja die meisten Werke stilllegen, eine große Anzahl Arbeiter entlassen und entschädigen wie die Unternehmer, und es könnte dann unmöglich auf seine Kosten kommen. Die Verstaatlichung war am Platz bei der Schaffung des Kaligesetzes. Nun wird es nicht anders gehen als das Ende der Krisis abzuwarten und dann die übrigbleibenden Werke zu verstaatlichen.

× **Preußen: Bergverwaltung** ×  
Der dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Betriebsbericht der preußischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1912 verzeichnet einen Reingewinn von rund 46,2 Millionen Mark = 10,8 % des buchmäßigen Anlage- und Betriebskapitals von 426 Millionen Mark am Anfang des Rechnungsjahrs, während im Jahr 1911 nur rund 23,4 Millionen Mark = 5,9 % des Anlagekapitals erzielt

wurden. Von dem Reingewinn sind im Jahr 1912 rund 32,2 Millionen Mark = 7,5 % des Anlagekapitals in die preußische Staatskasse abgeliefert worden, während der Rest zur Tilgung der Bergwerksschuld, für Landankauf, für neue Schächte, Gebäude und Betriebsanlagen verwandt worden ist. Die Arbeiterzahl ist von 103 438 im Jahr 1911 auf 105 562 im Jahr 1912, also um 2124 gestiegen. Über die Entwicklung der Arbeitslöhne, und zwar sowohl bei den eigentlichen Bergarbeitern (Hauern) wie bei allen im Bergbau beschäftigten Arbeitern überhaupt, gibt die nachstehende Übersicht Auskunft:

Jahr	Oberschlesien		Niederschlesien		Oberbergamtsbezirk Dortmund		Saarbergwerke bei Saarbrücken	
	für die Hauer	Durchschnitt für alle Arbeiter	für die Hauer	Durchschnitt für alle Arbeiter	für die Hauer	Durchschnitt für alle Arbeiter	für die Hauer	Durchschnitt für alle Arbeiter
1887	537	492	661	626	886	796	857	814
1897	765	721	849	787	1328	1128	1101	982
1907	1130	1003	1080	990	1871	1562	1330	1185
1911	1094	980	1069	998	1666	1446	1298	1168
1912	1196	1053	1121	1043	1858	1586	1399	1251

Die Schichtlöhne betragen in den ersten 3 Quartalen des Jahres 1913 in Oberschlesien für Hauer 4,83 Mark, im Durchschnitt für alle Arbeiter 3,61 Mark, in Niederschlesien für Hauer 3,81, im Durchschnitt für alle Arbeiter 3,40 Mark, im Oberbergamtsbezirk Dortmund 6,47 respektive 5,36 Mark, bei Saarbrücken 5,17

respektive 4,44 Mark. Diese Löhne verstehen sich nach Abzug aller Nebenkosten, die sich aus den persönlichen Beiträgen für die gesetzlichen Versicherungseinrichtungen und aus den sächlichen Kosten für Arbeitsgerät und Geleucht zusammensetzen. Zu den Knappschaftskassen sowie zu der reichsgesetzlichen Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wurden im Jahr 1912 von den staatlichen Bergwerken, Hütten und Salinen 13 856 720 Mark bezahlt, davon 8 502 305 Mark Zuschüsse zu den Knappschaftskassen, 4 165 149 für Unfallversicherung und 1 189 266 Mark für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Die Löhne in den preußischen Staatsbergwerken bedürfen gewiß sehr der Verbesserung, und die bürokratische Verwaltung müßte einer gründlichen Reform unterzogen, das heißt demokratischer gestaltet werden. Aber alle diese und die anderen Mängel der Staatsbetriebe in der heutigen Form sprechen nicht im geringsten gegen die Verstaatlichung der Bergwerke. Und es ist mindestens mißverständlich, wenn zum Beispiel die Schlesische Bergwacht vom 24. Januar 1914 ihre Betrachtung über den Betriebsbericht der preußischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1912 wie folgt schließt: »Diese Verstaatlichung ist ebenfalls auf nichts anderes begründet als auf das nackte kapitalistische Ausbeutungsprinzip der Proletariermassen. Infolgedessen kann mit dem Schlagwort Verstaatlichung des Bergbaus, wie es die Kathedersozialisten so häufig gebrauchen, dem Arbeiter nicht geholfen werden. Statt Verstaatlichung muß es heißen Vergesellschaftung der Produktion, damit die wirklichen Wert-erzeuger in den Nießbrauch des erzeugten Mehrwerts gelangen und nicht die kleine Interessenklique, die sich heute Staat nennt.« Was soll denn unter »Vergesellschaftung« verstanden werden, wenn keine Verstaatlichung damit gemeint ist? Weder der kommunale noch der genossenschaftliche Betrieb kann für die Sozialisierung des Bergbaus in Betracht kommen, sondern nur der staatliche, wie bei der Eisenbahn und Post. Der Satz, daß »die wirklichen Wert-erzeuger in den Nießbrauch des erzeugten Mehrwerts gelangen« sollen, kann doch unmöglich so gemeint sein, daß die Bergarbeiter den Reingewinn erhalten sollen, die staatlichen Betriebe also keinen Mehrwert erzeugen dürfen. Denn das wäre mit keiner sozialistischen An-

schauung zu vereinbaren, am wenigsten mit der marxistischen. Soll das aber heißen, daß der Überschuß oder, um bei der marxistischen Theorie zu bleiben, der Mehrwert der Gesamtheit zukommen soll, so trifft dies bei den heutigen Staatsbetrieben in gewissem Sinn doch auch zu, denn der Reingewinn fließt in die Staatskasse; wäre er nicht vorhanden, müßten dafür mehr Steuern aufgebracht werden. Die »kleine Interessenclique, die sich heute Staat nennt« teilt sich doch nicht in diesen Reingewinn. Was an den heutigen Staatsbetrieben auszusetzen ist, der Mangel einer demokratischen Verwaltung, muß durch die Demokratisierung des Staates beseitigt werden. Im demokratischen Gemeinwesen besteht kein Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft, ist beides ein und das selbe, ist Verstaatlichung also auch Vergesellschaftung.

Es besteht heute aber auch gar kein Zweifel mehr darüber, daß auch selbst im bürokratischen Preußen der Staatsbetrieb den Gesamtinteressen dienlicher ist als der Privatbetrieb, und die Verstaatlichung der Produktion im allgemeinen auf dem Weg zum Sozialismus liegt. Die deutsche Sozialdemokratie verlangt ja auch deshalb die Verstaatlichung aller Bergwerke, die von den Kapitalisten (also nach der Schlesischen Bergwacht wohl von der kleinen Clique, die sich heute Staat nennt) verhindert wird.

× England: Eisenbahnverstaatlichung ×  
 Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in England, die nun in die Wege geleitet wird, erweist sich immer mehr als eine dringende Notwendigkeit im Interesse der Gesellschaft, des Verkehrs, der Arbeiter — und auch der mehr als 70 kapitalistischen Eisenbahngesellschaften, in deren Besitz zurzeit das gesamte englische Eisenbahnnetz von 37 500 Kilometer ist. In keinem andern Land war der individualistische Gedanke in der Produktion einstmals so mächtig wie in England, wo die privaten Eisenbahngesellschaften auch bis in die jüngste Zeit nicht wenige einflußreiche Verteidiger im Parlament fanden. Nun aber scheint die privatkapitalistische Verwaltung der Eisenbahnen am Ende ihres Könnens angelangt zu sein, und die Verstaatlichung wird zur Retterin vor dem Zusammenbruch.

Die englischen Eisenbahngesellschaften zahlen heute nur noch geringe Dividenden. Die Kompliziertheit des vielfälti-

gen Betriebs der mehr als 70 Gesellschaften macht doppelte Schuppen, Bahnhöfe, Bureaus usw. und das große Abrechnungshaus in London nötig, wo mehrere Tausend Beamte lediglich damit beschäftigt sind den bei Durchgangskarten der Reisenden und bei Durchgangsfrachten für jede Gesellschaft entfallenden Gewinn herauszurechnen. Die Aktionäre drängen aber naturgemäß auf einen für sie möglichst vorteilhaften Betrieb, um ihre Dividenden zu erhalten, und dadurch wurden seit Jahren alle technischen Verbesserungen unterlassen, die mit hohen Geldaufwendungen verknüpft sind. Infolge der routinehaften Erstarbung hat die Sicherheit auf den Eisenbahnlinien merklich abgenommen, die Verstaatlichung wurde im Interesse des Verkehrs immer notwendiger.

Aber auch aus noch anderen Gründen. Wie die Gesellschaften technische Verbesserungen unterließen, um Reingewinn zu erzielen, so stemmten sie sich auch gegen jedwede Verbesserung der Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter. Erst durch zahlreiche Streiks, die jedesmal den Verkehr und die Produktion lahmlegten, ließen sie sich eine geringe Lohnaufbesserung abringen. Die Angestellten und Arbeiter der englischen Eisenbahnen bilden ein Heer von 609 000 Mann, was ein Zwölftel der ganzen erwachsenen Bevölkerung Großbritanniens ausmacht. Vor 10 Jahren wurden 621 341 Personen beschäftigt; um an Ausgaben zu sparen, wurde die Verminderung vorgenommen, obwohl der Verkehr fortgesetzt gestiegen ist. Auch dadurch wurde die Sicherheit gefährdet, und die Arbeitslast der Angestellten wurde vergrößert. Nach der letzten Statistik des Handelsamts erhielt das Personal der Eisenbahnen aber nur einen Durchschnittslohn von 26¼ Shilling, und seit 10 Jahren sind die Löhne ungefähr die gleichen geblieben.

Der Gedanke der Eisenbahnverstaatlichung wird aus allen diesen Gründen in England von der großen Masse der Bevölkerung geteilt. Die Untersuchungen der vor einiger Zeit eingesetzten Kommission werden freilich viele Monate dauern, und es kann noch eine geraume Zeit vergehen, bis die Verstaatlichung perfekt wird. Aber sie muß und wird kommen. Im einheitlichen Staatsbetrieb wird eine große Vereinfachung und Verbilligung Platz greifen, und selbst wenn der Staat große Abschreibungen vornimmt und auf einen Reingewinn bedacht ist, kann er große Summen auf tech-

nische Verbesserungen, Lohnerhöhungen usw. verwenden. Jedenfalls aber zeigt die Entwicklung im englischen Eisenbahnwesen, daß der Privatbetrieb dem Staatsbetrieb unterlegen ist. Selbst die Zusammenlegung der mehr als 70 Gesellschaften zu einem einzigen Unternehmen könnte den Privatbetrieb nicht retten. Das Eisenbahnnetz Großbritanniens ist fertig. Neue Linien von irgendwelcher Bedeutung sind nicht mehr zu bauen. Die profitstörende Konkurrenz ist längst durch Übereinkommen aus der Welt geschafft. Alles das, was als die Vorteile des privaten Betriebs überhaupt angeführt werden kann und bisher angeführt wurde, die größere Initiative, die Konkurrenz, sind ausgeschaltet, und die völlige Erstarrung wird durch den Dividendenhunger der Aktionäre in Permanenz erhalten. Die Regelung des Eisenbahnwesens im Interesse der Gesamtheit kann nur noch durch die staatliche Verwaltung geschehen. Und in dem demokratischen England ist mehr als anderswo die Gewähr dafür geboten, daß die Sozialisierung der Eisenbahn auch die Demokratisierung des ganzen Betriebs zur Folge haben wird.

× Japan ×

Die ungemein rasche Entwicklung aus halbfeudalen Zuständen heraus zu einem modernen Staatswesen mit kapitalistischer Produktion erklärt es zum Teil, daß in Japan die staatlichen Betriebe einen großen Umfang erreicht haben. Aber nur zum Teil und bis zu einem gewissen Grad kann diese Erklärung gelten. Im wesentlichen haben sich die praktischen Japaner bei der Errichtung ihrer staatlichen Betriebe von den Erfahrungen leiten lassen, die andere Länder mit staatssozialistischen Einrichtungen gemacht haben. Denn die Eisenbahnen waren anfänglich im Privatbesitz und sind nun, bis auf einige kleine Linien, verstaatlicht. Und der japanische Staat hat eine große Anzahl Fabriken errichtet, für die sich auch private Unternehmer gefunden hätten. Nach dem kürzlich veröffentlichten 13. Jahrgang des finanziellen und wirtschaftlichen Jahrbuchs für Japan, das vom japanischen Finanzministerium herausgegeben wird, wurden am 31. Dezember 1911 in den staatlichen Fabrikanlagen Japans 129 047 Arbeiter beschäftigt, unter denen sich 26 322 Frauen befanden. Die meisten dieser Anlagen arbeiten freilich für das Heer- und Marinewesen. In einer Stahlgießerei waren allein 7544

Arbeiter tätig, in einer andern 5228, im Zeughaus für das Landheer in Tokio 15 427, im Zeughaus in Osaka 9009, in der Bekleidungs-niederlage für das Landheer 4110, in der Wollstoffabrik in Senju 1013, in der Konservenfabrik für das Landheer 509, in einer Waffenfabrik 3909, auf einer Schiffswerft 4265 usw. Aber Japan hat zum Beispiel auch nicht nur eine Staatsdruckerei mit 1399 Arbeitern und eine typographische Abteilung der Staatsdruckerei mit 619 Arbeitern, sondern der japanische Staat besitzt auch eine eigene Papierfabrik der Staatsdruckerei, in der 1050 Arbeiter beschäftigt werden, 24 große Fabrikanlagen zum Reichseisenbahnamt gehörig mit zusammen 15 733 Arbeitern, in den staatlichen Tabakfabriken des Monopolamts sind 23 494 Arbeiter tätig. Außerdem besitzt der japanische Staat Fabriken zur Herstellung von Gegenständen für den Telegraphen- und Leuchtturmdienst, und in den Staatsforsten werden ebenfalls viele Arbeiter beschäftigt.

Die Arbeiter und Angestellten der Post und der Eisenbahn sind in den 129 047 Arbeitern der staatlichen Fabriken nicht mitgezählt. Im Jahr 1911-1912 gab es in Japan 7166 Postanstalten und 4657 Telegraphenanstalten, ferner 1958 Fernsprechanstalten. Von der Gesamtlänge von 5607 Meilen der Eisenbahn entfallen 5044 Meilen auf die Staatsbahnlinsen; nur noch 563 Meilen sind in Händen privater Bahnen. Wie viele Arbeiter und Angestellte beim Post- und Eisenbahnamt beschäftigt werden, wird nicht mitgeteilt. Dagegen enthält das Jahrbuch einen interessanten Vergleich der Rentabilität der Staatsbahnen und der Privatbahnen, der deshalb Beachtung verdient, weil in jüngster Zeit öfters der Nachweis versucht worden ist, daß die Staatsbahnen wirtschaftlich gegen die Privatbahnen im Nachteil seien:

Jahr	Betriebskosten in % der Einnahmen bei den	
	Staatsbahnen	Privatbahnen
1902 - 1903	49,44	48,59
1903 - 1904	49,22	46,16
1904 - 1905	44,21	45,75
1905 - 1906	46,30	46,75
1906 - 1907	51,43	50,99
1907 - 1908	51,24	52,34
1908 - 1909	53,66	51,91
1909 - 1910	51,15	51,25
1910 - 1911	48,41	47,91
1911 - 1912	45,69	48,80

Hieraus ergibt sich, daß die Staatsbahnen mindestens keine höheren Betriebskosten haben als die Privatbahnen.

Nach den finanziellen Erträgen beurteilt, kämen die Privatbahnen sogar sehr ins Hintertreffen. Denn der durchschnittliche Nettogewinn der japanischen Staatsbahnen betrug im Jahr 1911-1912 pro Meile 10,991 Yen, der der Privatbahnen nur 4,835 Yen. Und der durchschnittliche Nettogewinn pro Tag und Meile betrug bei den Staatsbahnen 30,03 Yen, bei den Privatbahnen nur 13,20 Yen. Aber diese großen Unterschiede erklären sich daraus, daß der Staat die rentabelsten Bahnen im Besitz hat. Wo das Verhältnis umgekehrt ist, erzielen natürlich die Privatbahnen höhere Gewinne.

Neben den Staatsbetrieben entwickeln sich in Japan auch bereits große kommunale Betriebe. Im Jahr 1912 hatten die Kommunen bereits zirka 150 Millionen Mark Anleihen für öffentliche Unternehmungen aufgenommen. Und Ende 1912 nahm Tokio wieder im Ausland eine Anleihe von zirka 185 Millionen Mark zur Errichtung städtischer Elektrizitätsanlagen, Straßenbahnen usw. auf. Die staatlichen Unternehmungen liefern der japanischen Staatskasse hohe Einnahmen. Die Einnahmen des Staates für das am 14. März endende Rechnungsjahr 1913-1914 werden wie folgt geschätzt: aus öffentlichen Unternehmungen und Staatsvermögen 140 034 529 Yen, aus Post, Telegraphen, Fernsprecher 58 992 678, aus staatlichen Forsten 10 762 740, aus dem Salzmonopol 10 007 165, aus dem Kamfermonopol 114 914, aus dem Tabakmonopol 53 728 468 und aus anderen öffentlichen Unternehmungen 6 428 564, zusammen 280 069 058 Yen.

Das sind mehr als 560 Millionen Mark im Jahr. Die Einnahmen aus den 3 Monopolen sind freilich keine rein geschäftlichen Erträge. Aber ein Teil der Monopoleinnahmen immerhin. Und auch nach Abzug derjenigen Einnahmen aus den Monopolen, die als Steuern bewertet werden müssen, bleiben noch sehr hohe Einnahmen aus den Staatsbetrieben übrig, die in die Taschen privater Unternehmer wandern würden, wenn die betreffenden Betriebe nicht Staatseigentum wären.

× **Kurze Chronik** Im Reichstag hat die nationalliberale Fraktion einen Antrag eingebracht, der den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzes ersucht, durch das bei Grundstücksverkäufen ein landesrechtliches Vorkaufs- und Einspruchsrecht zu Zwecken der innern Kolonisation zugelassen wird. × Die Her-

stellung von Luftfahrzeugen im staatlichen Betrieb soll, Zeitungsnachrichten zufolge, in Berlin in Vorbereitung sein. × Das Erbaurecht macht in Sachsen Fortschritte. Bis zum Jahr 1912 hat die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen 7 099 000 Mark auf Erbaurecht ausgeliehen. Die Dauer des Erbaurechts im allgemeinen beträgt 80 bis 100 Jahre, die Zeit der Tilgung der Darlehen schwankt zwischen 47 und 66 Jahren. × Zum Ankauf von Kohlenfeldern hat die sächsische Regierung wieder 7 Millionen Mark in den Staatshaushaltsetat für das laufende Jahr eingestellt. Auch der bayrische Staat ist bemüht Braunkohlengrubenfelder in seinen Besitz zu bringen. So sind die Braunkohlengrubenfelder am Bauersberg bei Bischofsheim im Rhöngebirge Glückauf, Linazeche, Bolkenstein und Höhenwald auf der langen Rhön in den Besitz des bayrischen Staats übergegangen. × Die Verstaatlichung der Werke für die Herstellung von Panzerplatten fordert erneut der Staatssekretär der Vereinigten Staaten-Flotte, Herr Daniels, in seinem Jahresbericht über die Marine. Und zwar hauptsächlich, weil sich der Staat nicht länger die starke Übervorteilung von seitens der Privatfirmen gefallen lassen dürfe. × Für die Verstaatlichung der Post und der Eisenbahnen wird in den Vereinigten Staaten zurzeit eine lebhaft propagandistische Arbeit betrieben.

× **Literatur** Eine lehrreiche Darstellung der Anfänge und des Verlaufs der Verstaatlichung der Eisenbahnen in der Schweiz und des derzeitigen Stands des schweizerischen Eisenbahnwesens gibt Placid Weissenbach in einem größeren Werk über das Eisenbahnwesen in der Schweiz /Zürich, Füßli/, von dem der 264 Seiten starke 1. Band vorliegt. × Ein Beispiel der Gefahren des heutigen Taxwesens schildert Dr. W. Schrammeier in einer Broschüre /Berlin, Harrwitz/, als Begründung einer an die preußischen Minister der Landwirtschaft und der Justiz, an das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus gerichteten Eingabe für die Errichtung amtlicher Taxämter. × Zur Reform des Reichserbrechts lautet der Titel einer lesenswerten Broschüre von Dr. Philipp Loh /Berlin, Bahr/. Vom Standpunkt der Ethik und Staatsklugheit verlangt der Verfasser ein staatliches Pflichtteilrecht; womit nicht der berechnete Individualismus be-

kämpft und der extreme Sozialismus gestärkt werde; es würde vielmehr durch verständige Begrenzung des Individualismus der gesunde Sozialismus gefördert und auch der gesunde Individualismus gekräftigt werden. Aber nicht Steuer, sondern Pflichtteilsrecht müsse das Erbrecht des Staates sein, wie das der nächsten Angehörigen. X Zum 25jährigen Jubiläum der Begründung des Bundes deutscher Bodenreformer sind die gesammelten Aufsätze und Schriften Dr. Heinrich Wehbergs, der von 1888 bis 1890 Vorsitzender des Bundes für Bodenbesitzreform war, unter dem Titel Die Bodenreform im Licht des humanistischen Sozialismus herausgegeben worden /München, Duncker & Humblot/. Die Schriften Wehbergs (der am 16. Dezember 1912, 57 Jahre alt, gestorben ist) sind sämtlich erst erschienen, nachdem er den Vorsitz im Bund niedergelegt hatte, und sie sind von den Bodenreformern bis heute totgeschwiegen worden. Denn wie Stamm und Flürsheim war Wehberg Demokrat und Sozialist, freilich in seiner eigenen Art. Nach seiner Überzeugung beruhte das Gedeihen der Menschheit auf der freien Entwicklung der geistigen und der wirtschaftlich-sittlichen Kräfte. Der Sozialismus sollte, so wie er ihn sich dachte, als gesamte moderne idealistische, aber dem Leben zugewandte Weltanschauung alle Sphären des materiellen und geistigen Lebens durchströmen und erwärmen. Treue Wahrung und Erweiterung der Rechte des Volkes und der Volksvertretung, Beseitigung aller Vorrechte, volles Eintreten für alle auf wirtschaftliche, geistige und sittliche Hebung des Wohles der Gesamtheit gerichteten Bestrebungen, Befreiung des öffentlichen Unterrichts von der Bevormundung durch die Kirche, Trennung von Kirche und Staat, gehörten zu seinem Programm. Im unbeschränkten Privateigentum sah er die Hauptursache der sozialen Mißstände, und er verlangte deshalb, daß mindestens die Eigentumsheft über den Erdboden an die Gemeinschaft (Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat) zurückfalle. Diese Gedanken kommen in allen seinen Schriften zum Ausdruck, deren Herausgabe in einem mit dem Bildnis Wehbergs geschmückten Band zu begrüßen ist. X Von der Verwaltung und Demokratie in den Staaten von Nordamerika sucht Dr. Robert Coester ein umfassendes Bild in kritischer Beleuchtung zu geben /München, Duncker & Humblot/. Der Gedankengang des Buches ist der: Die demokra-

tische Entwicklung in Amerika zeige, daß das Parlament in der reinen Demokratie an Ansehen und Bedeutung verliere. Das Parlament sei eine Einrichtung, die als Gegenspieler gegenüber monarchisch-aristokratischer Tradition blühe. Die demokratische Konsequenz komme bei Referendum und Volksinitiative, die in Amerika eine fortschreitende Verbreitung fänden, zu ihrem Recht, aber auch die konservative Tendenz, die jedes Staatswesen brauche. Um Angriffen auf die Freiheit der Bürger vorzubeugen, habe man in Amerika die Exekutive schwach gemacht, damit aber der Legislative das Gegengewicht entzogen. Aus dieser Tatsache erklärt der Verfasser die schlechten Erfahrungen, die man in Amerika mache, und die er mit deutschen Augen geschaut hat und bewertet.

#### Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Entlassene Geistesranke** Im Jahr 1912 hat die Stadt Berlin zunächst nur als Versuch ein Fürsorgeamt

für entlassene Geistesranke eingerichtet, dessen Leitung einem Irrenarzt übertragen war. Für die Ausübung der pflegerischen Tätigkeit wurde eine besoldete Pflegerin angestellt, die durch ehrenamtliche Helfer und Helferinnen unterstützt werden sollte. In der Deputationsitzung der städtischen Irrenpflege erstattete der Leiter der Beiratsstelle Dr. Stern Bericht über die Erfahrungen des letzten Jahres, die recht günstige waren. Die angebotenen Arbeitsstellen konnten mit wenigen Ausnahmen gut besetzt werden. Die darin untergebrachten Pfleglinge haben sich zum größten Teil darin gehalten. Die ungünstige Konjunktur des letzten Quartals 1913 hat zahlreiche Entlassungen verursacht, so daß 6 Pfleglinge in die Sprechstunde der Beiratsstelle zurückkehrten und wieder unterstützt werden mußten. Im allgemeinen stellten sich die Unterstützungen in der Beiratsstelle billiger als die Familienpflege. Es gelang durch Beschaffung von Kleidung, Handwerkszeug usw. entlassenen Kranken eine neue Existenz zu begründen. Die dafür aufgewandten Mittel machten sich auch häufig für die Stadt insofern bezahlt als die erwerbsfähig gewordenen Pfleglinge den Unterhalt ihrer Angehörigen der Stadt abnehmen konnten. Der Bericht bringt darüber recht interessante Beispiele, die alle den alten Grundsatz bewiesen, daß das Ziel jeder vernünftigen Fürsorge darauf hinauslau-

fen muß die Pfléglinge so weit irgend möglich wirtschaftlich leistungsfähig und erwerbsfähig zu machen. Durch die Fürsorge gelang es eine Anzahl von Kranken vor der Wiederaufnahme in die Irrenanstalt zu bewahren und sie wieder zu einer geordneten Lebensführung zu bringen.

Die Beiräte setzen sich aus Mitgliedern aller Gesellschaftsklassen zusammen. Handwerker und Kaufleute, Lehrer und Lehrerinnen, Rechtsanwälte und Geistliche, Mitglieder des Arbeiterabstinenzbunds haben sich in gleicher opferwilliger Weise dem Fürsorgeamt zur Verfügung gestellt. Die Heranziehung der ehrenamtlichen Elemente ist besonders wichtig. Für den Umgang der entlassenen Kranken, für ihre Beschäftigung und Unterhaltung in den arbeitsfreien Stunden zu sorgen, die Vorurteile zu bekämpfen, die in der Bevölkerung gegen entlassene Kranke bestehen; das sind die wichtigen Aufgaben, für die dieses Element in erster Linie in Frage kommt. Selbstverständlich setzt diese Fürsorgetätigkeit besondere Neigung voraus, die sich wohl immer nur bei einer beschränkten Zahl finden wird. Die günstigen Ergebnisse der ersten Fürsorgestelle haben die Deputation für Irrenpflege veranlaßt beim Magistrat die Errichtung einer zweiten Fürsorgestelle zu beantragen.

Das Berliner Beispiel sollte auch in anderen Großstädten Nachahmung finden. Wer selbst schon einmal sich in die Lage versetzt sah für entlassene Geisteskranke zu sorgen, weiß, mit welchen ganz außerordentlichen Schwierigkeiten jede Fürsorge für diese Kranken zu kämpfen hat. Zahlreiche solcher Unglücklichen, namentlich die harmlosen an Verfolgungswahn Leidenden, werden ruhe- und rastlos von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte getrieben und sind dabei gänzlich der körperlichen Verwahrlosung ausgesetzt. Hier einzugreifen ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinden, die sie in enger Verbindung mit der staatlichen oder provinziellen Irrenpflege in Angriff zu nehmen haben.

× **Ledigenheime** Die Zahl der kommunalen oder von den Kommunen unterstützten Ledigenheime ist sehr gering. Es ist dies um so merkwürdiger als über die Schäden des Schlafstellenwesens, sowohl für den Vermieter wie für den Schlafgast, eine gewaltige Literatur besteht, die in dessen

Verurteilung ganz übereinstimmt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß nunmehr auch eine kleinere Gemeinde wie Berlin-Weißensee aus eigenen Mitteln ein Ledigenheim erbaut hat. Das Heim enthält eine Frauenabteilung mit 11 bettigen Zimmern und 1 zbettigen nebst Tagesraum und eine Männerabteilung, die 31 Einzelzimmer und 2 Doppelzimmer umfaßt. Der Flächeninhalt der Einzelzimmer beträgt 8,4 und 6,3 Quadratmeter; die Doppelzimmer sind entsprechend größer. Das Mobiliar besteht aus Bett, Schrank, Tisch und Stuhl. Alle Räume sind mit Zentralheizung und elektrischem Licht versehen. Das Reinigen der Sachen geschieht in einem besonders Geräteraum, der noch einen Balkon nach dem Hof zu besitzt. In der im Keller befindlichen Badeanstalt sind 5 Wannen, 3 Brausezellen und 10 Fußbäder vorhanden. Im Dachgeschoß sind die Wäsche- und Aufbewahrungskammern sowie eine Waschküche untergebracht. Die Aufgänge zu den Abteilungen für Männer und Frauen sind getrennt. Rechts vom Haupteingang liegen 2 Tagesräume, für jedes Geschlecht einer. Sie stehen mit dem Wirtschaftsraum in Verbindung. Dem Wirtschaftsbetrieb dienen der Schankraum mit dem Vereinszimmer, die Küche mit Speisekammer und einem Raum für das Personal. Diese Räume liegen in einem Flügel, der einen Zugang von einer andern Straße her hat. In diesem Flügel sind in den anderen Stockwerken die Räume der Ortskrankenkasse untergebracht.

Über die wirklichen Baukosten liegen noch keine Angaben vor; ebensowenig können solche über den Betrieb schon gegeben werden, der erst seit kurzem aufgenommen wurde. Man wird den Ergebnissen mit einer gewissen Spannung entgegensehen können; handelt es sich hier doch um die praktische Prüfung der Frage, ob in einer Gemeinde von der Größe Weißensees, also in Städten mit 40. bis 50 000 Einwohnern, der Betrieb eines Ledigenheims rentabel gemacht und dabei ein gewisser Standard der Unterkunft eingehalten werden kann.

× **Arbeitslosen-** In dieser Rundschau (1913, 3. Band, pag. 1712 f.) ist neulich über eine Reihe wichtiger Vorgänge auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge berichtet worden; der Bericht soll wegen der großen Bedeutung der Sache nunmehr fortgeführt



werden. In erster Linie ist hier der Verhandlungen des Vorstands des Deutschen Städtetags zu gedenken, der sich wiederum eingehend mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigte, ohne es indes zu einem praktischen Resultat zu bringen. Daß die Notstandsarbeiten, die von den Städten in recht großem Umfang veranstaltet werden, keine allgemeine Lösung der Arbeitslosenfrage darstellen, brauchte wohl kaum noch einmal als besonders bedeutungsvoll herausgehoben zu werden. Darüber besteht doch schon lange communis opinio, daß der Kreis der Arbeitslosen, dem durch Notstandsarbeiten geholfen werden kann, beschränkt ist. Auch wohl darüber, daß die üblichen Arbeitslosenversicherungen der wenigen Städte, die mit aner kennenswerter Entschlußfreudigkeit sich über alle theoretischen Bedenken hinweggesetzt haben, nicht zu einer allgemein in Betracht kommenden Lösung geführt haben. Gewiß nicht. Aber sie haben wenigstens örtliche Wirkungen damit erreicht und ganz beachtenswertes Erfahrungsmaterial beigebracht. Hätte sich der Vorstand des Deutschen Städtetags dazu entschlossen den übrigen Gemeinden die Nachahmung des gegebenen Beispiels zu empfehlen, nicht nur die kommunale örtliche Arbeitslosenfürsorge, sondern auch die allgemeine wäre um ein gutes Stück weitergekommen. Es verdient allerdings hervorgehoben zu werden, daß weder eine Förderung der kommunalen Tätigkeit durch Gewährung von Staats- oder Reichszuschüssen oder der ortstatutarischen Einführung des Versicherungszwangs (von Bayern abgesehen) stattgefunden hat, noch daß vom Bundesrat dem Antrag des Städtetags entsprochen wurde, der die gesetzliche Einführung eines Versicherungszwangs zunächst für die Zeit der Winterarbeitslosigkeit und für die durch sie besonders gefährdeten Berufszweige und Arbeitergruppen verlangte. Gewiß hat der Vorstand des Städtetags wenigstens zum Teil darin recht, daß die Ursachen des Arbeitsmangels überwiegend nicht in örtlichen Verhältnissen sondern in den Verhältnissen der einzelnen Gewerbe liegen, und daß daher auch an diese die Versicherungseinrichtungen anknüpfen müssen. Indes, die Arbeitslosigkeit trägt stets auch ein örtliches Gepräge, und die Gemeinden sind als Trägerinnen der Armenlast finanziell an der Arbeitslosenfürsorge sehr interessiert.

Aus dem Bericht des Geschäftsführers sei noch der folgende Satz hervorgehoben: »Solche Einzelfragen [der Arbeitslosenversicherung] sind, ob überhaupt ein Versicherungsbedürfnis besteht, und ob nicht der Arbeitsmangel durch Nebenarbeiten (so besonders in städtischen Verhältnissen) ausgeglichen wird oder durch zweckmäßige Organisation der Arbeit behoben werden kann.« Es ist etwas überraschend hier auf einmal das Problem der »zweckmäßigen Organisation der Arbeit« gestellt zu sehen, jenem Zauberwort zu begegnen, das für Generationen von Sozialisten den Inhalt ihres ganzen Strebens barg, von dem es aber wenigstens in Deutschland, außerordentlich still geworden ist. Gewiß, die Arbeitslosigkeit kann im Grunde nur durch eine zweckmäßige Organisation der Arbeit aufgehoben werden, und es wäre daher sehr nutzbringend, anknüpfend an alles, was an Keimen und Ansätzen in dieser Richtung vorhanden ist (Arbeitsnachweis vor allem), die Mühe und den Fleiß, der auf die Ausarbeitung aller möglichen Arbeitslosenversicherungsstatuten verwandt wird, dem Studium dieses Problems zuzuwenden. Dann wird sich aber auch mit vollster Klarheit zeigen, daß von den Verhältnissen der einzelnen Gewerbe auszugehen ist, und daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit viel weniger ein Problem der Sozialpolitik als vielmehr der Gewerbe politik ist.

Zu den Gemeinden, die eine dauernde Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben, ist neuerdings Heidelberg hinzugekommen. Es hat das Genter System mit der Mannheimer Abänderung eingeführt. Es wird organisiert wie unorganisierten Arbeitern ein täglicher Zuschuß von 70 Pfennig bis zu 1 Mark gewährt. Außerdem können vom Stadtrat nach Bedürfnis Notstandsarbeiten angeordnet werden. Zur Deckung des Aufwands wird in den Etat eine Summe von 3000 Mark eingesetzt. Die organisierten Arbeiter erhalten die Unterstützung von ihren Gewerkschaften, die nichtorganisierten vom Arbeitsamt. Beiträge werden von diesen nicht erhoben, doch sind die Kontrollbestimmungen schärfer gefaßt.

Noch nicht erledigt ist die Vorlage des Frankfurter Magistrats, die sich an das Kölner Vorbild anlehnt, also den Gewerkschaften eine Rückversicherung gewährt. Die Versicherungskasse wird durch einen jährlichen Zuschuß der

Stadt, durch die Beiträge der angeschlossenen Organisationen und durch Einzelversicherungen und sonstige Zuwendungen gespeist. Die Berufsvereine können mit der Kasse einen Vertrag abschließen, auf Grund dessen die Kasse ihnen einen Teil der von ihnen ihren Mitgliedern gewährten Arbeitslosenunterstützung ersetzt. Für diese Leistung der Kasse werden Beiträge von den Berufsvereinen erhoben, die je nach der Gefahrenklasse 2, 5, 10 und 15 Pfennig betragen. Die Ersatzleistung beträgt für den Tag und Fall nach Entrichtung von 30 Wochenbeiträgen 1 Mark täglich, höchstens aber 60 Mark innerhalb 52 Wochen, wenn das Mitglied für keine Familie zu sorgen hat. Der Satz steigt auf 1,20 Mark und höchstens 100 Mark bei Familienlast. In der höchsten Gefahrenklasse sinkt der Satz auf 80 Pfennig für Ledige und 1 Mark für Verheiratete. Der Unterstützungssatz des Vereins muß mindestens 25 Pfennig höher sein als der erstattete Satz, darf aber nicht über 3 Mark hinausgehen. Die Karenzzeit beträgt 1 Jahr; es müssen aber für jedes Vereinsmitglied (bei 1jährigem Aufenthalt) 52 laufende Wochenbeiträge geleistet worden sein. Neben den Berufsvereinen werden auch andere Organisationen, und zwar Tariforganisationen, unterstützt, die auf Grund gemeinschaftlicher Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitern eine Arbeitslosenunterstützung eingerichtet haben. Auch hier kann die Kasse bis zur Hälfte der gezahlten Unterstützungen Ersatz geben, wobei Voraussetzung ist, daß diese bei Ledigen mindestens 80 Pfennig, höchstens aber 1,60 Mark, bei Verheirateten 1,60 respektive 3 Mark betragen. Die Arbeitgeber müssen mindestens ein Drittel der erforderlichen Beiträge aufbringen. Es ist ferner die Schutzbestimmung getroffen, daß die Statuten der Organisation keine Vorschrift enthalten dürfen, laut deren der Beitritt von einer bestimmten religiösen oder politischen Betätigung abhängig gemacht ist. Auch nichtorganisierte Arbeiter werden zur Versicherung zugelassen. Voraussetzungen sind: im Hauptberuf unselbständig erwerbstätig, aber nicht Heimarbeiter, Wohnsitz seit 13 Wochen in Frankfurt oder 13wöchige Beschäftigung im Hauptberuf innerhalb der 6 Wochen, die der Beitrittsmeldung vorausgehen; durchschnittlicher Tagesverdienst von mindestens 2,50 Mark, bei Arbeitern unter 18 Jahren von höchstens 1,60 Mark. Das Tagegeld beträgt 1 Mark,

höchstens aber 50 Mark innerhalb 52 Wochen für Ledige, 1,20 Mark und 80 Mark für Verheiratete. Der Wochenbeitrag beläuft sich auf 10, 20, 35 und 45 Pfennig je nach der Gefahrenklasse, bei Mitgliedern über 60 Jahre 15, 25, 40 und 50 Pfennig. 5 % der Beiträge und der gesamte Reinüberschuß sollen einer Sicherheitsrücklage zugeführt werden. Die Verwaltung der Kasse wird von dem Arbeitsamt geführt, das alle Entscheidungen erster Instanz fällt. Gegen diese ist Berufung an einen aus dem Kreis der Versicherten gebildeten Ausschuß von mindestens 9 Mitgliedern zulässig. Letzte Instanz ist der Magistrat.

Schließlich seien noch einige Städte genannt, die zur Bekämpfung der augenblicklichen Arbeitslosennot mehr oder weniger große Summen zur Verteilung an die Arbeitslosen ausgeworfen haben, wie Fürth 10 000 Mark, wobei auch notleidende Gewerbetreibende unterstützt wurden, Zwickau 600 Mark (!), Neukölln 10 000 Mark; Berlin-Britz, Berlin-Johannisthal, Berlin-Treptow laufende Beihilfen (höchstens aber auf 6 Wochen je 6 Mark für Ledige, 10 Mark für Verheiratete und 1,50 Mark pro Kind).

×  
**Kurze Chronik** Ein Erlaß des preußischen Ministers des Innern wendet sich gegen den Luxus bei Krankenhausneubauten, gegen die Übertreibungen bei der baulichen Ausführung und innern Ausstattung, die für die Steigerung des Aufwands verantwortlich zu machen wären. Die Regierungspräsidenten sollen auf größere Einfachheit und Sparsamkeit hinarbeiten. Es sei möglich auch größere Anstalten mit einem durchschnittlichen Aufwand von 2. bis 4000 Mark pro Bett herzustellen, ohne daß die notwendigen medizinischen und hygienischen Einrichtungen irgendwie beschränkt zu werden brauchten. × Die Zweite Kammer des hessischen Landtags nahm eine Resolution an, die zur Vermeidung von Trustbildungen und sonstigen wirtschaftlichen Mißständen und Schädigungen bei der Versorgung der Gemeinden mit Elektrizität, Gas, Wasser und dergleichen die Errichtung von Zweckverbänden im Sinn der Landgemeindeordnung unter Ausschluß der beteiligten Privatunternehmer für die zweckmäßigste Form solcher Unternehmungen bezeichneter, und in der sie die Regierung ersuchte in allen eintretenden Fällen auf die Bildung von Zweckver-

bänden hinzuweisen und die Gemeinden dabei mit Rat und Tat zu unterstützen. × Der oldenburgische Landtag nahm ein Zweckverbandsgesetz an. × Der Berliner Magistrat hat beschlossene die Einfuhr russischen Fleisches wegen zu hoher Preise von Anfang Januar 1914 ab einzustellen. Der Betriebsüberschuß der städtischen Güterverwaltung Berlin belief sich im Jahr 1912 auf rund 744 000 Mark, wobei an Inventar 180 000 Mark abgeschrieben wurden; der Obstertrag erbrachte allein 123 000 Mark. Der Stadt Berlin wurde ein Kapital von 5 Millionen Mark zur Einrichtung und Unterhaltung einer Waldschule für Knaben geschenkt, die nicht erheblich mit körperlichen Fehlern behaftet sind. Das Hauptgewicht soll beim Unterricht auf neuere Sprachen und Naturwissenschaften gelegt werden. × Die Stadt Wiesbaden will den kostspieligen Betrieb der Kehrichtverbrennungsanlage einstellen und sich des Mülls durch Aufschüttung auf Gelände entledigen, das später landwirtschaftlich verwandt werden soll. × Die Regierung in Düsseldorf läßt in den Schulen des Bezirks feststellen, wie viele Kinder nach der täglichen Mahlzeit sich selbst überlassen sind. Die Erhebung soll die Unterlagen für die planmäßige Förderung und Einrichtung von Kinderhorten liefern. × Der Rat der Stadt Chemnitz beschloß die Errichtung eines Stadterweiterungsamts, das in erster Linie Bebauungspläne zu bearbeiten hat.

× **Literatur** ×  
 In seiner Arbeit Die Lage des Haus- und Grundbesitzes in einem sächsischen Großstadtvorort nach Grundbuch und Grundsteuerkataster /München, Duncker & Humblot/ stellt Dr. K. Berger fest, daß auffälligerweise das wertvolle Material, das zur Beurteilung der Lage des städtischen Hausbesitzes im Grundbuch niedergelegt ist, noch gar nicht wissenschaftlich verwertet worden ist. Wenn auch eine allgemeine Bearbeitung der gesamten deutschen Grundbücher eine solche Riesenarbeit ist, daß man mit Recht fragen kann, ob sie durch den Wert der Ergebnisse bezahlt wird, ist doch die Bearbeitung der Grundbücher für einzelne, besonders charakteristische Gebiete, wie Kleinstadt, Mittelstadt, Geschäftsviertel einer Großstadt usw., wie man dem Verfasser zugeben kann, sicherlich der Mühe wert. Eine solche

Einzeluntersuchung hat nun der Verfasser veranstaltet und dabei den Arbeitervorort einer sächsischen Großstadt von etwa 28 000 Einwohnern zugrunde gelegt. Seine Schrift behandelt zunächst das Grundbuch und seine Verwertungsmöglichkeiten und die Art, wie er bei seiner Erhebung vorgegangen ist. Daran schließt sich die Darstellung der Ergebnisse, die mancherlei Interessantes enthalten. Insbesondere bestätigen sie die Behauptungen, die von Fuchs, Eberstadt und anderen über den Terrainhandel und die Bodenspekulation geäußert worden sind. Er kommt, wie Peter für Mannheim, zu einer durchschnittlichen jährlichen Bruttoverzinsung von 8 bis 10 % für das Kapital, das in der Bodenspekulation angelegt ist. Er stellt ferner fest, daß in dem von ihm untersuchten Vorort das Risiko für die großen Bodenspekulanten wesentlich geringer ist als man oft glaubt, als zum Beispiel Adolf Weber behauptet, und daß auch ihre Initiative zur Aufschließung und Bebauung neuen Baulands geringer ist als man annimmt. Die vielfach behauptete, von den Verteidigern der Bodenspekulation aber bestrittene Zurückhaltung der unbebauten Grundstücke auf viele Jahre wird von dem Verfasser zahlenmäßig nachgewiesen.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Kurt Grelling

**Unendlichkeitsproblem** Mit dem Unendlichen, das lange Zeit auch für die Wissenschaft etwas Geheimnis-

volles und Rätselhaftes an sich hatte, ist wenigstens die **M a t h e m a t i k** in neuerer Zeit ganz vertraut geworden. Dies gilt besonders seit der Ausbildung der Mengenlehre durch Georg Cantor, der es unter dem Namen des Transfiniten zu einem Gegenstand mathematischer Behandlung machte, wie andere auch. Zwar gab es auch schon früher eine Analysis des Unendlichen, aber von ihr war gerade im 19. Jahrhundert klar geworden, daß sie ohne Verwendung des Unendlichkeitsbegriffs aufgebaut werden kann. Obwohl aber, wie gesagt, durch Cantor das Unendliche der mathematischen Behandlung zugänglich gemacht worden ist, sind doch die philosophischen Probleme, die dieses Gebiet enthält, noch lange nicht alle als gelöst zu betrachten. Bei diesem Stand der Sache ist es daher auch nicht verwunderlich, wenn sich immer wieder Philosophen finden, die an

den mathematischen Begriffsbildungen dieser Sphäre Kritik üben. Zu ihnen gehört Hugo Bergmann, der in seiner interessanten Schrift Das Unendliche und die Zahl /Halle, Niemeyer/ sich speziell mit dem Problem beschäftigt, ob es unendliche Zahlen gibt.

Da es sich nicht um eine Unendlichkeit in der Welt des Seienden handelt, so kann, führt Bergmann aus, diese Frage auch nicht von der Erfahrung entschieden werden sondern ausschließlich a priori in der reinen Arithmetik. Daß wir den Begriff des Unendlichen überhaupt in diesem Gebiet nicht entbehren können, zeigt schon die unendliche Zahlenreihe selbst. Man hat zwar dagegen eingewandt, daß wir in der Tat nur Endliches zu denken imstande seien. Dieser Einwand beruht aber auf einem Mißverständnis. Denkakte zwar können wir immer nur in endlicher Anzahl vollziehen, aber es ist nicht gesagt, daß zum Denken einer unendlichen Menge auch unendlich viele Denkakte nötig wären. Nur wenn das einzige Mittel eine Menge zu denken das wäre: jedes einzelne ihrer Elemente zu denken, wäre diese Auffassung berechtigt. Aber auch endliche Mengen stellen wir zuweilen durch einen einzigen Begriff vor oder durch ein Gesetz, und das selbe können wir auch mit unendlichen Aggregaten tun. Auch die schon von Aristoteles herrührende Auffassung des Unendlichen als eines bloß Potentiellen weist Bergmann ab, weil dieses bloß potentielle Sein einfach ein schlechthiniges Nichtsein bedeute, und wenigstens für die Mathematik kann man ihm hierin beipflichten. Das beliebteste Argument der Finitisten, das heißt der Leugner des Unendlichen (es findet sich schon bei Galilei, übrigens einem ausgesprochenen Infinitisten) ist der Umstand, daß im Unendlichen das Ganze dem Teil an Größe zu gleichen scheint. Es gibt zum Beispiel zu jeder ganzen Zahl eine Quadratzahl, also ist die Anzahl der Quadratzahlen gleich der der ganzen Zahlen, andererseits ist zwar das Quadrat jeder ganzen Zahl selbst eine solche, aber umgekehrt ist nicht jede ganze Zahl Quadrat einer andern. Also gibt es weniger Quadratzahlen als ganze Zahlen. Es ist dies eine der bekanntesten Paradoxien des Unendlichen. Der Fehler dieser Argumentation liegt nach Bergmann darin, daß hier das Unendliche als etwas betrachtet wird, dem überhaupt eine bestimmte Größe oder, was nach ihm das selbe ist, eine bestimmte Zahl

zukommt. Der Auffassung, daß dies nicht der Fall sei, scheint nun die moderne Mengenlehre zu widersprechen. Denn sie ordnet ja unendlichen Mengen ganz bestimmte transfiniten Zahlen zu. Dies ist aber nach Bergmann nur möglich durch eine Art. quaternio terminorum, indem nämlich der herkömmliche Begriff der Zahl durch einen andern ersetzt wird. Die Mengenlehre geht ja bekanntlich aus von der Beziehung der Äquivalenz oder Gleichzahligkeit zweier Mengen, die dann besteht, wenn es möglich ist die Elemente der Mengen einander umkehrbar eindeutig zuzuordnen, wie zum Beispiel oben die ganzen und die Quadratzahlen. Die gemeinsame Eigenschaft zweier solcher Mengen ist dann ihre Anzahl. Für endliche Mengen fallen die so definierten Gebilde jedenfalls mit den gewöhnlich so genannten Anzahlen zusammen, man erhält aber darüber hinaus dadurch ein System transfiniter Anzahlen, die sich in vielen Beziehungen analog den endlichen verhalten und jedenfalls einen ganz neuen Einblick in die Struktur unendlicher Mengen gestatten. Bergmann nun bestreitet natürlich keineswegs den Wert dieser neuen Begriffsbildung und der daran geknüpften mathematischen Theorie, nur den Namen Zahl will er dem neuen Gebilde nicht zuerkennen. Er macht sich selbst den Einwand, daß der damit erhobene Streit nur ein Streit um Worte sei, und in der Tat scheint mir dieser Einwand sehr triftig. Zwischen den transfiniten Zahlen oder Mächtigkeiten und den endlichen Zahlen bestehen, wie auch Bergmann nicht bestreitet, gewisse Analogieen. Das berechtigt uns, ja nötigt uns sogar sie unter einem gemeinsamen Oberbegriff zusammenzufassen. Ob man diesen Zahl nennt oder nicht, das ist wirklich ein Streit um Worte. Daß durch diese Benennung die Unterschiede zwischen den beiden Arten von mathematischen Gebilden nicht aufgehoben werden, versteht sich ja von selbst.

Doch betrachten wir die Argumente Bergmanns weiter.

In erster Linie nimmt er Anstoß daran, daß die Mengenlehre zur Definition der Zahl mehrerer zahlgleicher Mengen bedarf. Dies verstößt angeblich gegen die Reinheit der mathematischen Methode. In der Arithmetik nämlich können wir zwei Mengen überhaupt nur durch ihre Anzahl unterscheiden, also hat es gar keinen Sinn hier von mehreren anzahlgleichen Mengen zu sprechen.

Ihr Unterschied könnte nur ein qualitativer sein, und ein solcher geht die reine Arithmetik nichts an. Dieses Argument beweist aber zu viel; denn wenn die Reinheit der Arithmetik erfordert, daß in ihr von dem Vorhandensein von anderen als zahlenmäßigen Unterschieden zwischen den Dingen abgesehen wird, so könnte es auch zur Bildung der endlichen Zahlen nicht kommen, man käme über die 1 nicht hinaus. Das geht sehr deutlich aus der Art hervor, in der Bergmann selbst die Zahlenreihe aufbauen will. Er geht dabei nämlich aus von einer unbestimmt gelassenen Relation, die er  $R$  nennt, und von der er voraussetzt, daß sie unter anderm asymmetrisch ist, das heißt, daß sie zwischen  $b$  und  $a$  nicht besteht, wenn sie zwischen  $a$  und  $b$  besteht. Damit das einen Sinn hat, muß zwischen  $a$  und  $b$  noch ein anderer Unterschied bestehen als der, daß  $a$  Vorderglied und  $b$  Gegenglied der Relation  $R$  ist: Nach Bergmann könnte das aber nur ein qualitativer Unterschied sein, und die Annahme eines solchen verstößt gegen die Reinheit der arithmetischen Methode. Es ist denn auch offenbar ein verkehrter Rationalismus, der dieser Argumentation zugrunde liegt. Die Möglichkeit der Arithmetik beruht ja gerade darauf, daß bei wirklichen Gegenständen nach Abstraktion von allen qualitativen Unterschieden und auch von etwaigen quantitativen noch immer die Verschiedenheit übrigbleibt, die man die numerische nennt, eben weil auf ihr die Zahl beruht. Die bekannten beiden Eier, die einander so gleichen wie eben ein Ei dem andern, bleiben doch immer noch 2. Daß wir sie sinnlich wahrnehmen müssen, um sie tatsächlich zu unterscheiden, ändert nichts an der Tatsache, daß wir die Möglichkeit des numerischen Unterschieds rein a priori einzusehen vermögen. Und diese Einsicht ist das Fundament der Arithmetik.

Als einen weitem Grund gegen die Subsumtion der transfiniten Mächtigkeiten unter den Zahlbegriff führt Bergmann an, sie antworteten auf die Frage, wieviel Elemente eine Menge  $M$  enthielte, mit dem Hinweis auf eine andere Menge, die deren gleichviel enthält; und dies führe auf einen unendlichen Regreß. Das beweist aber wiederum zu viel. Denn wenn ich auf die Frage nach der Anzahl der Elemente einer endlichen Menge etwa mit 3 antworte, so tue ich auch nichts anderes als den Frager auf eine gleichzählige Menge hinweisen, nämlich

die der Zahlen von 1 bis 3. Ich kann wenigstens keinen prinzipiellen Unterschied entdecken zwischen dieser Antwort und der Angabe, die Anzahl der Elemente einer Menge sei gleich der der ganzen Zahlen.

Die Einwände, die Bergmann gegen die Zahlnatur der transfiniten Ordnungszahlen erhebt, will ich nicht im einzelnen erwähnen, sie leiden alle an dem Fehler, daß ohne Begründung als für Zahlen überhaupt wesentlich in Anspruch genommen wird, was nur für endliche Zahlen gilt und gelten kann. Nur einen Punkt will ich erwähnen. Für die transfiniten Ordnungszahlen verliert unter anderm auch das kommutative Gesetz der Addition  $a + b = b + a$  seine Gültigkeit. Das soll nun nach Bergmann auch für Zahlen wesentlich sein, und zwar beruft er sich zur Begründung auf ein von G. F. Lipps entlehntes angebliches Gesetz der Homogenität der Zahlenreihe. Danach gibt es in der Zahlenreihe keine qualitativ ausgezeichnete Stelle. Dieses Prinzip ist aber viel zu unbestimmt, um mathematisch verwendbar zu sein. Mit dem selben Recht, mit dem aus diesem Prinzip die Kommutativität der Addition geschlossen wird, könnte man auch die Potenzierung daraus schließen, was offenbar falsch wäre. Es widerspricht sich daher nicht, daß für endliche Zahlen die Addition kommutativ ist, für unendliche nicht.

Im weitem Verlauf seiner Abhandlung beschäftigt sich Bergmann noch mit einer Reihe interessanter Fragen, die mit dem Unendlichkeitsproblem zusammenhängen, zum Beispiel mit der Bedeutung des sogenannten Archimedischen Postulats, das aussagt, daß, wenn  $a$  größer als  $b$  ist, es immer ein Vielfaches von  $b$  gibt, das größer als  $a$  ist. Es stellt die Bedingung der Anwendung von Maßzahlen auf ein Größensystem dar. Der italienische Mathematiker Veronese hat ein Größensystem konstruiert, das diesem Postulat nicht genügt. Mit ihm beschäftigt sich Bergmann. Ebenso mit dem Problem den Begriff der Stetigkeit auf die übrigen Ordnungsbegriffe zurückzuführen, wie das von Cantor und anderen versucht worden ist. Ich muß es mir leider versagen auf diese Ausführungen hier noch einzugehen. Obwohl ich in vielen Punkten dem Verfasser widersprechen muß, ist doch die ganze Schrift sehr anregend und bemerkenswert.

×

×

**Kurze Chronik** Am 15. Januar kam der Theologe Professor D. Hermann Freiherr von Soden durch einen Unfall auf der Berliner Hochbahn ums Leben. Er stand im Alter von 61 Jahren und erreichte sich über die engeren Fachkreise hinaus eines großen Ansehens. Sein Tod muß auch in der philosophischen Rundschau mitgeteilt werden. × Am 26. Januar starb in Wien Professor Friedrich Jodl im 65. Lebensjahr. Jodl war vorzüglich durch seine ethischen Schriften und durch seine organisatorische Tätigkeit im Dienst ethischer Gedanken bekannt. Sein Hauptwerk, die Geschichte der Ethik, ist kürzlich hier (1913, 3. Band, pag. 1210 f.) besprochen worden. × Am 27. Januar (einige halten den 29. für das richtige Datum) feierte Deutschland den 100. Todestag Fichtes. Die Berliner Universität, deren erster gewählter Rektor Fichte war, hat wegen des Geburtstags des Kaisers auf eine besondere Feier zu diesem Anlaß verzichtet und sich mit der Niederlegung eines Kranzes am Denkmal des Philosophen begnügt. In Hamburg wurde ein Fichtebund gegründet. × In Wien ist eine ausführliche Nachschrift von Kants Vorlesungen über Logik aufgefunden worden. × Zum Nachfolger Störriings wurde Georg Simmel als ordentlicher Professor der Philosophie nach Straßburg berufen. Er wird mit dem kommenden Sommersemester sein Amt antreten. × Professor Dessoir übernahm die Organisation eines Ausschusses für ästhetische Organisations- und Unterrichtsfragen, der das Ergebnis seiner Untersuchungen dem nächsten Kongreß für Ästhetik, der 1915 in Wien stattfindet, vorlegen soll.

#### × Literatur

× In 4. Auflage läßt Alois Riehl seine Philosophie der Gegenwart erscheinen /Leipzig, Teubner/. Der Weg zum Verständnis der Philosophie der Gegenwart führt nach Riehl durch die Geschichte. Deshalb ist ihrer Darstellung der größte Raum gewidmet. An ihrer Hand wird der Leser in die Probleme der spekulativen und der praktischen Philosophie eingeführt. Der eigene philosophische Standpunkt Riehls ist bekanntlich der sogenannte Neokritizismus. Daß eine von diesem Standpunkt geschriebene Einführung in die Philosophie den Widerspruch der Andersdenkenden zuweilen reizt, ist nicht weiter verwunder-

lich. Trotzdem wird der Laie, für den das Buch bestimmt ist, es mit Gewinn lesen. × Daß wir in Raoul Richter einen glänzenden Schriftsteller und einen geistvollen Historiker der Philosophie leider allzufrüh verloren haben, war den Lesern seiner Nietzscheinterpretation und seiner Geschichte des Skeptizismus bekannt. Der von Lina Richter herausgegebene kleine Band Essays /Leipzig, Meiner/ bestätigt diesen Eindruck. Daß Richter als Selbstdenker nicht sehr bedeutend war, bestätigt der einzige systematische Aufsatz dieses Bandes, über Philosophie und Religion. Um so erfolgreicher war er als Interpret fremder Gedanken und besonders derjenigen Nietzsches. Ihm sind denn auch 5 von den 14 Aufsätzen gewidmet. Die übrigen behandeln eine bunte Fülle von Gegenständen: Goethes Faust und Zwei Menschen von Dehmel, Pascal, Spinoza, Kant, Schiller, Wagner und Woltmann. × Eine gleichfalls im Meinerschen Verlag erscheinende Sammlung, die als Ergänzung der Philosophischen Bibliothek gedacht ist, trägt den Titel Wissen und Forschen: Schriften zur Einführung in die Philosophie. Als 1. Band ist erschienen: Arthur Buchenau Kants Lehre vom kategorischen Imperativ. Das Buch soll vor allem in die Gedankengänge der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten einführen. Dabei soll es gleichzeitig als Einleitung in die kritische Ethik überhaupt dienen. Dem Verfasser hat das Ziel vorgeschwebt die Darstellung so zu gestalten, daß sie etwa auch für Schüler und Schülerinnen der Oberklassen unserer höheren Lehranstalten verständlich ist. Dieses Ziel ist, wie mir scheint, im großen und ganzen erreicht worden. Buchenau gehört der Marburger Schule an; seine Auffassung weicht deshalb vielfach von der meinigen ab. Als Einführung kann ich das Buch dennoch empfehlen.

#### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Kapitalismus** Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus: so etwa ließen sich unter einem gemeinsamen Titel die Werke Werner Sombarts in den letzten 12 Jahren zusammenfassen. Die Reihe wird mit den beiden Bänden seines Modernen Kapitalismus vom Jahr 1902 eröffnet. Das Werk beginnt mit einer lichtvollen Charakteristik der handwerksmäßig mittelalterlichen Wirtschaft und wendet sich

dann zunächst der Untersuchung der Momente zu, die in dem Rahmen mittelalterlicher Verhältnisse zur Aufhäufung größerer, kapitalistischer Verwertungsfähiger Geldvermögen geführt haben. Im Vorwort entwickelt der Verfasser die allgemeinen Gesichtspunkte, die ihn in seiner Arbeit leiteten. Die Genesis des Kapitalismus ist nach ihm (darauf legt er besonderes Gewicht) die Genesis einer Wirtschaftsordnung, die auch in den ihr Richtung gebenden wirtschaftlichen Zielsetzungen, in dem in ihr herrschenden Geist von der mittelalterlich feudalen und handwerksmäßigen Wirtschaftsordnung, aus der sie hervorgeht, sich grundsätzlich unterscheidet. Wenn hier die Behauptung des »standesgemäßen Unterhalts«, in den Zünften das Streben durch Einschränkung des freien Wettbewerbs den Zunftgenossen die herkömmliche »Nahrung« zu gewährleisten das wirtschaftliche Verhalten leitend reguliert, so lebe in dem Kapitalismus sich ein von allen Schranken losgelöster Erwerbstrieb aus. Und dieser Geist, der im kapitalistischen Gehäuse sein Wesen treibt, sei nicht erst durch und in dem fertigen Bau entstanden, sondern müsse vielmehr, im Schoß jener frühern Wirtschaftsordnung da und dort aufkommend, in dem Gesamtzusammenhang der Entwicklung als der aktiv formende Bildner des Neuen betrachtet werden. In der Art, wie Sombart diese Seite der Bewegung betont, kündigen sich zugleich auch die Tendenzen einer so weit wie irgend möglich psychologisch verfahrenen Betrachtungs- und Erklärungsweise an. Aber damit steht er noch durchaus in keinem prinzipiellen Gegensatz zu der von Marx in seiner berühmten Darstellung der ursprünglichen Akkumulation skizzierten Entwicklungsauffassung des Kapitalismus. Vielmehr erklärt Sombart ausdrücklich und mit gutem Recht: was ihn von der durch Schmoller vertretenen Schule trenne, sei das Bemühen um »das Konstruktive in der Anordnung des Stoffes«, um den Aufbau »aller historischen Erscheinungen« zu einem sozialen »System«, das Interesse an einer »theoretisch einheitlichen Zusammenfassung«, und fügt dann hinzu: »ich könnte auch sagen: Karl Marx«. In der Tat läßt die Beziehung auf Marx'sches Denken, auf die Probleme, die Marx auf der Basis seiner Analyse der fertigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, einer Erforschung der Entwicklungsgeschichte des modernen Kapitalismus stellt, sich in Sombarts ganzer Arbeit überall ver-

folgen; sie geht als befruchtendes und vielfach Richtung gebendes Moment in seine psychologische Betrachtungsweise ein. Von allen Ökonomen und Historikern in akademischer Stellung hat keiner so entscheidende, in eigenes selbständiges Weiterdenken sich umsetzende Anregungen von Marx erhalten wie er. Das sollte von sozialistischer Seite über der Vorliebe, die dieser Autor gelegentlich für spielerische, in Farben eines ästhetisierenden Romantizismus schillernde Paradoxieen zeigt, nicht vergessen werden.

Von dem Modernen Kapitalismus her spinnen sich Fäden zu all den späteren Schriften Sombarts: zu der ausgezeichneten, jetzt in billiger Volksausgabe vorliegenden Deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert /Berlin, Bondi, dem vielumstrittenen Buch über die Rolle des Judentums im Kapitalismus, den beiden kleinen wesentlich als Materialsammlung gedachten Bänden Luxus und Kapitalismus und Krieg und Kapitalismus und seinem neuen vor ein paar Monaten veröffentlichten Werk Der Bourgeois: Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen /München, Duncker & Humblot/. Eine außerordentliche Kunst der Darstellung, die, auf breitetes Material gestützt (der Abdruck der Quellenbelege allein füllt über ein Jahrhundert Seiten), eine über Jahrhunderte zerstreute Tatsachenfülle in anschauliche, knappe Charakteristiken zusammendrängt, hält das Interesse da von Anfang bis zu Ende intensiv gespannt. Ein überraschender Reichtum von Perspektiven, und zwar, von einigen launhaften Seitensprüngen abgesehen, anscheinend fruchtbarer, die auch dann, wenn sie sich zu einem Teil nicht bestätigen sollten, durch den Zwang sie nachzuprüfen zur Vermehrung unserer Einsicht in das Gewebe historischer Wechselwirkung beitragen müssen, tut sich auf.

Wenn Sombart im 1. Band seines Modernen Kapitalismus die Vermögensbildung untersucht, auf deren Grundlage kapitalistische Unternehmungen größeren Umfangs sich allererst entfalten konnten, interessiert ihn hier vor allem der kapitalistische Unternehmer selbst: die Triebe, die ihn beseelen, die Fähigkeiten, die ihn zur Ausübung solcher Funktionen prädestinieren, die verschiedenartigen Charaktertypen des Unternehmertums und ihr Wandel in dem Lauf der Zeit. Es sind in erster Reihe psychologische Fragestellungen, denen er nachgeht. Er möchte sozusagen die Genealogie des

modern kapitalistischen Geistes in einzelnen markanten Zügen und nach den Haupttappen der Entwicklung zeichnen. Man mag Bedenken hegen, ob die Lösung einer solchen Aufgabe bei der fließenden, genauere Klassifikationen zu sehr erschwerenden Natur alles Psychologischen in wissenschaftlich einwandfreien Formulierungen möglich ist; ob da nicht weitere Forschung den Versuchen psychologisch zu generalisieren gegenüber so vielerlei Abweichungen und Ausnahmen von der *Regel* zu verzeichnen haben wird, daß die Frage, welches die jeweils prävalierenden psychologischen Züge seien, schließlich in weitem Umfang unentscheidbar bleibt. Aber auch ein solcher Skeptizismus wird das große Interesse des Sombartschen Versuchs nicht bestreiten können. Wie es immer mit der Tragkraft und Sicherheit der Generalisationen stehe, die von ihm herangezogenen Tatsachen und Belege, die plastische Darstellung behalten ihren Wert, erleben die allgemeine Vorstellung vom Werden des Kapitalismus mit höchst eindrucksvollen Bildern.

Ein paar Andeutungen über den Gang der Untersuchung mögen hier, da eine, auch nur etwas genauere Inhaltsangabe den begrenzten Raum bei weitem überschreiten müßte, genügen. Nach einem Ausblick auf die Rolle der Edelmetalle in der Zeit vor der Entstehung und Ausbreitung der mittelalterlichen Geldwirtschaft und auf die Hauptformen, in denen sich das Streben nach Gelderwerb dann, vielfach noch ohne jede direkte Anknüpfung an Warenproduktion und Warenhandel betätigt (Amterkauf, Raub, Schatzgräberei und Alchemie, Projektionemacherei und Erfindungen, Geldleihe und Spiel), analysiert der Verfasser, das Wort im allgemeinsten Sinn nehmend, die Grundmerkmale der »Unternehmung« und des »Unternehmungsgestes« überhaupt. Jene schließt immer einen weit-sichtigen Plan und das Zusammenwirken vieler unter einheitlicher Leitung ein, setzte also bei dem Unternehmer ein ausgeprägtes Vermögen der Initiative, Organisations- und (in friedlich wirtschaftlichen Unternehmungen) Verhandlungstalente voraus. Es wird das »Unternehmensartige«, da: den Kriegszügen beutegieriger Söldnerführer, dem Seeraub, dem mittelalterlichen und frühkapitalistischen mit Raub und Seeraub eng verbundenen Fern- und Kolonialhandel, der über viele Arbeitskräfte gebietenden feudalen Grundherrschaft wie dem aufstrebenden absoluten Fürsten-

staat anhaftet, dargelegt und eine bunte Reihe frühkapitalistischer Unternehmertypen vorgeführt: kapitalistische Feudalherren, im Staatsdienst über staatliche Geld- und Machtmittel für Unternehmungen verfügende Bürokraten, Spekulanten, in Unternehmer sich verwandelnde Krämer und Handwerker. Als weiteres sehr wichtiges, mit jenen organisatorischen und Händlerqualitäten im kapitalistischen Unternehmerteist sich kreuzendes Element erscheint, was Sombart summarisch als »Bürgergeist« bezeichnet: eine vorwiegend auf Erwerben und Sparen gerichtete, utilitarisch-rationalistisch-rechnerische Denkart, deren erste, naiv moralisierende Äußerungen mit Zitaten aus Florentiner Kaufmannsschriften illustriert werden.

Die beiden letzten Abschnitte des 1. Teils skizzieren die Entwicklung respektive Entwicklung und Rückbildung des kapitalistischen Unternehmungsgestes in europäischen Staaten und die Unterschiede, die, nach Sombart, wenigstens tendenziell und im allgemeinen zwischen der in frühkapitalistischen und in modernen hochkapitalistischen Unternehmungen vorherrschenden Gesinnung bestehen. Jene gehe auf eine Reichtumsanhäufung wesentlich zum Zweck der Lebenssicherung und des Lebensgenusses aus, während in dieser die Sucht ständiger Erweiterung des Gelderwerbs und des Geschäftes alle solche Grenzen überspringe. Unter völliger Umkehrung des natürlichen konkreten Menschen und seiner Interessen sei, was erst ein Mittel war, Selbstzweck geworden, eine Besessenheit, die sich in einer end- und sinnlosen Hetzjagd der Arbeit ausrast.

Im 2. Hauptteil beschäftigen den Autor die verschiedenen Beanlagungen, die einzelne Stämme und Völker der Entwicklung eines gesteigerten Erwerbstriebes und kapitalistischen Unternehmungsgestes entgegenzubringen scheinen; der Einfluß, den »sittliche Mächte«, Religion und Moral, auf die Entstehung des kapitalistischen Geistes ausgeübt haben mögen; der Einfluß der, vielfach kirchenpolitisch motivierten Wanderungen; der Einfluß der Technik und der großen Gold- und Silberfunde. Seine in dem Buch über die Juden ausgedrückte Ansicht von der jüdischen Religion: daß sie eine Forderung wirtschaftlich rationaler Lebensführung und die Anerkennung des Erwerbstriebes in sich schließe (eine Ansicht, der von Fachleuten auf dem Gebiet der Religionswissenschaft energisch



widersprochen wurde), will er jetzt, entgegen seiner frühern Meinung, auch auf den Katholizismus ausdehnen, und er sucht seine Auffassung an der Hand des Thomas von Aquino und anderer Scholastiker zu begründen. Die katholisch-mittelalterliche Verpönung des Leihzinses impliziere durchaus keine Ablehnung des Gewinnstrebens und habe auf die Tendenz zu kaufmännischer und industrieller Kapitalsverwertung eher fördernd als hemmend gewirkt. In Konsequenz dieser Auffassung wendet er sich dann auch gegen Max Webers vieldiskutierte Doktrin, nach der vorwiegend erst im Puritanismus und durch ihn eine dem Erwerbsleben und dem Kapitalismus günstige Umwälzung der religiösen Vorstellungen sich vollzogen habe.

Daß Sombart die ungeheure wirtschaftliche Fortentwicklung, an die die große sozialistische Zukunftshoffnung einer wirklich menschenwürdigen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens anknüpft, mit einem verdrossenen Mißtrauen betrachtet (jener ästhetisch-quietistische Zug, von dem in seinen ersten Schriften, auch noch in seinem *Modernen Kapitalismus* nichts zu spüren war), kommt in seiner Kritik des kapitalistischen Unternehmungsgeistes, dessen (wenn auch ungewollt und ungewußt) sozialkulturelle Fortschrittmöglichkeiten förderndes Machtstreben er als töricht kindische Laune einschätzt, noch mehr in seinem Schlußwort »Was wird die Zukunft bringen?« zum Ausdruck. Doch diese Stellungnahme hat mit dem eigentlichen Inhalt des Buches gar nichts zu tun.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Einwendungen, die Sombart selbst dem Leser in den Mund legt. Man werde, meint er, über Mangel an Einheitlichkeit klagen. »Die Vielheit der Ursachen«, die er für die »Entstehung des kapitalistischen Geistes verantwortlich gemacht habe«, könne verwirrend erscheinen; es dränge sich die Frage auf, ob nicht wenigstens eine »Hierarchie der Ursachen« nachzuweisen sei; ob man nicht, statt nur die einzelnen Ursachen in der Darstellung nach einander aufzuzählen, zu einem Einblick in ihr inneres Rangverhältnis, ihre Über- und Unterordnung gelangen könne. Sombart mag recht haben, wenn er die Erfüllung einer solchen Forderung bei dem bunten Durcheinanderwirken der historischen Faktoren für unmöglich hält, wenigstens, was das Detail der Geschichte anlangt. Indes mir scheint, daß das Bedürfnis nach

Einheit in anderer Weise sich wohl befriedigen ließe. Wenn nämlich von der ganz allgemeinen, unmittelbar aus der Analyse des kapitalistischen Systems sich ergebenden Wesensart des »kapitalistischen Geistes« ausgegangen wird, den Marx mit den Worten kennzeichnet: »Der Gebrauchswert ist niemals als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu betrachten; auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens.« Das ist ja auch nach Sombart der im Kapitalismus angelegte, im Hochkapitalismus zu freier Entfaltung gelangende abstrakte Grundtyp kapitalistischer Zwecksetzung. Ein Streben, das sich ebenso von den treibenden Motivationsreihen früherer Wirtschaftsepochen kontrastierend abhebt wie es andererseits, seiner psychologischen Möglichkeit nach, in dem durch alle menschliche Geschichte hindurch gehenden, die mannigfaltigsten Gestalten annehmenden Machtstreben verankert erscheint, eine seiner Äußerungsformen darstellt. Natürlich: daß diese Möglichkeit sich irgendwie realisiere, dazu bedarf es im ökonomisch-historischen Entwicklungsgang höchst mannigfaltiger Bedingungen, objektiver und psychologisch subjektiver Art. Faßt man einmal in dieser Weise die »rastlose Bewegung des Gewinnens« oder, nach einem andern Marxschen Ausdruck, den »absoluten Bereicherungstrieb« als den aus mancherlei Verquickungen mit anderen Interessen sich tendenziell immer schärfer herausarbeitenden spezifischen Willensinhalt des »kapitalistischen Geistes«, so ist damit ein aus der Analyse des Kapitalismus selbst geschöpfter grundlegender Gesichtspunkt gegeben, um den und in Beziehung auf den sich alle näheren psychologischen Untersuchungen über die verschiedenen Erscheinungsformen, Arten und Entwicklungsstufen des kapitalistischen Geistes einheitlich im übersichtlichen Zusammenhang gruppieren lassen. Was Sombart die »Mannigfaltigkeit der Ursachen« nennt, also auch die Mannigfaltigkeit der psychischen Momente, die bei der Ausbildung des kapitalistischen Unternehmungsgeistes zusammenwirken, ihn je nach ihrer Mischungsart verschieden färben, bleibt dadurch unberührt; aber diese Mannigfaltigkeit, im Rahmen einer solchen Grundbeziehung dargestellt, würde, scheint mir, den Eindruck des »Verwirrenden« verlieren. Vielleicht, daß spätere Auflagen das nachholen. Nicht nur, daß sich der Leser bei einer solchen deutlicher als jetzt heraus-

gearbeiteten Ausrichtung auf dies Zentrale leichter orientieren würde, auch die Beziehung zu dem Marxschen systematischen Denken, die Sombart für seinen Modernen Kapitalismus mit Recht in Anspruch nahm, träte damit wieder klar hervor.

× **Marxismus** Der Arbeitslohn und die soziale Entwicklung betitelt sich ein Buch von

Dr. David Lewin /Berlin, Springer/, das, auf gründlichen Studien ruhend, im Rahmen der Marxschen Theorien die Bestimmungsgründe und Bewegungsmöglichkeiten des Arbeitslohns in systematischem Zusammenhang darzulegen sucht. Der Ansicht gegenüber, die den Lohn durch ein unverändertes physiologisches Existenzminimum geregelt wähnt, betont er sehr entschieden die historische Relativität des als notwendig empfundenen Unterhaltsniveaus. Den Abschluß bildet eine polemische Auseinandersetzung mit der Lohntheorie der Grenznutzschule. »Kein Makel am Kapitalzins, das ist das thema probandum«, so resümiert er am Schluß die Eindrücke der kritischen Wanderung. »Man revidiert zu diesem Zweck alle bestehenden Theorien, man deutet und mißdeutet Smith und Ricardo, man trägt sich mit Bastiat um, und einen Say krönt man zum König der Wissenschaft. Man rüstet sich mit den schwächsten und schlechtesten Waffen der Wissenschaft aus, und gründlichst vergessene Theorien feiern ihre Auferstehung. Man bringt es wieder fertig das Kapital als *Abstinenz*, den Grund und Boden als *Opfer* darzustellen, und die törichte Theorie von den *wirtschaftlichen Diensten* tritt in neuer Kleidung wieder auf...«

Der ehemalige russische Marxist Michael Tugan-Baranowskij publiziert eine kürzere Arbeit *Soziale Theorie der Verteilung* /Berlin, Springer/. Die kritischen Ausführungen richten sich in der Hauptsache gegen den Marxschen Versuch Lohnhöhe und Durchschnittsprofitrate durch ein Zurückgehen auf das Arbeitswertgesetz zu erklären. Die positive Ansicht des Verfassers, der in dem Vorwort es als die »wichtigste Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft unserer Zeit« proklamiert eine Synthese (!) von Marxismus und Grenznutztheorie zu finden, bleibt so unklar wie dieser wunderliche Mischungsvorschlag. Daß die Festsetzung der Lohnhöhe innerhalb gewisser Gren-

zen eine Machtfrage ist, daß die Gewerkschaften auch bei gleichbleibendem Verhältnis von Arbeitsangebot und -nachfrage unter Umständen den Lohnsatz in die Höhe treiben können, wird dem Verfasser kein Verständiger bestreiten, am wenigsten Marx selber. Aber diese mit besonderer Emphase von Tugan-Baranowskij hervorgehobenen Selbstverständlichkeiten sind doch weiß Gott nichts, was den früheren Theoretikern verborgen geblieben wäre und als neue Einsicht zum Ausgangspunkt einer Umwandlung der Theorie genommen werden könnte.

× **Kurze Chronik** Am 5. Januar starb in Paris ganz plötzlich, an einem

Gehirnschlag (infolge großen Frostes in der Straßenbahn), Genosse Eugène Fournière. Er war 57 Jahre alt und bekleidete zuletzt das Amt eines Professors an der Pariser Kunst- und Gewerbeschule. Fournière war bekanntlich Mitbegründer und später Herausgeber der *Revue Socialiste*. Von seinen eigenen Arbeiten sei nur das Buch über die sozialistischen Theorien von Babeuf bis Proudhon genannt, das 1904 bei Alcan erschien. Fournière arbeitete in letzter Zeit an einem soziologischen Werk, das sich mit der Entstehung der Klassen beschäftigte; es wird jetzt wohl nach seinem Tod herausgegeben werden. Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist Fournière durch vielfache Beiträge, namentlich über Politik und Sozialismus in Frankreich, bekannt. Er vertrat in der Partei einen konsequent reformistischen Standpunkt. Der französische wie der internationale Sozialismus wird sein Andenken bewahren. × Unter dem Titel *Theorie und Methoden der Statistik*: ein Lehr- und Lesebuch für Studierende und Praktiker, ist von dem Petersburger Professor Al. Kaufmann ein umfangreicher, die einschlägigen Fragen offenbar mit großer Sachkenntnis behandelnder Band erschienen /Tübingen, Mohr/. × Der Politisch-Anthropologische Verlag in Berlin-Steglitz veröffentlicht die Schmähschrift eines österreichischen Antisemiten Dr. Franz Haiser: *Der aristokratische Imperativ*. Der Autor nennt sie auf dem Titelblatt einen »Beitrag zu den neudeutschen Kulturbestrebungen«. Ein Haufen halb kindischer und halb brutaler Renommistereien, die aber in ihrer pathologischen Offenherzigkeit immerhin einige ganz interessante Streiflichter auf ge-

wisse extrem reaktionäre Tendenzen werten. Haisers Haß und Verachtung gegen jede Art demokratischer Gleichheit erstreckt sich auch auf die Logik, deren Sätze allen gemeinsam und für alle gleich sind. Nirgends auch nur der Ansatz zu einem logischen Versuch der Begründung. Die Argumentationen, deren er sich bei seiner Umwertung aller Werte bedient, sind eine Kette sich ständig wiederholender Schimpfworte. Wenn er etwas ganz und gar vernichten will, spielt er den letzten Trumpf aus, die Erklärung: er spüre da »Brechreiz«. Rassefexereien und Verherrlichungen jeder Art Gewalt lösen einander ab. Unter anderm schwärmt der Verfasser auch für Sullas Menschenschlächtereien. Die Kaserne gilt ihm als vorbildliches Institut für die Kindererziehung. Die Söhne deutsch-aristokratischer Vollnaturen seines Schlages sollen, damit sie sich für die blutigen aristokratischen Tugenden rechtzeitig präparieren, mit rohem Fleisch gefüttert werden. »Wir Süddeutschen«, donnert er seine Landsleute an, »trachten immer danach nur kein Kommando hören zu müssen; darum hassen wir alles Preußische, alles, was Befehlen heißt, alles, was sich selbst durch die Menschenrechte hindurch Ordnung schafft.« Diese Liebeserklärung inmitten all des provozierenden Gekläffs dürfte sogar auch von den Herren vom Preußenbund als kompromittierlich empfunden werden.

## KUNST

### Bildende Kunst / Gustav Linde

**Magnasco** Jene steigende Konzentration, zu der Charaktere wie Julius II. und Michelangelo durch Dasein und Aktion die Menschennatur zwangen, zersprang mit dem Abgang solcher ihrer Meister. Jetzt gibt sie sich aus mit der Fülle der Geladenheit und der Vehemenz der herrenlos sich entspannenden Spannung. Hierhin gehört Alessandro Magnasco, den der Berliner Kunstsalon Cassirer in seiner Januarausstellung vorführte. Magnasco ist Genueser. Dies trennt ihn innerlich von den übrigen Italiern und teilt ihn Spanien zu. Daher seine inquisitorisch schwarze Patina. In manchmal grotesker Brunst spricht sich hier ein Genuß eigener Erregung aus, der in den Bezirk des Vegetativen hinabstiegt. Damit verlieren viele seiner Bilder das Moment des Organismus. Sie sind daran sich in ihre Bestandteile an einzelnen Pinselzügen aufzulösen; so daß diese sich wie ein selb-

ständiges Netz über das Bild legen, es fast zu einem Ornamentgebilde, zu einem Gobelinteppeich vergewaltigend. Doch war nicht Absicht, Zeit und Selbstbeherrschung vorhanden zu der sterilen Sprache des Ornamentalischen. Hier haben wir vielmehr die mit den Mitteln der bildenden Kunst sich ausdrückenden innerlichen Bewegungen eines Fiebernden, dessen kritisches Organ in einem beschränkten oder verdunkelten Zustand sich befindet. Diese Bilder sind gleichsam ohne den Willen zur Dauer geschaffen; in dem ganz gespannten Gegenwartstrieb eines proletarischen Lebensbaccchanten geschaffen. So bildet die Tatsache des künstlerischen Tätigseins an sich das Eigentliche, das Reizmoment für diesen Menschen. Indem er mit bestimmtem Silhouettenaffekt und bestimmter Farbestimmung agiert, erfährt er in einer sich selbst gegenüber passiven Weise einen Rausch, wie durch Alkohol, durch Kultübung. Man geht mit Normgesetzen der Optik an Greco heran. Hier zeigt Magnasco, wie jene Überlängerung zum Beispiel von Gliedern einfach Resultat einer solchen Momentanzückung ist; wie die Absicht für diesen Fall sich nicht auf anatomische Exaktheit und kompositionelle Auswägung richtet; wie ein solches Augenblicksbacchanal Ziel ist. So auch erhöht Magnasco seine Gestalten in heftigen, sinnlich-schmeißenden Pinselschwüngen mit jenem trunken-verdunkelten Silberweiß. Und er trägt es ihnen eben oft so heftig auf, daß Teppiche, Kulissen zu entstehen drohen: bewußtseinslos in gleicher Ekstase sich ausgebend, in der er sich auf den Kirchenboden, auf das Weib, unter die saufende Soldatenhorde schmeißen mag, getrieben die unausgesetzt tätige Glut des Blutes von sich zu scheiden. In barockem Ungestüm überladend und beziehender Architektonik nicht fähig bei dieser Konstellation seines Temperaments. Als Sohn des reichen Vaters vegetativ sich und sein Erbe genießend. Daher nicht Persönlichkeit. Nicht großer Künstler. Doch Erzeuger einiger so ausgezeichnete Malwerke wie der Mönche in der Wärmestube.

× Munch Bei Fritz Gurlitt in Berlin gab es jetzt eine Kollektivausstellung des Norwegers Edvard Munch. Diesem Sohn des Landes der hellen Nächte, dessen Mutter und Schwestern an Schwindsucht starben, näherte sich oft selbst aus gleicher Richtung das auslöschende Geschick. So

findet sich an ihm ein Zustand von Überwachtheit der Umwelt gegenüber. Ihre Erscheinungen werden zu durchsichtiger Epidermis über dahinter liegender Eigentlichkeit. Und diese Eigentlichkeit widerhallt dem Aufnehmenden analog. Seine empfindsame Körperkonstitution, seine mit der Todesbekanntschaft durchimpfte Seelenarchitektonik haben nicht das naive Gesättigtsein durch die Ober-schicht des Vorstellungsobjekts zu Gebot, durch ihre physiognomische Unterschiedenheit an Form, Farbe, Räumlichkeit. Sondern sie umspielen diese Vorlagerungen gleichsam mit längeren Tastwimpfern, stoßen durch das Einfache, Hautbedeutende hindurch, tauchen in das Dahinter, saugen aus dessen inhaltlicher Unendlichkeit in peinhafter Wollust Lebensschauder, Lebensschauer. So schiebt sich das Weib vor Munch hin in symbolhafter Beziehung. Es ist nicht mehr der andere Teil, den ich mir in Wirksamkeit gewinne mich mit ihm zu einheitlicher Zweiheit, zu zweieitlicher Einheit zu durchdringen. Sondern es wird ihm, sich überwachend, zu dem andern überhaupt, der Gottheit des Außermir, der lust- und leidensschwangeren Flamme vor meiner dahineinverdamnten, unbergreifenden Ohnmacht. So lebt ihm eine polypenhafte Lebendigkeit in Bäumen, Häusern, Wegen, Brücken, auf denen es weiterhin leibhaftig gespenstert von Menschen in schmerzhaft wacher Bewußtheit. Arbeiter schreiten so durch eine Schneeschlucht auf uns zu, die eine winterhaft dünne Luft unserm Gesicht weh aufdringt. Seine Sonne kocht und saust von kalten, glühenden Gloriolen, die uns nackt machen und transparent durchscheinen, mit unangenehmer Aufhebung unseres Schwergewichts. Doch zugleich liegt hier das Bannende. Wir werden gleichsam auf ein Urstadium gebracht. Unsere Zellatome beginnen aufzubrechen, elastisch sich zu dehnen, sich nährend mit einer herben Schöpfungsatmosphäre zu füllen. Wir geraten in einen Zustand primitiv einheitlicher Fruchtbarkeit, Erneuerung. Das ist es. Schauer und Schauer. Damit ersteigt dieser Künstler seine Größe. Er schafft uns ein Erleben unserer selbst und der Mitwelt, das nach seinem eigenartigen Gebot uns beugt, hin und wieder zwischen Untergang und Aufgang. Und er erreicht dies ausschließlich mit den Mitteln der bildenden Kunst. Er ist zugleich hierin ein Meister der jetzigen Generation, ihr Führer, daß er in solchem Maß Linie und Farbe auf die Höhe gleichberechtig-

ten und geeinten Erregungsgehalts zu heben vermochte. Als ein Netz von lebendigen Nerven hat er die Linien auf die Maltafel geheftet. Und die Stufen der seelischen Skala flocht er in den Farben dahindurch. Ein Zustand von Linien und Farben erfaßt uns, hebt uns in uns auf, schickt uns seine Erregungen und Tonhöhen entlang, und wir erfahren solche Inbrunst in menschlichen Gesichtern, Körpern, Handlungen und Naturstim-mungen mit jenen Unterstimmen von Metaphysik: mit Grauen, mit tiefen Atemzügen.

×  
 KurzeChronik In der Kirche von Rachtschewan im Kaukasus soll eine unbekannte Geburt Christi von Leonardo da Vinci aufgefunden sein, wohin sie angeblich katholische Missionare brachten. × Das Original der Mona Lisa besitzt nach eigener Behauptung ein Schriftsteller Eyre in Isleworth. Das Bild ist von der Mona Lisa des Louvre vor allem durch verschieden, daß es die beiden seitlichen Säulen enthält, die Vasarie erwähnt, und die auch die im Louvre befindliche, wahrscheinlich aus der Erinnerung gemachte Zeichnung des Raffael aufweist. × Einen bisher nicht bekannten Leibl von vorzüglicher Malerei entdeckte die Galerie Haberstock. Und zwar ein Brustbild von Leibls Freund Louis Eysen. Das Entstehungsjahr liegt um 1871. × Eine neue Freie Sezession unter dem Ehrenvorsitz Liebermanns ist in Berlin gegründet worden, wobei Paul Cassirer trotz lebhaften Antrags jegliches Amt ablehnte. × Der Prozeß, den der inzwischen verstorbene Besitzer der Galerie Emden gegen den preußischen Fiskus, vertreten durch den Generaldirektor der königlichen Museen, führte, wurde durch das Reichsgericht endgültig zugunsten des Museums entschieden. Es handelt sich um das Bild des Tobias mit dem Engel von Rembrandt, das der Generaldirektor auf der Versteigerung der Sammlung als Govaert Flint erwarb und dann als Rembrandt veröffentlichte. × Der hamburgische Staat setzte der Schwester Alfred Lichtwarks, Fräulein Marianne Lichtwark, eine lebens-längliche jährliche Rente von 4000 Mark aus.

#### Dichtkunst / Max Höchdorf

Komik Die tiefsten, die aufrichtigsten Dichter, die Rhapsoden und Psalmensänger, sind nicht komisch; sie ahnen gar nichts

von der Komik. Erst als diese wahrste Form der Dichtkunst getrübt und verlassen wurde und nicht mehr behauptet werden konnte, wurde auch das Komische geboren. Nun gilt es als ein Bedürfnis den von ungetäuschten Adamsgefühlen abschwenkenden Menschen. Sie können sich nicht mehr im dauernden Feuer der Begeisterung halten. Statt es zu beklagen, trösten sie sich, suchen sie an der Welt irgendwelche Schäßigkeit und Ungleichheit heraus. Sie finden das Komische. Das Komische verhüllt sehr oft das Zugeständnis der Schwäche und der Trostlosigkeit. Schwermütige und sogar Weltverächter sind immer vorzügliche Komiker und Satiriker gewesen. Schwermütige und Weltverächter: der Schnurrenerzähler Mynona besitzt diese Grundstimmung ausgiebig. Sie schlägt ihm jedoch nicht auf das moralische Urteil, sie belastet ihm eher den Kopf. Die Trugschlüsse der banalen Menschen stören ihn. Er bemüht sich erheiternd die Armseligkeit dieser Trugschlüsse zu beweisen. Dazu bedünkt es ihn notwendig Parabeln zu erfinden und keine logischen Formeln. Den Tiefsinn verstecken hinter dem Blödsinn. Ein Komiker, der so etwas will, ist von beträchtlicher Boshaftigkeit. »Rosa, die schöne Schutzmannsfrau« wird so von Mynona vor ein beinahe metaphysisches Buch geschrieben /Leipzig, Verlag der weißen Bücher/. Der Titel, der an Budikenromane erinnert, könnte ihn reuen, und er verantwortet den Titel und sich selber, indem er hinzusetzt: »Grotesken«. Alle diese Grotesken können die Meinung veranlassen, daß die Urschöpfung jede Kreatur mit einer starren und nicht verwandelbaren Natur versehen hat. Diese Natur wird mangelhaft, gefährlich, entlarvt in ihrer Fehlerhaftigkeit, sobald sie auf Nachbargeschöpfe wirkt. An sich ist es zum Beispiel etwas durchaus Köstliches ein Riese zu sein, Kirchtürme zerschmettern oder Berge verschlucken zu können. Dies Köstliche wird aber etwas Schändliches, da es in Konflikt mit ebenso Köstlichem, etwa mit der gescheuten Menschheit, gerät. Der Riese will sich sehr gut mit den Menschen stellen, ja, er will sogar zärtlich zu ihnen sein. Doch ihm geht es wie dem Schützen auf Spatzen. Er verrechnet sich in seiner Kraft. Überall, wo er lieblosen kann, zerknickt er Menschen und deren Gebilde. Er will zart sein und ist so unglaublich tölpisch und mörderisch. Diese Groteske ist nach dem

ältesten Rezept geschrieben. Denn gezeigt wird das Unvollkommene, das Schäßige und Gebrechliche an dem Riesen. Der Verneiner spricht und der Pessimist, und es ist ein gutes Zeichen, daß er seinen Leser nötigen kann seine Vernunft zugunsten des Witzes zu zerknicken. Mynona weiß wohl, daß er aus der normalen Welt des Verkehrs auswandert, um sich in der Schönwelt des Verkehrten zu ergehen, daß ihn die Wirklichkeit wenig schmerzt, wenn er witzige Gleichnisse ausdenkt. Den Takt hat er, daß er nicht erst viel Aufhebens von solchem Belieben macht.

Eine witzige Situation erfinden ist tausendmal leichter als Menschen, die durch ihr Reden in die Komik eingewoben sind. Eine höhere Wirkung übt das Komische, wenn es nicht heißt: Du mußt dich totlachen. Es muß vielmehr alles im Buch stehen, was von Mensch zu Mensch das Totlachen reizt. Die Menschen mit so viel komischer Lyrik anfüllen, ihnen so viele komische Worte in den Mund, ihnen so viele komische Gefühle in das Herz legen, daß der mit ihnen verkehrende Leser sich schüttelt, das soll der von der Anekdote zum literarischen Humor hinaufsteigende Komiker. In den meisten komischen Büchern reden die Menschen so wenig, was die komischen Bücher schwächlich macht. Den Menschen die Zunge lösen, das erfordert eben mehr als gute Laune oder den Ehrgeiz einen anständigen Stil zu schreiben. Den Menschen löst die Zunge nur, wer demütig sein Poetentalent verwendet, wer sich nicht beeilt irgendwelche Erfahrung oder Stimmung schnellstens mit der Feder zu beseitigen. Ein Dichter nur, der, behutsam wachsend, der, geduldig horchend, der ohne Selbstanbetung arbeitet, gelangt an dieses Geheimnis der Kunst. Genau so wie es eine Lyrik im sentimental Roman gibt, eine aus dem Dialog abzulesende Spannung des Empfindens, ebenso müssen, weich und gewinnend, die Worte der Zwiesprache aus den komischen Menschen hervorgelockt werden. Und der komische Dialog ist noch schwerer zu formen als der sentimentale. Muß doch im komischen Dialog dieses Gemisch von Verstand, von mäkkelndem Eigensinn und schmähernder Überlegenheit erschaffen werden, das die komische Wirkung sichert. Man könnte die Romanze Gustav Wieds nur auf das Formale prüfen und wäre höchst erfreut die vollständige Abgeklärtheit dieses Stils zu

bewundern. Kein Wort, das nicht in der alltäglichen Rede vorkommen könnte, entschlüpft ihm. Und dennoch gelingt es ihm manchmal durch die Gruppierung dieser armen Worte eine reiche Stimmung zu erwecken. Die Kälte, die in dieser Aufzählung von Banalitäten zu liegen scheint, ist aber die Manifestation eines sehr reifen Temperaments. Wenige können so siegesgewiß dem auch nur leise Romanhaften entweichen. Wenige geben so den Eindruck, daß sie gar nichts anderes wiederholen als das allplatteste Leben. Zu dieser Technik ist der Schlüssel nicht zu entdecken. Der Kritiker vermag nur seine Überraschung und Bewunderung festzustellen. Solch Stil wird aufgeboten, um die erlesenste Gattung des Komischen anzugreifen, die Welt der irrenden Gedanken und Gefühle. Doch nicht wie ein Prediger oder Staatsanwalt verfährt der Sitten- und Denkrichter Wied. Er verfährt wie ein lieber Philosoph. Er lächelt. Er schmälert und er schmäht auch, gleich jedem Komiker, aber er tut es niemals boshaft. Obwohl er ja gerade der »leibhaftigen Bosheit« näherückt. Und jetzt hat er sogar sein Herz so heftig zittern gefühlt, daß aus dem Satiriker ein milder, beschwörender Seelenarzt wurde. Es schmerzt ihn, daß er die komische Menschennarretei strafen soll, er will sie verstecken. Das ist in ihm ein seltsamer Zug. Er spottet nicht aus Haß oder Schadenfreude, aus Bitterkeit oder Stolz, nein, aus Liebe und Zärtlichkeit höhnt er. Als er noch jünger war, gab er dieser Laune nicht nach. In seinem letzten Roman Pastor Sörensen & Co. /Berlin, Juncker/ folgt er diesem Hang ganz und gar. Ein Hund, ein weiser Junggesell, ein Pfarrer und dessen Gemahlin, die aber zum Zirkus entflieht, sind Hauptpersonen des Buchs. Pastor Sörensen hat eine Jugendsünde auf dem Gewissen. Er hat nämlich seine Eheliebste vor der Fälligkeit dieser Zeremonie unter seine Decke gelockt. Und als die junge Frau, die so früh schon in der Liebe unterrichtet worden war, üppiger und anspruchsvoller wird, übersteigt solches Verlangen die Kräfte des Pfarrers. Er predigt Abstinenz zur Holden. Sie kann darum nicht anders als daß sie durchgeht und eine Kunstreiterin wird. Allerdings eine mit Gemüt, die sich nach einigen Jahren im Trikot und Flitterröckchen mit der Geisterwelt des Spiritismus und einem ihr seelenverwandten Gewichtsheber befreundet. Die Schnüffler in der Moral

des Nächsten, die im Versteckten die Ehe brechen und einem freien Mann darum nicht einmal die mollige Haushälterin gönnen, werden ausgescholten. Sehr satirisch. Und da sind noch Teile in dem Roman, die ganz ernst sein wollen, die auf den jetzt auch schon seligen Capreser Meister Dieffenbach einen Lobhymnus singen, die für die Nacktheit und Unschuld unserer Kinder streiten. Hier, in der wuchtigen Polemik, ist Wied viel weniger beglückt und beglückend. Es klingt. Aber es klingt da etwas in ihm, das seine Absicht zu laut verrät einmal alle die Menscheneigenschaft herauszufinden, die nur erhöht werden, die nicht durchgehehelt werden soll.

×  
**Karikatur** Der tote Lemonnier wußte noch von dem Plan der jungen Zeichner und Poeten André Blandin und Jules Caneel auf sein Werk eine Karikatur zu schreiben. Nicht im Zorn wollten die Jungen das sondern von der Liebe und der guten Laune getragen. Man sträubt sich gegen die Natur des Meisters, aber man kann doch nicht los von ihm bei Tag und auch nicht in den Träumen. Und weil das eigene Gemüt da bedroht ist, daß es ganz verloren geht oder verwandelt wird, ist ein Gewaltakt der Befreiung nötig. Damit ein Dichterstil parodiert wird, muß er schon ein starker Stil sein, muß er einer heftigen Persönlichkeit angehören. A l'instar de — taufte die beiden Freunde ihr Buch /Brüssel, Lamberty/. In Deutschland haben der einzige Mauthner oder Hanns von Gumppenberg solche Parodien ausgedacht. In Belgien sind es zwei Gefährten. Die Methode ist nicht übel. Sie ist psychologisch sogar sehr merkwürdig. Wie sich die beiden da durch ihre Gedanken angesteckt haben! Nachdem sie die ehrwürdigen Alten, Verhaeren, Picard, Lemonnier, Maeterlinck, Courouble und Albert Giraud, für die Unsterblichkeit gerettet haben, denken sie der ganz Jungen. Da treffen sie nun mehr auf Empfindungen, die ihr Alter eingibt. Und siehe, die Parodie scheint gar keine Parodie. Sie scheint eine Verliebtheit zu sein, ein Zeichen der Verehrung für den Parodierten. Solch Zeichen ist immer den Kameraden in der gleichen Kunst willkommen. Und so geschah es, daß alle parodierten Literaten den Nachahmern ihres Stils freudig und geschmeichelt dankten.

×

×

**Neuausgaben** Die Verleger Georg Müller und Eugen Rentsch in München leisten ein Werk, das ihnen viel Lob einbringen wird. Er läßt in 24 sehr kräftigen Bänden die sämtlichen Werke Jeremias Gott-helfs herausgeben. Rudolf Hunziker und Hans Bloesch, die Aufseher dieser Arbeit, haben da sehr viel Opfermut und Sorgfalt aufgeboten. Sie verlangen gleiche Anstrengung aber auch von dem Leser. Denn alle Lesarten und verschiedenen Entwürfe bieten sie ebenso verschwenderisch dar als wenn es sich um den größten Klassiker handelte. Und seltsam, man möchte es nicht anders. Die Arbeitstechnik des schweizerischen Pfarrers ist nämlich sehr interessant. Er war im Grunde nicht auf die Sauberkeit des Stils versessen. Auch wurde ihm, wenn er für irgendeinen Volkskalender etwas schrieb, manches verstümmelt, prachtvolle Provinzialismen wurden beseitigt und ähnliches mehr. So mußten zum Beispiel bei der vorliegenden Sammlung der kleineren Erzählungen die verdorbenen Texte erst wiederhergestellt werden. Der ganze Philologenapparat, der in die umfangreichen Anmerkungen verlegt wurde, gibt so ein sehr getreues Bild von der Art und der Not des Pfarrers Albert Bitzius, der sich in dem biblischen Namen Jeremias Gott-helf so wohl gefiel. Bisher sind 2 Bände der Gesamtausgabe erschienen. Sie sind auch eine Freude für die Augen. Über das weitere Fortschreiten des Werkes wird hier berichtet werden.

Ludwig Thoma und Georg Queri sind unter die Sammler und Schriftgelehrten gegangen, und sie haben das Bayern-buch gebracht /München, Langen/, das die Schriftsteller ihrer Heimat verbündet, die Bayern aus einem Jahrtausend, erst die geistlichen Spruchdichter, die Minnesänger, derben Pfaffen und darauf die modernen Poeten. Aber der Brauch der Stubengelehrten alles fein nach Kalender und Jahr aufzureihen gefiel ihnen nicht. Für sie entschied das Allerwillkürlichste, das ABC. Wolfram von Eschenbach und Platen und Ganghofer und Michael Georg Conrad und der Höllenspruchdichter Engelbert von Adelnburg: welche bunte Gesellschaft! Ernst und derber Spaß und grimmige Bosheit und Märchen sogar und Sagen. Und hinten kurze Lebensnoten zu den Schicksalen der 100 Männer. Ein guter Gedanke und ein gutes Buch.

**KurzeChronik** Der Roman Hans Reisers Jakobsland /Berlin, S. Fischer/ fügt sich der sehr guten Tradition des Grafen Keyserling an. Aber das große Vorbild wird so schnell nicht erreicht. Der junge Schriftsteller ist bedeutend hausbackener, und das Liebesschicksal der zarten, mit adeligem Polenblut bedachten Dame seines Buches ist wenig menschlich, eher literarisch. × Bendix Ebbel wollte gar keine Poesie schreiben. Er wollte nur den Kampf erzählen, der seit Jahrhunderten um den Nordpol geführt worden ist. Und trotzdem wurde sein Abenteuerbuch Nordwärts/Leipzig, Merseburger/ eine Sammlung der spannendsten Reise geschichten. × Die impressionistische Methode des modernen Romans ist von Nanny Lambrecht in den historischen Roman Die tolle Herzogin /Berlin, Fleischel/ übernommen worden. Und sie legt so viel Umsicht, so viel Schilderungsgabe in die Darstellung des Konflikts zwischen katholischer und protestantischer Fürstenwelt, daß vor dem bunten Detail die Seelenergebnisse benachteiligt werden. × Auch Max Bruns will dem Kriminalroman Geschmack und Talent widmen. Feuer ist der Titel seines Buches /Minden, Bruns/, das als wichtigste Episode die Brandstiftung eines verrückten Bücherfeinds erzählt. Die Begabung des Schriftstellers ist größer als die Materie, an die er sie wendet. × Hans Böttcher ist ein unterhaltender Anekdotenerzähler, der über ein bald schnurriges bald aufregendes Gedächtnis für Menschenkuriositäten verfügt. Sein Skizzenband Ein jeder lebt's /München, Langen/ läßt dieses Talent in angenehmer Weise hervortreten. × Daß die Mutter unrecht tut ihren erwachsenen Sohn an der eigenen Schürze zu halten, daß sie ihn eher zu den jungen Mädchen laufen lassen soll, ist die Forderung von Rudolf Holzner. Er hat um seine Lehre die Komödie Gute Mütter geschrieben /Wien, Deutsch-Österreichischer Verlag/. Er ist in der Einzelszene gar nicht unbegabt, aber doch im ganzen seines Theaterhandwerks nicht mächtig genug. × Eine Frau, die sich in ihrem Herzen und in denen der Geliebten orientieren möchte, macht Verse, sogar sehr ordentlich gereimte, und nennt ihren Lyrikband Das Schicksal einer Frau /Berlin, Fleischel/. Sie verschweigt ihren Namen, denn es bedünkt sie, daß ihr allzu hitzig, allzu zahlreich die Beichten über Sinnes-

×

×

freude und Elend entschlüpfen. × Das Feuer hinter dem Berge von Juliane Karwath /Berlin, Fleischel/ ist der Roman der modernen Frauenrechtlerin, die ihren klugen Kopf mit dem begehrlichen Herzen in Harmonie bringen möchte.

× Literatur Ein Jahr vor seinem Tod begann Camille Lemonnier Erinnerungen niederzuschreiben. Die Blätter, die da zuerst in einer Tageszeitung erschienen, enthüllen die Geschichte seines großen Temperaments und die Geschichte vieler Helden der Feder. Lemonnier war der geselligste Mensch der Welt. Als er mir einmal Briefe anvertraute, die ihm Flaubert und Victor Hugo geschrieben hatten, Briefe, die ihn zur Hoffnung für das eigene Poetenschicksal ermunterten, konnte er mächtig im Schacht seiner Jugenderinnerungen ausgraben. Er war auch der gefälligste und liebenswürdigste Mensch, der keine Eifersucht kannte, der auch die mittelmäßigsten Kollegen ans Licht holte. Er hat immer Zeit gefunden für Maler und Bildhauer und Schriftsteller. Er hat sich große Mühe gegeben sie zu erkennen und ihnen zu nützen. Was er jetzt von Meunier, von Zola, von Joris Karl Huysmans, von Flaubert, von Emil Claus und Cladel erzählt, das ist mit Liebe und Ehrfurcht berichtet. Er hat selbst über sein schlechtes Gedächtnis geklagt, und so war die Sicherheit gewährt, daß er nur das Allerwertvollste aufzeichnete, was ihm über die Jahre unvergänglich geblieben ist. Axel Juncker in Berlin, der die deutsche Lemonnierausgabe beherbergt, reichte jetzt die Erinnerungen in die deutsche Lemonnierausgabe als 6. Band. × Henrik Ibsen, Björnstjerne Björnson und ihre Zeitgenossen interpretiert Bernhard Kahle in einem Bändchen der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt. Alles Biographische ist zugunsten des Literarischen auf das äußerste beschränkt. Die ästhetische Ausdeutung ist zugunsten der gedanklichen verdrängt. Eine gewisse Einfachheit der Sprache, eine gewisse Reserve im Ausdruck der seelischen Einfühlung werden beabsichtigt. Und so geschieht es, daß Jonas Lie, Garborg und Hamsun doch nicht zu ihrem Recht gelangen. Sie erscheinen bei Kahle nur als Jünger Björnsons und Ibsens: eine Meinung, die namentlich bei Hamsun so verkehrt wie möglich ist.

### Bühnenkunst / Adolf Behne

**Wedekinds Simson** Die Aufführung des Wedekindschen Simson im Lessingtheater unter der Regie des Dichters ist von der Tagespresse mit einer gewissen Freundlichkeit aufgenommen worden, die vielleicht nur der Scheu entspringt als verständnislos gewertet zu werden. Man schreibt zwar immer noch etwas von Clownerie und unvermittelter Burleske; aber das geschieht wohl nur, um den Übergang von Verhöhnung zum unbedingten Hosianna nicht allzu plötzlich wirken zu lassen. (Es ist in der Kritik über bildende Kunst heute meistens genau ebenso). Jedenfalls steht die Presse heute auf der Seite des Dichters Frank Wedekind — so sehr, daß sie gar schon den Dichter gegen die <ganz ausgezeichnete> Aufführung in Schutz nehmen zu müssen glaubt.

Der Simson bedeutet in meinen Augen eine Höhe im Schaffen Wedekinds. Was ihm seine besondere Stellung gibt, ist zunächst seine gewaltige Präzision und die Souveränität, mit der hier alles gestaltet ist. Gestaltet: das ist das Wichtigste. Hier ist nichts Schwankendes, nichts Schwimmendes; mit absoluter Exaktheit stehen die Ergebnisse da. Das ist der Grund für die dramatische Wucht, mit der Wedekinds Simson von der Bühne auf uns wirkt. Diese Tragödie bedeutet ein Schaffen aus dem Erlebnis und aus der Phantasie. Sie hat einen strengen Aufbau, eine organische Entwicklung. Man beachte die Stellung des nach innen gewandten zweiten Aktes in ein farbloses enges Milieu zwischen den beiden reichbewegten und prachtentfaltenden Aufzügen am Anfang und am Ende. Die Dekorationen des Sven Gade brachten das Wesentliche gut heraus. Die Verse Wedekinds sind kein Wiener Kunstgewerbe, dafür aber lebendig und ausdrucksvoll, eben Kunst. Selbstverständlich müssen sie so gesprochen werden, daß nichts vor Stöhnen, Seufzen oder Röcheln verloren geht; denn nicht auf die Nuance kommt es hier an sondern auf die Klarheit. Diese Forderung wurde im allgemeinen von den Schauspielern des Lessingtheaters auch durchaus erfüllt; höchstens daß Kayßler im Ächzen sich noch etwas mehr beschränken könnte. Die Aufführung verdient, wie schon angedeutet, das wärmste Lob. Kayßlers Simson war eine vorzügliche Leistung, er verfiel am Anfang so wenig in hohle Kraftmeierei wie später in Wehleidigkeit.



keit. Tilla Durieux' Delila war vielleicht ein wenig zu modisch; wenigstens fiel sie aus dem sonst außerordentlich einheitlichen Ensemble etwas heraus. Rottmanns König Og ließ ebensowenig zu wünschens übrig wie die anderen Philisterkönige, Herzfeld, Schroth, Eckert, Klein-Rohden, Gottowt, die als Typen glänzend herausgearbeitet waren. Auch die kleineren Rollen waren trefflich besetzt und wurden ausgezeichnet gespielt. Platens Sänger und Götz' Schriftgelehrter wirkten ausgezeichnet: zwei Figuren, die freilich *komisch*, aber eine erschütternd trostlose Spiegelung des Menschen sind. Die Aufführung ist eine Ruhmestat Barnowskys.

× **Rezitation** Im Berliner Bechsteinsaal gab Lia Rosen einen Vortragsabend. Er litt etwas unter dem Programm, das für die Künstlerin nicht besonders günstig und passend erschien. Wundervoll gelang ihr das Schlichte, das Heitere, das Volksliedhafte; am besten die Fischpredigt des Antonius aus Des Knaben Wunderhorn und Walter von der Vogelweides Unter den Linden. Auch Bürgers Leonorenballade traf Lia Rosen ausgezeichnet, ebenso den Gefühlsüberschwang des Goetheschen Ganymed: da klang ihre elastische und erfreulich unsentimentale Stimme rein und stark. Nietzsches Nachtlied dagegen und auch die Gedichte Dehmels scheinen mir nicht aus dem Temperament der Künstlerin heraus gewählt zu sein; sie wurden jedenfalls nicht zu lebendiger Wirkung gebracht, sie blieben (sehr geschmackvolle und überlegte) Deklamation. Bedauerlich wäre es, wenn Lia Rosen sich etwa durch kritiklosen Beifall dazu verleiten ließe ihr Heil in virtuosen Glanznummern zu suchen (wie bei der Zugabe *auf allgemeinen Wunsch*). So etwas wirkt auch nicht einmal gut sondern nur sehr geschickt.

× **Kinokunst** Zum erstenmal sah ich die dänische Schauspielerin Betty Nansen in einem Filmdrama spielen. Sie zog durch die außerordentliche Ruhe an, die gerade unter den Spielern für den Film sehr selten ist; die meisten glauben ja, daß sie im Film aus dem Zappeln nicht herauskommen dürfen. Die Mimik der Künstlerin, die nie ins Grimassieren verfällt, ist von erstaunlicher Kraft des Ausdrucks. Hoffentlich verdrängt sie einige der unerträglichen Lieblinge des

deutschen Publikums aus ihrer Stellung; etwa Henny Porten, die den Gartenlaubenstil des Kinos vertritt.

An dieser Stelle sei auf eine ganz ausgezeichnete Publikation des Verlags Kurt Wolff in Leipzig hingewiesen, die sich Das Kinobuch betitelt. In einer grundgescheiterten Einleitung setzt Kurt Pinthus die Absichten des Buches auseinander, das dem »in Verlegenheit harrenden Kino neue Stücke und Anregungen geben will«. Ich würde den Nachdruck nicht so sehr auf die Stücke legen als auf die Anregungen. Denn wirkliche Kinostücke bringt das Buch nur wenige. Eigentlich nur Heinrich Lautsacks Zwischen Himmel und Erde, das bereits in den Film übersetzt worden ist. Andere Skizzen, Rubiners Aufstand, Frantisek Langers Musterkellner, Bermanns sehr lustiges Stück von der Leier und der Schreibmaschine und nicht zuletzt die Verrückte Lokomotive von Kurt Pinthus ließen sich immerhin mit nicht allzugroßen Schwierigkeiten in den Kino verpflanzen. Aber bei den meisten Autoren dominierte offenbar nicht so sehr der Wunsch auf den Kino Einfluß zu gewinnen als das Verlangen sich umgekehrt einmal vom Kino zu einer besonders geformten, besonders getönten Erzählung anregen zu lassen. Da ist es nun recht interessant, daß fast ausnahmslos der Ton ein ironischer geworden ist. Alle Beteiligten haben offenbar ihn um alles in der Welt nicht mehr entbehren, aber sie denken an ihn mit einem gewissen spöttischen Lächeln. Die Freude am Kino untergräbt die Freude am Pathos. Einige Autoren haben im Grunde nur eine Novelle beigesteuert, die ihnen dem ganz allgemeinen Charakter nach als am ehesten kinomäßig erscheinen mochte. Zech denkt zum Beispiel bei seinem Bild des großen Streiks gar nicht an das Besondere, das die Arbeit für den Film verlangt. Er denkt nicht daran seinen Reichtum zu beschränken, indem er wegließe, was im Film nicht *kommt*. Er gibt wie immer so auch hier mit Meisterschaft nicht allein das Optische sondern ebensowohl das Akustische und das vollkommen unsichtbare Innere. Am andern Pol steht Kurt Pinthus, der wirklich mit großer Feinfühligkeit aus den Ansprüchen und Möglichkeiten des Films geschrieben hat. Das tat in einer etwas andern Weise auch Max Brod mit seinem Idealisten Kühnebeck, indem er den Trick des Kinos im Handumdrehen

das Innen nach außen zu wenden für das Seelische ausnutzt. Eine besondere Lustigkeit erhält das Buch durch die Geschichte vom Plumm-Pascha, die Else Lasker-Schüler gab, und durch Albert Ehrensteins köstlich-ironische Skizze vom Tode Homers. Eine brillante Lithographie Ludwig Kainers schmückt das kleine Buch, das sehr witzig, sehr künstlerisch und sehr aktuell ist und trotz aller amüsanten Leichtigkeit ein Kulturdokument, und nicht das unwichtigste.

× **Kurze Chronik** Im Alter von 89 Jahren starb in Berlin Rudolf Genee. Seine Lebensarbeit galt Shakespeare, über den er 44 Werke verfaßt hat, und Hans Sachs. Sein Vater war der Schauspieler Friedrich Genee, Regisseur am alten Königsstädtischen Theater in Berlin. Rudolf wurde zunächst Holzschneider bei Gubitz. Der Erfolg eines Theaterstücks Das Wunder ermutigte ihn zur Theaterschriftstellerei. Später wurde die Literaturgeschichte sein eigentliches Gebiet. × In Trient-Valais bei Martigny verunglückte beim Skilaufen tödlich Dr. Wolf Dohrn, der Begründer der Hellerauer Festspiele. × Ein Lustspiel Hermann Essigs, Frauenmut, erlebte seine Uraufführung am Düsseldorfer Schauspielhaus. × Das Nationaltheater zu Kristiania führte eine politische Komödie Nils Kjaers, Die glückliche Wahl, auf. × In Liverpool gab man ein Schauspiel The Riot Act, das den großen Werftarbeiterstreik 1911 in Liverpool zum Gegenstand hat. Der Autor hat als Führer der Werftarbeiter selbst eine Hauptrolle bei dem Streik gespielt. × Das Oberverwaltungsgericht hat das Verbot der öffentlichen Aufführung von Rosenows Die im Schatten leben bestätigt. Eine Generalversammlung der Berliner Freien Volksbühne hat dagegen protestiert. Am 7. Februar waren es 10 Jahre, daß der Dichter starb. × Brieux' Schiffbrüchige werden in Wien für die Mannschaften der Wiener Garnison in Sondervorstellungen gegeben. Das Kriegsministerium hat Anweisung gegeben, daß turnusweise sämtliche Mannschaften der Wiener Garnison zu den Aufführungen geführt werden sollen. Die Weisung erstreckt sich auch auf die Zöglinge der Militärerziehungsanstalten. × An das Berliner Königliche Schauspielhaus ist Paula Conrad jetzt nach 12jähriger Abwesenheit zurückgekehrt. Ihr erstes

Wiederauftreten, als Mutter Aase im Peer Gynt (den das Schauspielhaus am 18. Februar herausbrachte), brachte ihr eine begeisterte Ovation des Publikums. × Endlich hat Sarah Bernhard das Kreuz der Ehrenlegion erhalten.

× **Literatur** Nebenrollen betitelt Julius Bab eine Reihe von Studien, die den Zweck

verfolgen »an einer Reihe von Beispielen zu beweisen, daß es keine Nebenrollen, keine Episoden und keine Chargen in einer wirklich großen dramatischen Dichtung gibt sondern nur Hauptrollen«. Das Büchlein erschien bei Oesterheld in Berlin. Die einzelnen Aufsätze sind mit vieler Liebe geschrieben. Ich glaube aber, man wird auch in Zukunft in einem Drama noch getrost von Nebenrollen sprechen. × Ein Bändchen Das Theater aus Teubners Sammlung Aus Natur und Geisteswelt erschien in 2., verbesserter Auflage. Es behandelt Schauspielhaus und Schauspielkunst vom griechischen Altertum bis auf die Neuzeit. Der Verfasser, Christian Gaehde, hat in der Neuauflage ein größeres Gewicht auf die Entwicklung des gegenwärtigen Theaters gelegt. × Ein paar Worte noch über Kinosehriften. Die Zeitschrift Bild und Film, die in München-Gladbach herauskommt, hat ihren 3. Jahrgang begonnen. Sie tritt mit Ernst und Sachkenntnis für eine Verbesserung des Kinos ein; die geschmackvollen und inhaltreichen Hefte sind eine Fundgrube für jeden, der sich für die mannigfachen Probleme des Kinos interessiert. Eine andere Zeitschrift ist Der Kinematograph, der in Düsseldorf erscheint, und der in erster Linie ein Organ für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Kinos ist. Man muß es diesem Blatt zugeben, daß es innerhalb seiner Aufgaben sich um ein anständiges Niveau und um eine Hebung der Filmindustrie auch in kultureller und volkspädagogischer Richtung bemüht. Daß es da noch einen schweren Kampf zu bestehen haben wird, lehrt schon ein Blick auf die in ihm stehenden Inserate der Filmfirmen. Diese Art der Reklame ist kulturlos, und nicht einmal wirksam. Denn es ist ein Grundirrtum zu glauben, daß die dickste Reklame den meisten Erfolg hat; auch in der Reklame entscheidet nicht die Materie, die Masse, sondern der Geist. Ginge es nicht an, daß die Redaktion und der Verlag da eine gewisse Erziehung übernehmen?

## KULTUR

## Verkehr / Felix Linke

**China-Indien-  
Ägypten-Süd-  
afrika** Ein höchst beachtenswertes Unternehmen geht jetzt in China vor sich, nämlich

der Bau einer Eisenbahn von der Stadt Schaschi am Jangtsekiang in südwestlicher Richtung nach Singyifu in der Provinz Kweitschou. Die 1300 Kilometer lange Bahnlinie verläuft durch ein stark bevölkertes Gebiet. Bei Schaschi ist der Jangtsekiang gut schiffbar; die Stadt ist ein hervorragender Stapelplatz, so daß die Bahn, die zudem noch Anschluß an das bestehende Netz hat, durchaus rentabel sein wird. Sie wird von einer englischen Firma gebaut, die zugleich auch das Kapital beschafft, obwohl der Bau von der chinesischen Regierung ausgeht, die Zinsgarantien leistet. Die Bedeutung des Bahnbaus ist deshalb so groß, weil die Endstelle in der Nähe der hinterindisch-britischen Kolonie Birma liegt. Es ist zu vermuten, daß hier bald ein Anschluß an die Eisenbahnen Birmas erfolgen wird. Diese sollen nach einem lang gehegten Plan der indischen Regierung an das ostindische Bahnnetz angeschlossen werden. Das wäre längst geschehen, wenn nicht das gebirgige Terrain den Bau so schwierig machte. Dann wäre ein Schienenweg von Bombay bis nach Peking verwirklicht.

Die Pläne der Engländer gehen aber noch weiter. Sie haben sich bekanntlich Südpersien als Einflußsphäre gesichert und haben das Ziel Indien mit Ägypten zu verbinden. Teilstrecken einer solchen Bahn befinden sich bereits im Bau. In Kleinasien ist ein großes Eisenbahnnetz im Entstehen begriffen, und wenn noch Beludschistan einbezogen wird (das allerdings eine riesige unrentable Strecke darstellen würde), so geht der gigantische Plan Kairo mit Indien auf dem Landweg zu verbinden der Vollendung entgegen: Aber damit ist die Strecke noch nicht zu Ende, denn die Bahn Kairo-Kapstadt dürfte nicht allzulange auf sich warten lassen. Ist sie geschaffen, dann gäbe es eine Verbindung von Kapstadt bis Sibirien, deren wirtschaftliche und politische Folgen gar nicht hoch genug angeschlagen werden können.

✕ **Deutschland-  
Dänemark** Der Verkehr von Deutschland nach Kopenhagen ist bisher auf 3 Linien angewiesen gewesen: Hamburg-Vamdrup,

Hamburg-Kiel-Korsör und Berlin-Warnemünde-Gjedser. Die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn aber streben seit langem danach ihre Interessen geltend zu machen und versuchen daher eine neue Verbindung Hamburg-Lübeck-Fehmarn-Laaland-Kopenhagen zu schaffen. Zu ihrem Vorteil dient der Umstand, daß die Linie Hamburg-Kiel-Korsör technisch keineswegs auf moderner Höhe steht; die neue Verbindung würde hingegen eine so große Verbesserung bringen, daß die Linie über Kiel völlig außer Kurs gesetzt würde. Die Beschleunigung wäre nur zu begrüßen, wenn es sich in der ganzen Frage nicht um ein Konkurrenzmanöver handelte. Lübeck würde zugunsten Kiels bevorzugt. Es ist klar, daß der preußische Verkehrsminister einem solchen nicht Vorschub leisten wird, aber die einzige Möglichkeit wirksame Abhilfe zu schaffen ist natürlich der zeitgemäße Ausbau der Linie über Kiel. In der Tat wäre es für die ganze Provinz Schleswig-Holstein von unberechenbarem Schaden, wenn das neue Projekt verwirklicht werden würde. Viele Handelskammern haben sich daher mit Gemeindeverwaltungen zusammengetan, um auf Verbesserung der Kieler Linie hinzuwirken. Sie erstreben durch eine direkte Verbindung Altonas mit Neumünster und technische Ausgestaltung der ganzen Linie die Fahrtdauer zu verringern; die Stadt Kiel will sogar erhebliche Kostenzuschüsse zur Ausführung dieses Plans leisten. Würden auf den Linien Kiel-Korsör und Kiel-Röbby leistungsfähige Dampfer eingestellt werden, so ließe sich in Verbindung mit den anderen vorgeschlagenen Verbesserungen eine Verringerung der Fahrtdauer von Hamburg nach Kopenhagen auf 7 respektive 6 $\frac{3}{4}$  Stunden erreichen. Die Fahrtdauer würde also nur  $\frac{1}{2}$  Stunde mehr als auf der projektierten Fehmarnlinie betragen.

✕ **Marokko: Mo-  
torwagenwe-  
sen** In Marokko spielt der Motorwagen geradezu die Rolle des Schlüssels zum Land. Orte, die früher nur kostspielig zu erreichen waren, weil die Straßen allein für Karawanen benutzbar waren, sind jetzt während des größten Teils des Jahres, nämlich während der trockenen Jahreszeit, zu bereisen. Der durch die Sonne eingedörrte Boden ist verhältnismäßig eben und erfordert nur wenig Ebung. Diese wird durch die Fremdenlegion und durch marokkanische Hilfstruppen ausgeführt. In den ersten 6

Monaten des französischen Protektorats wurde in Marokko ein Straßennetz von rund 712 Kilometer Länge geschaffen. Die früher zeitraubenden Reisen sind durch das neue Verkehrsmittel erheblich abgekürzt worden. Während man früher von der Küste bis Fes 6 bis 7 Tage brauchte, gelangt man jetzt in einem Tag dorthin. Ebenso ist es mit der Reise von Casablanca nach Marrakesch. Während die Motorwagenverbindung bisher der Hauptsache nach der Personenbeförderung diente, wird sie nunmehr auch für die Lastenbeförderung benutzt werden. Als neuester Zweig des Motorwagenverkehrs in Marokko scheint sich übrigens die Vergnügungsreise auszubilden. Bemerkenswert ist allerdings, daß der Haupthafen des Landes, Tanger, von der Entwicklungsmöglichkeit durch den Motorwagen bisher noch gar keinen Nutzen zieht; er hat mit den umliegenden Ortschaften noch keine regelmäßigen Verkehrsverbindungen, so groß der Bedarf dafür auch wäre. Der Grund für diese Erscheinung ist in der internationalen Zwitterstellung dieser Stadt und in der politischen Lage zu suchen.

×  
**Berlin:**  
**Schnell-**  
**bahnen**

Über die von den Siemensfirmen ausgeführten elektrischen Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin berichtet eine recht ausführliche, durch zahlreiche vorzügliche Bilder und künstlerische Lichtdrucke geschmückte und mit vielen Skizzen, Zeichnungen und Plänen erläuterte Denkschrift. Sie bietet zwar kein vollständiges Bild des Berliner Hoch- und Untergrundbahnnetzes, aber doch ein recht weitgehendes, weil nämlich nicht alle Strecken von dem Siemenskonzern ausgeführt sind, wohl aber die meisten. Die Denkschrift gibt Auskunft über die Geschichte der Berliner Untergrundbahnen und erzählt, daß bereits im Jahr 1880 von Werner Siemens eine Hochbahn im Zug der Friedrichstraße geplant war. Mit Rücksicht auf die geringe Breite der Straße gelangte dieser Plan jedoch nicht zur Ausführung. Aus den Lebenserinnerungen Werner Siemens' ist übrigens bekannt, daß dieser große Elektriker von jeher die Verlegung der Bahnen unter oder über die Straße angestrebt hat, in der ganz richtigen Erkenntnis, daß schnellfahrende Bahnen nicht auf den Straßendamm gehören, daß sie dort nie schnell genug fahren könnten und den Verkehr, für den die Straßen eigentlich da sind, be-

hindern würden. Wie recht er behalten hat, zeigt die jetzige Kalamität mit den elektrischen Straßenbahnen in Berlin, die in mehrfacher Hinsicht ein Unglück für die Stadt sind; einmal deshalb, weil sie zu langsam fahren, den Verkehr behindern und dann auch, weil sie durchgreifende Verkehrsverbesserungen nicht zulassen. In der Denkschrift werden dann weiter in tabellarischen Übersichten die Längen, die Bauzeiten und die Ausführungsart der Strecken mitgeteilt, die besonderen Bauwerke, wie Brücken, Bahnhöfe und Werkstätten geschildert und Angaben über den Oberbau und die Bauausführung gemacht. Besonders eingehend wird der Umbau des Bahnhofs Wittenbergplatz, eins der schwierigsten Bauwerke, dargestellt. Auch die für die städtische Nordsüdbahn von der Firma ausgeführten Strecken werden beschrieben. Ein Abschnitt beschäftigt sich mit den elektrischen Einrichtungen der Bahnen; er bespricht die Kraftwerke, die Unterwerke, die Stromverteilung und die Ausrüstung (Wagen, Signaleinrichtungen, Uhren). Ein Schlußkapitel behandelt die Betriebsführung. Die Berliner Hoch- und Untergrundbahnen sind, soviel man im einzelnen daran aussetzen kann, ein beredtes Stück deutscher und namentlich Berliner Kultur. Ist doch die ausführende Firma der Hauptsache nach eine Berliner Firma, die die meisten Arbeiten, die durch den Bau und den Betrieb der elektrischen Stadtschnellbahnen erforderlich werden, in Berlin ausgebildet und von hier aus der ganzen Welt zugänglich gemacht hat.

×  
**London: Post-**  
**untergrund-**  
**bahn**

Nachdem in Berlin am Nonnendamm jahrelang Versuche wegen einer in Berlin zu erbauenden Postuntergrundbahn angestellt worden sind, hat man den guten Plan fallen lassen. Diese Versuche macht sich nun die englische Postverwaltung zunutze; sie wird in London eine Postuntergrundbahn bauen, um auf diesem Weg die Briefe und Pakete innerhalb des Weichbilds der englischen Metropole zu befördern. Das englische Unterhaus hat die Kosten in Höhe von 21 Millionen sogleich bewilligt, so daß nunmehr die Anlage in 3 Jahren in Betrieb sein wird. Von einer 10 Kilometer langen Hauptbahn, die die wichtigsten und größten Postämter berührt, werden Zweige nach allen übrigen Postämtern führen. Die Briefsäcke und Pakete werden von den Postämtern fast selbsttätig durch Aufzüge und Gleitvorrich-

tungen in die Züge befördert. Die Züge fahren führerlos und werden von den Stationen aus gesteuert; ihre Geschwindigkeit beträgt 40 Kilometer in der Stunde. Gegen die jetzige Beförderung durch Wagen kostet die neue Betriebsart jährlich über 200 000 Mark mehr. Doch ist die neue Bahn sehr viel leistungsfähiger, so daß sie später sogar billiger arbeiten wird, weil sie den Verkehrszuwachs ohne wesentliche Kosten-erhöhung aufzunehmen vermag. Sie bietet außerdem den großen Vorteil, daß die Güter sehr viel schneller befördert werden, und um diesen Preis belastet sich die englische Postverwaltung bereitwillig einige Jahre lang mit der Mehrausgabe.

× **Kurze Chronik** Die erste größte Teilstrecke der Amurbahn von Nertschinsk bis nach Blagowetschensk ist vor kurzem dem Verkehr übergeben worden; der unmittelbare Bahnverkehr zwischen Petersburg und Blagowetschensk ist somit hergestellt. Bis an die Ostküste Sibiriens sind noch ungefähr 1200 Kilometer zu bauen. × Starke Strömungen sind zugunsten einer Eisenbahnverbindung zwischen Deutsch Südwestafrica und der Kapkolonie vorhanden. Der Anschluß an das englische Eisenbahnnetz würde, wie behauptet wird, namentlich zu einer Verbilligung der Kohle führen. Jetzt kostet eine Tonne Kohle in Keetmannshoop 82 Mark, während sie nach dem Anschluß nur 32 Mark kosten soll. Es wird ferner gesagt, daß sich dann auch der Erzabbau im Süden des Schutzgebiets lohnen soll. × Die Insel Rügen und Stralsund sollen durch eine Eisenbahnbrücke verbunden werden, die mit 3250 Meter die längste der Welt sein wird. Zwischen dem Festland und der kleinen, militärischen Zwecken dienenden Insel Dänholm werden 4 Pfeiler errichtet werden, während für die 2,69 Kilometer lange Strecke bis zur Insel Rügen 19 Pfeiler vorgesehen sind. Die Fahrbahn wird 32 Meter über dem Meeresspiegel liegen, damit die Schifffahrt nicht behindert wird. Die Kosten der Brücke, die den Verkehr zwischen Deutschland und Schweden stark beschleunigen wird, sind auf 17 bis 20 Millionen Mark veranschlagt. × Nach dem Bauplan des neuen Großschiffahrtsweges Leipzig-Berlin, der von Havestadt & Contag in Berlin entworfen ist, erhält der Kanal eine Länge von 133,5

Kilometer; die Kosten sind auf 64 Millionen Mark veranschlagt. Der Schifffahrtsweg soll nördlich von Leipzig abzweigen, Eilenburg berühren und mittels einer Schachtschleuse von 11 Meter Gefälle bei Groitzsch zur Mulde absteigen, die etwa 6 Kilometer weit benutzt wird; daran schließt sich eine Kanalstrecke von 27,4 Kilometer Länge, etwa parallel zur Eisenbahn Eilenburg-Torgau. Die Elbe wird bis zur Einmündung der Schwarzen Elster verfolgt. Hinter der Elbe steigt der Kanal zum Fläming empor und führt über Seyda, Jüterbog, Luckenwalde zur Havel bei Potsdam. × Im Berliner Verkehrswesen vollziehen sich zurzeit wichtige Veränderungen. Bei der Liquidation des Fürstentrusts erwarben sowohl die Berliner Hochbahngesellschaft als auch die Große Berliner Straßenbahngesellschaft je ein Drittel der Aktien der Omnibusgesellschaft. So tritt dieses Institut nicht bloß zur Straßenbahn- und zur Hoch- und Untergrundbahngesellschaft in engere Beziehungen, sondern alle 3 Unternehmungen gewinnen Interessengemeinschaften. Die Kurssteigerungen der Aktien der erwerbenden Gesellschaften zeigen an, daß man von der Transaktion eine gesteigerte Rentabilität erwartet. × Die erste Strecke der Untergrundbahn in Buenos Aires, deren Fahrzeuge von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ausgerüstet worden sind, ist in Betrieb genommen worden. Das ganze geplante Netz von Untergrundbahnen wird voraussichtlich in 5 bis 6 Jahren ausgebaut sein. Das Unternehmen liegt in der Hand der Straßenbahngesellschaft, so daß in der argentinischen Hauptstadt das planmäßige Zusammenarbeiten von Straßen- und Untergrundbahn gesichert ist. Hierzu gehört zum Beispiel auch die in verkehrsreichen Straßen erforderlich werdende Überführung der Straßenbahnwagen in die Untergrundstrecken. × New York soll mit Los Angeles und San Francisco durch eine rund 5600 Kilometer lange Fernsprechleitung verbunden werden, die aus 4,5 Millimeter starkem Kupferdraht hergestellt wird. Da wegen des großen Zeitunterschieds zwischen den Endpunkten die Tageszeiten in den verbundenen Städten nicht übereinstimmen, die Leitung täglich also nur während einer beträchtlich verminderten Zeit in Anspruch genommen werden wird, soll die Benutzungsgebühr für ein Dreiminutengespräch nicht weniger als 64 bis 80 Mark betragen.

## Kunstgewerbe / Paul Westheim

**Berlin:  
Opernhaus** Die leidige Frage des Berliner Opernhausneubaus ist jetzt zu einem gewissen

Abschluß gelangt. Ludwig Hoffmann hat als der vom Ministerium zugedragene freie Architekt ein Projekt fertiggestellt, das, wie man hört, die Zustimmung des Kaisers bereits gefunden hat, und das die Öffentlichkeit wohl auch annehmen muß, da bei den hier gegebenen Verhältnissen Besseres nicht zu erreichen sein dürfte. Hoffmann ist zu dieser Aufgabe in dem Augenblick berufen worden, da man allseitig nach einem Kompromißvorschlag verlangte, und wenn man seinen Entwurf jetzt sieht, so ist nicht zu bestreiten, daß er diese Hoffnung auf eine Kompromißlösung durchaus erfüllt hat. Das Opernhaus, das er jetzt vorschlägt, ist nicht eine monumentale Dokumentation des Zeitwillens, aber es ist eine würdige und anständige Lösung einer kniffligen Aufgabe. Mehr, das ist zu bedenken, war bei den barocken Ansprüchen, die unerbittlich gestellt wurden, wohl nicht zu erreichen. Mit mancherlei Säulen, Giebeln, mit langen Figurenreihen auf den Dächern ist Hoffmann diesen ursprünglich gewiß sehr viel gehenden Ansprüchen entgegengekommen, wie er durch eine einheitliche Massengestaltung und durch ein feines, modernes Durchfühlen dieser überkommenen Werte die Lösung künstlerisch empfindenden Menschen angenehm gemacht hat. Das Verdienst, das hier zu schätzen wäre, ist demnach auch zweifacher Art. Einmal (und das ist wohl das größte Verdienst, das Hoffmann sich in dieser Sache zuzusprechen hat) ist es ihm durch eine erstaunliche diplomatische Geschicklichkeit gelungen die Krone zum Verzicht auf allerlei kunstwidrige Ansprüche zu bewegen. Zum andern hat er mit allen Mitteln versucht das Riesenhaus nicht noch, wie es ein Teil der früheren Bewerber getan hat, zu monumentalisieren, sondern diesen Baukörper im Eindruck kleiner, menschlich und dekorativ gefällig zu machen, den Bau also an sein eigenes Format anzupassen. Da Hoffmann ein fein empfindender Künstler ist, mußte es ihm am Ende gelingen ohne großen Aufwand an architektonischen Mitteln und ohne eigentlich neue Gedanken zu einer den Geschmack befriedigenden Lösung zu gelangen. Sein Bestreben ging dahin alles Komplizierte, alles Übermäßige zu vermeiden, um möglichst immer zu einer Selbstverständ-

lichkeit zu gelangen. Einheit in der räumlichen Aufteilung, Einheit in der tektonischen Gliederung, Einheit schließlich in dem Aufwand von Motiven wurde von ihm angestrebt, und es ist nicht zu leugnen, daß der Wert seiner Lösung in dieser ja immer schätzbaren Einheitlichkeit liegt. Zerfällt bei der Mehrzahl der früheren Projekte der Bau in 5 oder mehr Häuser, so spannt Hoffmann alles, sogar auch noch die Anbauten, die rechts und links neben dem Opernhaus vorgesehen sind, in ein durchlaufendes Horizontalsystem, das gleichartig an den Seiten, an der Fassade, am Bühnenaufbau durch ein geschickt akzentuiertes System von Pilastern und Säulen aufgelockert ist. Diese Säulen ragen in zahlreichen früheren Projekten gigantisch vom Königsplatz bis zum Dachfirst empor. Hoffmann macht sie 7 Meter kleiner und setzt sie ganz ähnlich, wie es Wallot im Reichstag gemacht hat, auf einen Sockel, der den ganzen Bau umspannt. Als Fassadenabschluß findet er einen mächtigen, von keinem heutigen Bildhauer zu füllenden Spitzgiebel vor, der anscheinend auch den besonders Beifall des Bauherrn gefunden hat; er beseitigt dieses Giebelmotiv nicht ganz, er macht nur aus 1 großen 5 kleinere Giebel, die als schucke Akzente geschickt verteilt sind und nun menschlich-gefällig wirken. Die Zweckmäßigkeit bedingt lediglich über dem Bühnenhaus einen hohen Aufbau, der sich mit der Hauptmasse nie organisch verwachsen will; er zieht diesen Aufbau unter Berufung auf den alten Semper in Dresden, auf Moller in Darmstadt und alle die anderen, die Ähnliches gewagt haben und die diesem vorzüglich orientierten Architekten selbstverständlich genau bekannt sind, bis an die Vorderfront vor und kommt damit zu einem einheitlichen geschlossenen Baukörper, den er mit seinen Mitteln zu gliedern fähig ist. Im Innern hält er sich sehr stark an die ursprüngliche Programmskizze, in die er auch wieder in der Hauptsache nur System und Einheitlichkeit zu bringen versucht. Wobei allerdings auch der eine oder andere der Gedanken, die im Lauf der verschiedenen Wettbewerbe aufgetaucht sind, wieder unter den Tisch gefallen ist. Typisch für diese Art Korrekturen ist die Aufmachung des Foyers. Die Baubeamten des Ministeriums hatten da ohne Grund und ohne Sinn 5 ganz verschiedenartige Räume vorgesehen; Hoffmann macht daraus einen einzigen weit hingestreckten Saal, der bei seiner Länge

von 90 Metern und einer absichtlich ruhigen Säulenarchitektur sicherlich imponant wirken dürfte. Den heiklen Punkt des Projekts, die Durchdringung des ersten Rangs durch die von dem Hof verlangten Räume, beseitigt Hoffmann auf eine genial einfache Weise, indem er an dem Schnittpunkt einen neutralen Durchgangsraum anlegt, der, wenn die große Hofloge benutzt wird, auf einige Augenblicke gegen das Volk des 1. Rangs abgesperrt werden kann. Statt einer Isolierung des Hofes durch Brücken, Tunneln, ein besonderes Zwischengeschloß oder wie die seltsamen Vorschläge alle lauten, hat er höchst einfach den Auftraggeber dahin gebracht einem so natürlichen Arrangement zuzustimmen. Die wesentlichste Änderung, die von ihm im Innern vorgenommen worden ist, liegt in der Beseitigung des grotesken Verhältnisses von Treppenhaus und Zuschauer-raum. Das Treppenhaus reduziert er auf den Umfang der Stadthalle seines neuen Berliner Rathauses und macht es in der Wirkung gleichzeitig größer durch ein niedrig gehaltenes Vestibül, das er vorschlägt.

Also eine Kunst der klugen und sichern Überlegung. Statt ausladender Fülle Maßhalten und Ruhe. Statt monumentaler Kühnheit geschmackvolle Gewandtheit. Aber schließlich ein Werk, wie es unter den gegebenen, sehr schwierigen Verhältnissen kaum anders zu erreichen war. Den monumentalen Geist, der diese Oper ganz aus der Zeit heraus hätte gestalten können, haben wir eben nicht. Und wenn er da wäre, wäre er kaum durchgedrungen. Wenn man das bedenkt, so erscheint immerhin dieses Hoffmannsche Projekt schon als ein, wenn auch kleiner Sieg derer, die von der Reichshauptstadt ein künstlerisches Attentat abzuwehren versucht haben. Gegenüber den Bautraditionen der Krone, die als Berliner Dom und Posener Schloß der Welt genugsam bekannt sind, ist ein Hoffmannsches Opernhaus schon ein Riesenfortschritt. In dem Sinn solcher Kompromißlösung erscheint es in der Tat als ein Dokument des gegenwärtigen Zeitgeists.

× **Glasmalerei** Über die Glasmalerei, ihre Technik und ihre Geschichte hat Gottfried Heinersdorff bei Bruno Cassirer in Berlin ein sehr schön illustriertes Buch erscheinen lassen, das allen, die sich für die künstlerische Entwicklung dieses Gewerbes interessieren, willkommen sein

muß. Die vorhandene Literatur über die Glasmalerei ist ja im besondern Maß unzureichend. Es sind von Kunsthistorikern sehr tüchtige, aber der Allgemeinheit sehr wenig sagende stilkritische Untersuchungen angestellt worden, und das Handwerk hat sich aus alten Glasfenstermotiven Vorlagenwerke zusammenstellen lassen, die es der Bequemlichkeit halber zu brauchen glaubte, die es aber notwendigerweise steril machen mußten. Ganz anders das, was Heinersdorff hier zu geben versucht. Er ist in gewissem Sinn ja Handwerker. Wenn er auch nicht selbst Gläser ätzt und verbleit, so hat er doch die von ihm gegründete und geleitete Werkstätte zu dem besten, dem künstlerisch bedeutsamsten Unternehmen dieser Art im gegenwärtigen Deutschland zu machen gewußt. Er hatte den so überaus seltenen Instinkt seinem Gewerbe die stärksten Künstlerpersönlichkeiten, die in ihm zurzeit tätig sind, nämlich Thorn-Prikker und Pechstein, zuzuführen. Er konnte das nur, weil er wirklich Verständnis für die allergrößten Werte besitzt, die das Glasmalerhandwerk in seiner besten Zeit hervorgebracht hat. In den Fenstern der Kathedrale von Chartres hat er die Monumentalität erlebt, die dem Glasmaler der Gotik erreichbar war, und er hat sich nicht, wie fast alle seine Fachgenossen, den Blick durch die viel bewunderte Virtuosität der Renaissanceglasmaler trüben lassen. Gewiß, sie hatten es dahin gebracht schöne Wandbilder mit einem täuschenden Realismus und korrektesten Perspektivkünsten auf das Glas zu übertragen, aber sie hatten damit das, was man Glasmalerei zu nennen hat, was in einem gotischen Dom zu einem Raumganzen tektonisch zugehörig war, vernichtet. Heinersdorff schildert in seinem Buch, neben der Darlegung der alten und der neuen Handwerkstechnik, diesen Entwicklungsgang, der durch eine Sammlung trefflicher Illustrationen auch im einzelnen belegt wird. Hiermit wäre ein Versuch zur historischen Begründung der Wiederbelebung der guten, alten Glasmalerei gemacht, wie er sie in seiner Werkstatt erstrebt, und wie sie noch einmal in einem von Karl Scheffler geschriebenen Anhang über die moderne Glasmalerei dargelegt wird.

× **Stickererei** Stickerereien der Florence Jessie Hösel, die leider immer noch nicht in der großen Öffentlichkeit die

verdiente Wertschätzung finden, waren neulich in den Räumen Gustav Goerkes ausgestellt. Diese Hösel ist eine große und feine Künstlerin, eine lyrische Natur, die des Wortes nicht mächtig ist, die das, was sie so tief und stark empfindet, nur mit Nadel und Faden zum Ausdruck zu bringen vermag. Sie stickt kleine Landschaftsstimmungen, kaum eine Hand breit, mit einer Sensibilität ohnegleichen. Sie gibt die Natur, wie sie sie sieht; aber was sie in unserm Grunewald an wechselnden Stimmungen, an verborgenen, an delikatesten Feinheiten entdeckt, ist ungeheuer mannigfaltig. Es scheint ein ewiges Aufnehmen von Bildern, ein unaufhörliches Erleben der Landschaft, das in einer eigenen Sprache, in einem, trotz der Stickerei muß man es sagen: wirklichen Persönlichkeitsstil zum Ausdruck kommt.

× **Kurze Chronik** Der Deutsche Werkbund veranstaltet in diesem Jahr eine Ausstellung in Köln, die den deutschen Westen für das deutsche Kunstgewerbe gewinnen soll. Das Festhaus wird von Behrens, ein Theater von van de Velde gebaut. Muthesius veranstaltet die Farbenschau. Die Stadt Hagen, die durch K. E. Osthaus an der modernen kunstgewerblichen Bewegung in besonderer Weise teilnimmt, wird auf dieser Ausstellung auch besonders vertreten sein. × In Paris erscheint eine neue *Modezeit-schrift*, unter dem Titel *Gazette du Bon Ton*. Der Herausgeber, Lucien Vogel, läßt die Schöpfungen der Pariser Modehäuser allmonatlich durch eine Reihe von Künstlern in freien Farbenkompositionen darstellen, die nicht allein das Kleid selber sondern auch das Tragen zeigen.

× **Literatur** Über Henry van de Velde hat Karl Scheffler im Inselverlag in Leipzig eine Broschüre erscheinen lassen, die durch das Thema ebenso interessiert wie durch den Verfasser, der hier über die anregendste Persönlichkeit der modernen Kunstgewerbebewegung 4 Essays zusammengestellt hat, die nach einander in einem Zeitraum von 14 Jahren entstanden sind. Am stärksten fesselt die 2. dieser Abhandlungen, in der Scheffler jenen merkwürdigen Zwiespalt untersucht, wie ein Mann so entscheidenden Einfluß auf die besten Köpfe einer ganzen Generation ausüben konnte und seinen einzelnen Gestaltungen gegenüber doch fast nie und von keiner Seite aus

unbedingte Zustimmung zu finden vermochte. Diesen dramatischen Gegensatz einer Synthetikernatur, die durch ein Zeitschicksal an das Kunstgewerbe gebunden ist, das vom Naturalistisch-Zweckmäßigen seinen Ausgangspunkt zu nehmen hat, diese »besondere Form der Romantik« das Materielle zu entmaterialisieren, bevor in unserer Zeit irgendwelche Form überhaupt vorhanden ist, sucht Scheffler hier begreiflich zu machen, um damit einen Beitrag zur Enträtselung dieser aus dem Kunstgewerbe rätselhaft groß emporgewachsenen Schöpferpersönlichkeit zu liefern. × Über die *Bayrische Gewerbeschau 1912* ist in dem Münchener Delphinverlag jetzt eine amtliche Denkschrift erschienen, in der das Programm und die Organisation der Ausstellung eingehend dargelegt sind. Die verschiedenen Ausschüsse erstatten ihre Berichte. Ein umfangreicher Bilderanhang zeigt eine Anzahl Arbeiten, die als Verwirklichung dieses Programms auf der Gewerbeschau zu sehen waren. Ein Satz der Einleitung kann allerdings nicht ganz unbeanstandet hingenommen werden. Es heißt da, daß in der Farbenwirkung und der guten Form die Forderungen zu sehen wären, die an eine Qualitätsarbeit zu stellen sind. »Und«, so liest man weiter, »es muß hinzugefügt werden, daß die Erfüllung der beiden zuletzt genannten Forderungen eine unbedingte Voraussetzung für jede Qualitätsleistung ist, während sich die technische Vollendung relativ begrenzt denken läßt.« In München war das leider der Fall, und das war die Schwäche der Ausstellung, wie es die Schwäche unseres heutigen Kunstgewerbes überhaupt ist. Von Qualitätsarbeit kann so lange im Ernst nicht geredet werden, als die technische Vollendung nicht aufs höchste gesteigert ist. Der künstlerische Entwurf ist demgegenüber zwar nicht nebensächlich, doch von geringerer Bedeutung. Unseren Kunstgewerblern muß aufs deutlichste gesagt werden, daß sie vor allem andern die technische Vollkommenheit durchzusetzen haben, und daß ohne diese technische Vollkommenheit die moderne Farbenwirkung und die neuzeitliche Formgebung nichts anderes als Scheinwesen sind. Solange wir im Kunstgewerbe nicht die technische Vollkommenheit zu erreichen vermögen, wie sie bei Krupp, wie sie bei unserer Farben- und Schiffsbauindustrie geschätzt und in aller Welt geschätzt werden, kann nur von Pseudoqualität geredet werden.